



# MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

## **Realitätsverweigerung oder Panikreaktion? „Vaterländische“ Kommunikationspolitik in Österreich zwischen Juliabkommen 1936, Berchtesgadener Protokoll und „Anschluss“ 1938.**

Verfasser

**Mag. Dr. Gerhard Urbanek**

angestrebter akademischer Grad

**Master of Arts (MA)**

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:  
Dissertationsgebiet lt. Studienblatt:  
Betreuer / Betreuerin:

A 066 689  
Zeitgeschichte  
Univ. Prof. DDr. Oliver Rathkolb , Universität Wien  
Geneviève Humbert-Knitel, Professeur des Universités,  
Université de Strasbourg





**MASTER MONDES GERMANIQUES**  
**SPECIALITE**  
**„HISTOIRE DE L’AUTRICHE ET PERSPECTIVES TRANSNATIONALES“**

**MEMOIRE DE RECHERCHE**

**Realitätsverweigerung oder Panikreaktion?**  
**„Vaterländische“ Kommunikationspolitik in Österreich**  
**zwischen Juliabkommen 1936, Berchtesgadener Protokoll**  
**und „Anschluss“ 1938.**

Présenté par  
**Gerhard URBANEK**

**Directeurs de Recherche :**

**Geneviève HUMBERT-KNITEL**, Professeur des Universités, Université de Strasbourg, UFR des Langues Vivantes.

**Univ. Prof. DDr. Oliver RATHKOLB**, Universität Wien, Institut für Zeitgeschichte.



# Inhaltsverzeichnis

<b>Prolog</b>	<b>3</b>
<b>1. „Träger des Staatsgedankens“. Die Organisation der „Vaterländischen Front“.</b>	<b>5</b>
1.1 Struktur und Hierarchieebenen	5
1.2 Konzept und Ideologie	6
1.3 Wirkungsbereiche und Organisationsgrad	7
<b>2. Die „Vaterländische“ Kommunikationspolitik der „Ständestaat“-Diktatur.</b>	<b>9</b>
2.1 Das austrofaschistische Mediensystem	9
2.1.1 Amtliches Nachrichtenwesen	9
2.1.2 Presse	11
2.1.3 Kinowochenschau und Rundfunk	13
2.2 „Multifunktionäre“ des Medienregimes	14
2.3 Vaterländische „Masterminds“ im „Werbedienst“ der „Vaterländischen Front“. Hans Becker und Fritz Bock.	16
2.4 Die Pressestelle der „Vaterländischen Front“	22
<b>3. Einbahnstraße nach Berchtesgaden. Das Juliabkommen 1936.</b>	<b>27</b>
3.1 „Gentlemen’s Agreement“ ?	27
3.2 „Wieder normale Verhältnisse“. Reaktionen der „Vaterländischen Front“.	28
3.3 „Hochpolitische Tatsachen“. Großdemonstrationen, VF-Mitgliedersperre und „Pressefrieden“.	31
3.4 „Kristallisation des Befriedungsgedankens“. Die Errichtung des „Siebener-Komitees“ und der „Volkspolitischen Referate“.	34
3.5 National – illegal – vaterländisch ?	37
3.6 „Als Volk sind wir von Natur aus tolerant!“. Vaterländische Pressepolitik.	40
<b>4. „Ich ändere keinen Beistrich!“ „Gespräche“ am Berghof von Berchtesgaden.</b>	<b>43</b>
4.1 Die „Dramaturgie“ des Kanzlertreffens am Obersalzberg.	43
4.2 „ ... nicht imstande, eine unabhängigen politischen Willen zu bilden“.	47
4.3 „Neue Plattform der Zusammenarbeit“. Eine erzwungene Regierungsumbildung mit „vaterländischer Beteiligung“.	50
4.4 „ ... schweres Leid zugefügt“. Hitlers Reichstagsrede und die Folgen.	52
<b>5. „Mit Schuschnigg für eine freies Österreich!“ Das Verzweiflungsprojekt „Volksbefragung“.</b>	<b>57</b>
5.1 „Bis in den Tod – Rot-weiß-rot!“ Schuschniggs Kampfansage.	57

5.2	<b>„ ... nicht als Freunde oder Bewunderer“. Die Position der österreichischen Arbeiterschaft.</b>	<b>61</b>
5.3	<b>„Volksbefragung oder Volksabstimmung?“ Eine letzte Kraftprobe.</b>	<b>63</b>
5.4	<b>Die Volksbefragungs-Propaganda der „Vaterländischen Front“.</b>	<b>66</b>
5.4.1	Propaganda-Konzept	66
5.4.2	Spekulationen über Wahlausgang	67
5.4.3	Die Ankündigung in Innsbruck	68
5.4.4	Presseberichte	69
5.4.5	Veranstaltungen und Reden	70
5.4.6	Außenwerbung	71
5.4.7	Rundfunk	72
5.4.8	Parole	73
5.4.9	„ ... dem nächsten Gendarmerieposten zu übergeben ...“. Die Argumente	74
5.4.10	Abwicklungsmodus	75
5.4.11	Abstimmungsvorgang	76
6.	<b>„Gott schütze Österreich!“ Der Endkampf Österreichs am 11. März 1938.</b>	<b>79</b>
6.1	Der 11. März 1938 am Ballhausplatz.	80
6.2	„Kampflose militärischen Kapitulation“. Letzter Diskurs.	85
6.3	Die letzten Stunden der „Vaterländischen Front“ und der „Amtlichen Nachrichtenstelle“. Epilog.	86
6.4	Die NS-Volksabstimmung vom 10. April 1938.	88
7.	<b>Zur Person Kurt von Schuschnigg.</b>	<b>91</b>
7.1	Kompromissloser Justizminister ?	91
7.2	Schöngeist und Gesellschaftsmensch ?	92
7.3	Objektiver Zeitzeuge ?	93
	<b>Realitätsverweigerung oder Panikreaktion? Fazit.</b>	<b>97</b>
	<b>Anhang</b>	<b>101</b>
	<b>Kurzfassung</b>	<b>103</b>
	<b>Abstract</b>	<b>105</b>
	<b>Bibliographie</b>	<b>107</b>
	<b>Sekundärliteratur</b>	<b>107</b>
	Monographien	107
	Aufsätze	108
	Periodika	109
	<b>Archivmaterial</b>	<b>110</b>
	<b>Filmdokumente</b>	<b>110</b>
	<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>111</b>
	<b>Lebenslauf</b>	<b>113</b>

## Prolog.

Thema der vorliegenden Arbeit war es, die „vaterländische“ Propaganda vor der Hintergrundfolie der letzten Monate von Österreichs Eigenstaatlichkeit zu untersuchen. Zeitlich ist diese Phase zwischen dem Berchtesgadener „Abkommen“ vom 12. Februar 1938 und dem „Anschluss“ am 13. März 1938 anzusetzen.

Eine gute Quellenlage war die Basis zur Beantwortung der zentralen These, die in der Titel gebenden Fragestellung enthalten ist. Die so genannten „Moskauer Akten“<sup>1</sup> der „Vaterländischen Front“ ermöglichten es, den Forschungsstand über eine wesentliche Facette des „Austrofaschismus“ grundlegend zu aktualisieren. Vorliegende Arbeit ist keine neuerliche Wiedergabe der letzten dramatischen Wochen Österreichs vor dem „Anschluss“, sondern der Versuch einer Rekonstruktion und Analyse einer vergeblichen Regierungspropaganda anhand eines großteils noch unveröffentlichten Quellenmaterials.

Der „letzte Monat Österreichs“ ist wissenschaftlich weitgehend erschöpfend behandelt und aufgearbeitet. Arbeiten von Bärnthaler (1971), Ackerl (1978), Zaugg-Prato (1982), Jochum (1983), Reichhold (1984), und in jüngerer Zeit von Jagschitz/ Karner (1996), Lassner (2001) und vor allem Talos/ Hanisch/ Neugebauer/Sieder (2002) haben die diplomatischen Schritte und Demarchen jener Phase bis zum „Anschluss“ hinlänglich dokumentiert. Diese Studien waren allerdings auf Ministerratsprotokolle, Rundfunkreden, Periodika und gedruckte Quellen, wie das Protokoll des Prozesses von 1947 gegen Guido Schmidt<sup>2</sup>, den letzten österreichischen Außenminister vor 1938, angewiesen. Auch Ludwig Reichholds umfangreiche Dokumentation stützt sich auf die Auswertung amtlicher Quellen, da man zu diesem Zeitpunkt annahm, dass die Korrespondenz der „Vaterländischen Front“ in den Märztagen 1938 zur Gänze vernichtet worden war.

Der notwendige Rückgriff auf das Juliabkommen ist damit begründet, dass mit dieser Vereinbarung Österreich dem Nationalsozialismus endgültig Tür und Tor geöffnet hatte. In einer kurzen Zeitspanne von nur eineinhalb Jahren war es mit Hilfe der „Politischen Referate“ gelungen, mit der „Methode Trojanisches Pferd“ (Reichhold) einen Staat im Staate zu errichten. Von den Vereinbarungen von Berchtesgaden erwartete sich das Kabinett Schuschnigg eine Prolongation des Juliabkommens. Reichskanzler Hitler sah darin aber nie eine „Bestätigung“ dieses 1936 paktierten „deutschen Friedens“, wie die österreichische Regierung in einer fatalen Fehleinschätzung glaubte.

---

<sup>1</sup> Die Korrespondenz von „Freimauern, Heimatdienst und Vaterländischer Front“ wurde im März 1938 von der Gestapo beschlagnahmt. 1945 kam das Schriftgut als Beuteakten ins Moskauer „Sonderarchiv“, von ihrer Existenz erfuhr man erst 1989 nach dem Zusammenbruch des Kommunismus.

<sup>2</sup> Österreichische Staatsdruckerei: Der Hochverratsprozess gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht. Die gerichtlichen Protokolle mit den Zeugenaussagen, unveröffentlichten Dokumenten, sämtlichen Geheimbriefen und Geheimakten, Wien 1947





# 1. „Träger des Staatsgedankens“. Die Organisation der „Vaterländischen Front“.

## 1.1. Struktur und Hierarchieebenen

Mit der Ernennung von Bundeskanzler Kurt Schuschnigg zum „Frontführer“ 1936 wurde auch die „Vaterländische Front“<sup>3</sup> personell und hierarchisch neu organisiert.<sup>4</sup> In einem Rundschreiben wandte sich Schuschnigg mit den wichtigsten Neuerungen an den kompletten VF-Apparat.<sup>5</sup> Guido Zernatto, Staatssekretär im Bundeskanzleramt, wurde zum Generalsekretär ernannt, sein Büro leitete Albert Hantschk, der Chef der Personal- und politischen Abteilung. Dem Generalsekretariat unterstanden alle Abteilungen und Referate: neben der Personal- und Organisationsabteilung, der Vermögensgebarung („Intendanz“), dem Kontroll- und Revisionsdienst auch der „Werbedienst“. „Referate“ gab es für „Rechtsangelegenheiten“, „Interventionen“, das „Auslandsösterreichertum“, „Kultur“, „Volksdeutsche Arbeit“, „Frauen“, das „Mutterschutzwerk“, und das „Pressereferat“ mit dem „Pressereferent“ genannten Pressesprecher.

Dem Frontführer stand als „beratendes Organ“ der „Führerrat“ zur Seite. Dieser setzte sich aus Frontführer-Stellvertreter, Generalsekretär, den Landesführern und je zwei Vertretern – je ein Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertreter – der sieben berufsständischen Hauptgruppen zusammen. Mitte Juli 1936 verwirklichte Schuschnigg die von Dollfuss in der Maiverfassung von 1934 festgeschriebene Idee des Führerrates als eine „Konzentration aller Kräfte“ und „Vereinheitlichung“ in der Staatsführung, die aber „keine Demokratisierung“ der VF bedeute. Demokratische und faschistische „Elemente“ dürften beim „staatlichen Neuaufbau“ nicht gegenübergestellt werden, die VF sei eine „autoritär geführte Bewegung“. Man finde in diesem Gremium, wie das Organ „Vaterländische Front“ schrieb, „eine Vertreterin der Frauenschaft, bekannte und erfahrene Repräsentanten der Wirtschaft, Vertreter der Arbeitnehmer“ – darunter sogar einen Arbeiter, „der am Werkisch steht“.<sup>6</sup> Der Kanzler berief in dieses „beratende“ Gremium Personen, die bereits hohe Funktionen erfüllten und Machtpositionen innehatten – u. a. die Minister Fritz Stockinger und Julius Raab, Rudolf Hoyos, den Vorsitzenden des Staatsrates, Oswald Menghin, der Rektor der Universität Wien, Fürstin Fanny Starhemberg, Johann Staud, Präsident des Gewerkschaftsbundes, Edmund Weber, den Direktor der „Amtlichen Nachrichtenstelle“, oder Richard Eberstaller, den Präsidenten des Oberlandesgerichts in Wien und des Österreichischen Fußballverbandes.<sup>7</sup>

<sup>3</sup> In weiterer Folge stets „VF“ genannt

<sup>4</sup> Siehe auch „Organigramm“: AdR/VF 514/327/2979/26-31 – nicht datiert, wahrscheinlich 1936

<sup>5</sup> AdR/VF 514/160/1478/10-14 – Rundschreiben Nr. 56, 15. Mai 1936

<sup>6</sup> Siehe auch: AdR/VF 514/155/1438/163-165 – Schreiben an Landesführer, Mai 1936; „Vaterländische Front“, Nr. 17, August 1936

<sup>7</sup> „Vaterländische Front“, Nr. 17, August 1936

Ein vom Generalsekretariat der VF für das „Statistische Jahrbuch der Gemeinde Wien“ erstelltes Informationsblatt vom 21. Mai 1937 veranschaulicht Struktur und Größe der Organisation VF. Es gab sechs regionale Hierarchieebenen:

1. Frontführer (bis 1936 der „Bundesführer“), dessen Stellvertreter und den 40-köpfigen Führerrat
2. Generalsekretariat, bestehend aus: Generalsekretär und Stellvertreter; Büro-, Dienstgruppen- und Abteilungsleiter, Referenten; und der Leitung der VF-Werke „Neues Leben“, „Österreichisches Jungvolk“, „Mutterschutzwerk“, „Kinderferienwerk“ und „Frontmiliz“
3. neun Landesführungen: Landesführer und -Stellvertreter, -Sekretär und -Referenten
4. 262 Bezirksführungen
5. 4.735 Ortgruppenführungen
6. und 2,536.237 Mitglieder (61,5% der Wahlberechtigten)

Die interne Struktur der VF-Zentrale im Haus Am Hof 4, dem späteren Haus der Kontrollbank im 1. Wiener Gemeindebezirk, stellte sich wie folgt dar: <sup>8</sup>

1. Generalsekretariat – zehn Abteilungen, u. a. Personal, politische Abteilung, Intervention, Revision, Disziplinäres, Führerrat
2. Organisationsabteilung – sieben Abteilungen, darunter Gebiets-, Dienststellen-, Betriebs-Organisation, Berufsverbände, Ausland
3. Werbedienst – fünf Abteilungen wie z. B. politische Aufklärung, Film, „Wunschversammlung“ zur Erhebung der politischen Stimmung
4. Wirtschaftsabteilung
5. Hilfsorganisationen – neun Abteilungen: Mutterschutzwerk, Jungvolk, Neues Leben, Traditionspflege, Frauen, Pressestelle, Dollfuß-Denkmal, Kinderferienwerk
6. Militärische Organisation – die „Frontmiliz“

## 1.2. Konzept und Ideologie

Die Organisation der VF wurde am 20. Mai 1933 von Engelbert Dollfuß bei der 250jährigen Türkenbefreiungsfeier proklamiert. Auf ihrem ersten Generalappell am 11. September 1933 nahm der Bundeskanzler in seiner Rede auf dem Wiener Trabrennplatz eine Uminterpretation des Verfassungsbruches vor und verkündete das Programm eines „sozialen, christlichen, deutschen Staates Österreich auf ständischer Grundlage unter starker autoritärer Führung“.<sup>9</sup> Das bedeutete: Die Regierung war an die Gutachten von Gesetzesvorlagen der „scheinparlamentarischen“<sup>10</sup>, „vorberatende Organe“ genannten Gremien –

---

<sup>8</sup> Jagschitz, Gerhard/Kamer, Stefan: Beuteakten aus Österreich. Der Österreichbestand im russischen "Sonderarchiv" Moskau, Graz –Wien 1996, Selbstverlag des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung

<sup>9</sup> Bärnthaler, Irmgard: Die Vaterländische Front. Geschichte und Organisation, Wien-Frankfurt-Zürich 1971, 22.

<sup>10</sup> Lehner, Oskar: Verfassungsentwicklung – in: Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918 – 1933, II. Verfassung und politische Institutionen (Hrsg. Herbert Dachs), 45-58, 55

Staats-, Bundeskultur-, Bundeswirtschafts- und Länderrat, Landtage – nicht gebunden. In einem Grundsatzpapier wurde die VF als „überparteiliche Organisation, in die jeder Österreicher eintreten kann“, bezeichnet – mit Ausnahme von im Ausland lebenden „Landessöhnen“. Politik könne nur „auf heimatlichen Boden“ gemacht werden.<sup>11</sup>

Die „Vaterländischen Front“ als eine hierarchisch-autoritär strukturierte, politische Monopolorganisation diente dem als „Ständestaat“ maskierten Austrofaschismus als Organ der Kontrolle, der Repression und des Gesinnungsterrors.<sup>12</sup> Dieser „Ständestaat“ war weder christlich noch sozial ausgewogen, sondern eine Diktatur, die in Österreich „mit den Instrumenten der Repression“ eine „politische Alternative zur parlamentarischen Demokratie“ etablieren wollte.<sup>13</sup> Sie verstand sich als „Träger des österreichischen Staatsgedankens“ und war gemäß ihrem Selbstverständnis eine überparteiliche „politische Zusammenfassung“ aller Staatsangehörigen, die sich dem Führer der VF „unterstellten“ – also sich dem Führerprinzip unterordneten. Sie war alleiniger Träger der politischen Ideologie des Systems, nachdem die politischen Mitbewerber (SDAP, NSDAP und KPÖ) verboten und die parlamentarische Demokratie damit ausgeschaltet waren.

### 1.3. Wirkungsbereiche und Organisationsgrad

Die VF zeichnete sich durch einen hohen Organisationsgrad aus. Sie wuchs im Zeitraum 1935 bis 1937 von 2,15 auf 2,5 Mio. Mitglieder und repräsentierte 1/3 der Bevölkerung. Die hohe Mitgliederzahl war jedoch nicht auf eine wirksame Propaganda, sondern auf den „korporativen Eintritt ganzer Körperschaften und Organisationen“, wie der gesamten österreichischen Beamtschaft, zurückzuführen.<sup>14</sup> Die VF besaß auch verschiedene Unterorganisationen wie das „Österreichische Jungvolk“, ein volks- und ein sozialpolitisches Referat, und die „Frontmiliz“. Verschiedene soziale Gruppen wurden durch „Referate“ und „Frontwerke“ integriert. VF-Symbol war das Kruckenkreuz, ihr Gruß – allen Korrespondenzen zu entnehmen – „Front Heil!“, davor „Österreich!“. Sie hatte durch ihr rigide ausgeübtes Interventionsrecht hohen Einfluss auf die personelle Zusammensetzung in öffentlichen Vertretungen und Interessensverbänden. VF-Generalsekretär und Bundeskommissär Walter Adam hatte 1935 durch Rundschreiben verfügt, dass in allen Bundesländern „für die Betriebe der Privatwirtschaft“ Betriebsorganisationen (BO) zu errichten seien.<sup>15</sup>

---

<sup>11</sup> AdR/VF 514/228/2079/72 – nicht datiert

<sup>12</sup> Diese Definition ist der Versuch eines Substrats aller Deutungsmuster in der Literatur und den Referaten der vom Institut für Zeitgeschichte und der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien im Jänner 2011 veranstalteten Tagung „Österreich 1933-1938“.

<sup>13</sup> Tálos, Emmerich: Deutungen des Österreichischen Herrschaftssystems 1934 – 1938. Am Beispiel des „Ständestaats-Paradigmas“ – in: Florian Wenninger u. a. (Hrsg.), Geschichte macht Herrschaft. Zur Politik mit dem Vergangenen, Wien 2007, 199-213, 199

<sup>14</sup> Köhler, Walter: Amtliches Nachrichtenwesen und politische Korrespondenz im Umfeld des austrofaschistischen Mediensystems 1933-1938, Diss. Wien 1985, 19

<sup>15</sup> IDVF, Nr. 34/II, 24. August 1935, 2

Im Bundesgesetz von 1934 betreffend die „Vaterländische Front“ wurde der österreichische Bundeskanzler, der zugleich auch „Bundesführer“ – ab 1936 „Frontführer“ – war, mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet. Er berief den „Führerrat“, ernannte seinen Stellvertreter, den Bundes- und die Landesleiter, definierte deren „Wirkungskreis“, und gab die „Bestimmungen“ und die Struktur der „Vaterländischen Front“ vor (§ 3, 4, 5 und 6). Die Ausübung eines Mandats – die nur VF-Mitgliedern möglich war – bedurfte seiner Zustimmung (§ 7). Die Behörden hatten Weisungen („Anträge, Gesuche, Anzeigen, Beschwerden, Mitteilungen“) des „Bundesführers“ bzw. dessen untergeordneter, weisungsgebundener Hierarchieebenen „ohne unnötigen Aufschub“ zu exekutieren, und waren so dem „Führerprinzip“ verpflichtet (§ 8).<sup>16</sup> Mit dem Frontgesetz von Mai 1936 wurde die VF zur einzigen legalen politischen Partei.

Im offiziellen Organ des „Österreichischen Heimatschutzes“ wurden jene Aufgaben- und Wirkungsbereiche des „menschlichen und staatlichen Lebens“, die in der VF „Gestalt gewannen“, genau definiert. Der „*staatspolitische*“ Bereich werde von der „Heimatschutzbewegung“, die dem Volke das „österreichische Staatsbewusstsein“ nahe gebracht habe, getragen. Die „Ostmärkischen Sturmsharen“ würden den „*kulturpolitischen*“ Bereich abdecken. Sie hätten als „Wehrverband des Geistes“ die „Kulturoffensive“ zu tragen, die „liberalen Reste zu vernichten“ und „katholisch-österreichische Ideale“ in Kunst, Wissenschaft und Bildung „einzuprägen“. Der „heute so wichtige *soziale*“ Bereich werde vor allem durch die „Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenvereinigung“, die „Soziale Arbeitsgemeinschaft“ SAG, die „christliche Arbeiterbewegung“ und vom „Gewerkschaftsbund“ betreut. Diese „natürliche Gliederung“ in drei Bereiche, denen die dringliche Aufgabe der „Vollendung, der Führer- und Elitenbildung“ zufiel, bejubelte der Autor als das „österreichische Glück“.<sup>17</sup>

---

<sup>16</sup> Bundesgesetz vom 1. Mai 1934 BGBl. II/ Nr. 4/1934

<sup>17</sup> Raimund Poukar, „Gestalt und Aufbau der Vaterländischen Front“ – in: „Der Heimatschützer“, 8. August 19361f.

## 2. Die „Vaterländische“ Kommunikationspolitik der „Ständestaat“-Diktatur.

### 2.1. Das austrofaschistische Mediensystem

Österreichs vorrangige medienpolitische Ziele ab 1933 waren die Propagierung der neuen Staatsform, die Betonung der Eigenstaatlichkeit Österreichs und mit der Abgrenzung gegenüber Hitler-Deutschland die Betonung eines österreichischen Patriotismus.<sup>18</sup> Wesentliche Inhalte dieser Medienpolitik waren die (1) Propagierung der Maiverfassung 1934, des christlichen „Ständestaates“ und des italienischen Kurses; der (2) Appell an die „österreichische Wehrkraft“ und „Wider den Illegalen“; die (3) „Befriedung der Arbeiterschaft“; die (4) „kulturelle Mission“ Österreichs in Europa; die Pflege des (5) „Dollfuss-Mythos“ und die (6) Verteidigung von Österreichs Unabhängigkeit gegen Hitler.<sup>19</sup> Ihre Methoden zur Steuerung der öffentlichen Meinung waren sowohl inhaltliche Beeinflussungsversuche wie auch direkte Verbote, vertriebspolitische und personalpolitische Maßnahmen, und die Übernahme oder direkte Herausgabe unabhängiger Massenmedien.

#### 2.1.1. Amtliches Nachrichtenwesen

Umgesetzt wurden all diese Maßnahmen durch ein Netz von Institutionen. Neben dem **Bundeskanzleramt**, von dem auch medienpolitische Verordnungen und Gesetze ausgingen, war das „Kuratorium für Heimatdienst“ für innenpolitische Propagandaplanung zuständig. Das „Ministerkomitee für Aufklärung und Propaganda“, dem der zuständige Minister, der Pressechef und regimetreue Publizisten angehörten, hatte eine nicht näher definierte „beratende“ Funktion.<sup>20</sup> Dem Amt des Regierungschefs unterstanden der „**BundespresseDienst**“ als „oberste medienpolitische Behörde mit weitreichenden Zensurbefugnissen“.<sup>21</sup> Dieser administrativ unterstellt waren als österreichischen Nachrichtenagentur die „**Amtliche Nachrichtenstelle**“ ANA,<sup>22</sup> und die „**Politische Korrespondenz**“, die Zeitungen mit Texten, die nicht für die zu festgesetzten Stunden erfolgenden „offiziellen Depeschenausgaben der ANA“ bestimmt waren, belieferte. Das „**Bundeskommisariat für Heimatdienst**“ befasste sich mit Medienkampagnen der VF.

---

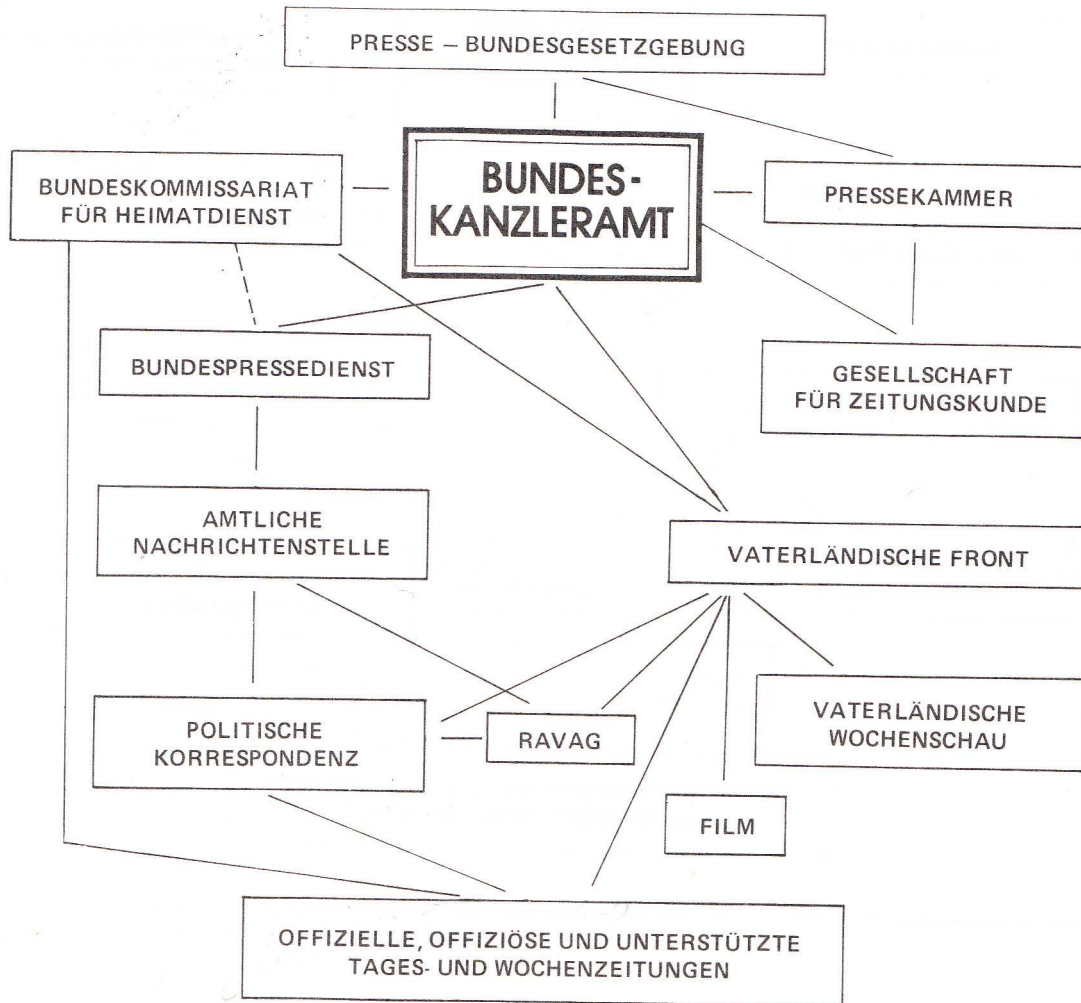
<sup>18</sup> Hajicsek, Gerhard: Viele Ziele, doch kein Ziel. Die Medienpolitik des austrofaschistischen Staates – in: Moritz, Verena/Moser, Karin/Leidinger, Hannes: Kampfzone Kino. Film in Österreich 1918-1938, Filmarchiv Austria, Wien 2008, 45-70, 49

<sup>19</sup> Köhler, 49f.

<sup>20</sup> Köhler, 47

<sup>21</sup> Köhler, 48

<sup>22</sup> Diese „älteste amtliche Agentur Europas“ war 1922 aus dem „k.k. Telegraphen-Korrespondenzbureau“ hervorgegangen. Dessen Vorläufer war die von den Wiener Journalisten 1850 herausgegebene „Österreichische Correspondenz“ gewesen – siehe: Köhler 134, 138



Quelle: Köhler, 47

Über Verstöße im Journalismus hatte die „**Pressekammer**“ zu urteilen. Als berufsständische Organisation hatte sie auch die Herausgabe von Tages- und Wochenzeitungen zu bewilligen und organisierte ab März 1937 „Kammerkurse für Zeitungskunde“. Über ihren Präsidenten, den „Publizisten und Diplomaten“ Eduard Ludwig <sup>23</sup>, war sie mit dem Vorläufer des Instituts für Zeitungswissenschaft bzw. ab 1970 für Publizistik der Universität Wien, der „**Österreichischen Gesellschaft für Zeitungskunde**“, eng vernetzt. Über diese war die VF auch im Hochschulbereich stark präsent. Im Vorlesungsverzeichnis einer von ihr veranstalteten „Akademie für Presse und Politik“ für das Wintersemester 1937/38 scheint neben Justizminister Ludwig Adamovich, Wiens Bürgermeister Richard Schmitz und „Reichspost“-Chefredakteur Friedrich Funder auch Generalsekretär Guido Zernatto als Vortragender auf. Zernattos Vorlesung „Die Vaterländische Front“, ein „politischer Schulungskurs“, war die erste Lehrveranstaltung im ersten des insgesamt sechs Semester dauernden Studiums.<sup>24</sup> Der personellen Gleichschaltung wurde durch die Errichtung eines eigenen Lehrstuhls der „Österreichische Gesellschaft

<sup>23</sup> Siehe auch: Ludwig, Eduard: Österreichs Sendung im Donauraum. Die letzten Dezennien österreichischer Innen- und Außenpolitik, Wien 1954

<sup>24</sup> AdR/AVA Inneres 116/184/1937

für Zeitungskunde“ an der Universität Wien ab 1936, wo der journalistische Nachwuchs eine systemkonforme Ausbildung erhielt, Rechnung getragen.<sup>25</sup>

## 2.1.2. Presse

Als weitere publizistische Instrumente dienten die amtlichen, offiziösen, „unabhängigen“, und Partei-**Zeitungen**. Durch die Machtübernahme des autoritären Regimes Dollfuß hatte „das österreichische Pressewesen schwere Brüche“ zu verkraften.<sup>26</sup> „Drei Tage nach der Geschäftsordnungskrise im Nationalrat erschien am 7. März 1933 eine durch das ‚Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz‘ legitimierte Presseverordnung, die eine Vorlagepflicht für Zeitungen vorsah“, bald auf „Druckereien und Verlage ausgeweitet wurde und eine reine Vorzensur darstellte“.<sup>27</sup> Sozialdemokratische – „Arbeiter-Zeitung“, „Das Kleine Blatt“ – kommunistische („Rote Fahne“) und auch Blätter der Nationalsozialisten, wie deren Leitmedium „Deutsch-Österreichische Tageszeitung“, fielen darunter.<sup>28</sup> Eine Verordnung über die „Veröffentlichung amtlicher Verlautbarungen in Zeitungen“ vom 30. Juni 1933 knebelte die Presse zusätzlich. Aussendungen der ANA und der „Politischen Korrespondenz“ mit dem Vermerk „Pflicht“ mussten wortgetreu, gratis und gut im Blatt platziert publiziert werden. Entgegnungen auf diese waren per Gesetz unmöglich.<sup>29</sup>

Mit dem Verbot der Kommunistischen Partei und der NSDAP „wurden am 22. Juli 1933 ‚Rote Fahne‘ und ‚Deutsch-Österreichische Tageszeitung‘ eingestellt“.<sup>30</sup> Die Regierung hatte nun wohl die amtliche „Wiener Zeitung“ und die „offiziösen bürgerlichen Blätter unter Kontrolle“<sup>31</sup>, um „Opposition und Kritik auszuschalten“, eine „einheitliche Sprachregelung“ hatte sie noch nicht geschafft.<sup>32</sup>

Neben der *amtlichen* „**Wiener Zeitung**“ war die christlichsoziale „**Reichspost**“ das *offiziöse* Regierungsorgan. Einfluss auf die „Weltblätter des Großbürgertums“<sup>33</sup>, wie „**Neue Freie Presse**“ und das „**Neue Wiener Journal**“, sicherte sich die Regierung durch der Öffentlichkeit kaum bekannte Aktienbeteiligungen. Viele Boulevardblätter wurden aufgekauft, der ehemalige sozialdemokratische „Vorwärts“-Verlag unter kommissarische

---

<sup>25</sup> Hajicsek, 64

<sup>26</sup> Urbanek, Gerhard: Österreichs Deutschland-Komplex. Paradoxien in der österreichisch-deutschen Fußballmythologie, phil. Diss. Wien 2009, 40 – siehe auch: Paupié, Kurt: Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 1848–1959, Band I: Wien, Wien - Stuttgart 1960, 40f.

<sup>27</sup> Urbanek, Österreichs Deutschland-Komplex, 41 – siehe bei: Jagschitz, Gerhard: Die Presse in Österreich von 1918 bis 1945 (in: Pürer, Heinz/Lang, Helmut W./Duchkowitz, Wolfgang (Hrsg.): Die österreichische Tagespresse. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. Eine Dokumentation von Vorträgen des Symposiums „200 Jahre Tageszeitung in Österreich“, Heft 5/1983, 42-82, 53

<sup>28</sup> Paupié, 47 – zitiert bei: Urbanek, Österreichs Deutschland-Komplex, 41

<sup>29</sup> Köhler, 61

<sup>30</sup> Urbanek, Österreichs Deutschland-Komplex, 41 – siehe: Paupié, 59

<sup>31</sup> Urbanek, Österreichs Deutschland-Komplex, 41

<sup>32</sup> Jagschitz, Presse in Österreich, 56 und 58-60

<sup>33</sup> Köhler, 120

Leitung gestellt <sup>34</sup> und mit seinem Hauptperiodikum, dem „Kleinen Blatt“, übernommen.<sup>35</sup> Die „Arbeiter-Zeitung“ dagegen erschien im Exil in Brünn und Prag und wurde nach Österreich geschmuggelt. Von den zahlreichen katholischen Zeitschriften waren vor allem zwei und von Bedeutung: die „**Schönere Zukunft**“, ein vorwiegend von Abonnenten in Deutschland bezogenes, katholisches, pro-deutsches Blatt mit antisemitischer Tendenz; und die von dem „deutschen Emigranten und Universitätsprofessor“ Dietrich von Hildebrand herausgegebene Wochenzeitschrift „**Der christliche Ständestaat**“, die ab 1933 als „neues programmatisches Blatt des Dollfuss-Regimes“ gegen das nationalsozialistische Deutschland agitierte.<sup>36</sup>

In Anlehnung an faschistische „*Partei*“-Vorbilder unterhielt die VF zwei Zeitungstypen: öffentliche Blätter, und interne Publikationen für VF-Funktionäre und -Mitglieder. Zur ersten Gruppe gehörten die regionalen Mitteilungen der VF-Landes- und Bezirksleitungen, wie die „*Vaterländische Front*“ der Wiener VF, die großteils im 1934 übernommenen „Vorwärts“ gedruckt wurde und die österreichischen Nationalsozialisten scharf attackierte.<sup>37</sup> Neben Publikationen einiger spezifischer Auslands-, Jugend- und Kulturorganisationen richtete sich vor allem die Wochenzeitung „*Der Beamte*“, die sich selbst als „Organ der Dienststellenorganisation der VF“ bezeichnete, an die Zielgruppe der öffentlich Bediensteten. Es schrieben darin unter anderen auch Kurt Schuschnigg, Edmund Weber, Walter Adam und Eduard Ludwig.

Eine den wichtigsten Publikationen, die nicht zur Veröffentlichung bestimmt waren, war der „*Informationsdienst der Vaterländischen Front*“. Das Wochenblatt im Kleinformat beinhaltete Standardrubriken, wie „Von der VF“, „Eine Woche Regierung Schuschnigg“, oder eine „Wochenchronik“, seine Redaktion befand sich im Haus der VF Am Hof 4, Druck- und Verlagsanstalt war die „Vorwärts“ AG. Als die polizeiliche Bewilligungspflicht für die Herausgabe einer Tageszeitung auf Monatsblätter ausgeweitet wurde, kommentierte der „Informationsdienst der VF“ diese einschneidende Änderung auf dem Pressesektor als Maßnahme von „einer gewissen innenpolitischen Bedeutung“, ermögliche sie doch nun eine „volle Erfassung des Pressewesens“.<sup>38</sup>

Neben den direkten Verboten erwiesen sich vertriebspolitische Maßnahmen wie etwa distributionsseitige Einschränkungen, oder bedingte Kolportageverbote, als „recht wirksam“, da etwa die Wiener kaum das Postabonnement nutzten. Dem Regime gelang die erwünschte Reduktion der Medienlandschaft: von 28 Tageszeitungen und fünf politischen Montags-Früh-Blättern von 1930 waren 1936 nur mehr 18 bzw. drei übrig geblieben.<sup>39</sup>

---

<sup>34</sup> Paupié, 59

<sup>35</sup> Köhler, 121 und 125

<sup>36</sup> Köhler, 126f.

<sup>37</sup> Köhler, 105

<sup>38</sup> IDVF, Nr. 47/II, 23. November 1935, 11

<sup>39</sup> Jagschitz, Presse in Österreich, 62



### 2.1.3. Kinowochenschau und Rundfunk

Die Presse-, Film- und Rundfunkarbeit der VF selbst sollte den „österreichischen Staatsgedanken“ in die Bevölkerung tragen – nicht nur mittels Publikationen, Versammlungen und Flugblätter, sondern auch durch Eingriffe in die Filmzensur, in die Gestaltung der Vaterländischen Wochenschau **„Österreich in Bild und Ton“** (ÖBUT) und in das Rundfunk-Programm. Im Bereich der RAVAG erübrigten sich Repressionsmaßnahmen wie auf dem Pressesektor, da schon damals deren Aufsichtsorgane proporzmäßig besetzt waren. Auch der Rundfunk hatte ebenfalls den ANA-Nachrichtendienst unverändert zu übernehmen. Rudolf Henz, Mitbegründer des VF-Werkes „Neues Leben“ und VF-Kulturreferent, leitete auch die wissenschaftliche Abteilung der RAVAG.<sup>40</sup>

Im Austrofaschismus war man sich der systemstabilisierenden Rolle einer effizienten Kontrolle von Film und Kino wohl bewusst.<sup>41</sup> Das „Institut für Filmkultur“ stufte Filme in Bewertungskategorien ein, die es in seiner Zeitschrift „Der gute Film“ veröffentlichte. Eine einheitliche bundesweite Filmzensur kam aber nicht zustande, diese Funktion erfüllte zunehmend die deutsche Reichsfilmkammer.<sup>42</sup> Bei der Gestaltung eines vaterländischen Filmprogramms standen katholische Kirche und „Vaterländische Front“ in permanenter Konkurrenz zueinander. Dieser Konflikt, gekennzeichnet durch mangelnde Professionalität und die Unfähigkeit zu einer klaren Positionierung gegenüber Nazi-Deutschland, bewirkte ein zunehmendes Desinteresse des Kinopublikums. Waren 1933 gedrehte „Gesinnungswerke der NS-Bewegung“<sup>43</sup>, wie „SA-Mann Brand“ oder „Hitlerjunge Quex“ noch verboten gewesen, lieferte sich nun die österreichische Filmwirtschaft mit einigen bilateralen Filmübereinkommen zunehmend jener der Nationalsozialisten aus.<sup>44</sup> Diese mit 1934 beginnende Anpassungsphase wurde ab 1936 „im Eilzugstempo vollzogen“ und verlief seitens Österreichs freiwillig, da sich austrofaschistische und nationalsozialistische Ideologie „zu nahe kamen“.<sup>45</sup> Die Reichsfilmkammer Berlin vereinbarte mit der Österreichischen Filmkonferenz Wien noch vor dem Juliabkommen im Juni 1936, dass die Einfuhr deutscher Filme nach Österreich unbeschränkt möglich war, österreichische Spielfilme in Deutschland jedoch auf ein Kontingent von 14 pro Jahr beschränkt wurden.<sup>46</sup> Der österreichische Film war stark vom deutschen Absatzmarkt abhängig, da er dort 50 Prozent seiner Ergebnisse einspielte.<sup>47</sup>

<sup>40</sup> Köhler, 48, 78-81; und: Venus, Theodor: Von der RAVAG zum Reichssender Wien – in: Talos, Emmerich/Hanisch, Ernst/Neugebauer, Wolfgang/Sieder, Reinhard (Hrsg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien, 2002, 597-626, 597f.

<sup>41</sup> Moritz, Verena/Moser, Karin/Leidinger, Hannes: Kampfzone Kino. Film in Österreich 1918-1938, Filmarchiv Austria, Wien 2008, Vorwort, 8

<sup>42</sup> Hajicsek, 56

<sup>43</sup> Moser, Karin: Endzeit – in: Moritz, Verena/Moser, Karin/Leidinger, Hannes: Kampfzone Kino. Film in Österreich 1918-1938, Filmarchiv Austria, Wien 2008, 387-417, 415

<sup>44</sup> Moritz u. a, Kampfzone, 10

<sup>45</sup> Moser, Endzeit, 410

<sup>46</sup> AdR/VF 514/278/2532/1-3, Sonderabkommen zwischen der Reichsfilmkammer, und der Österreichischen Filmkonferenz, Wien über den Filmaustausch zwischen Deutschland und Österreich, Juni 1936

<sup>47</sup> Hajicsek, 57

Die ständestaatliche Filmpropaganda ging jedoch bis zuletzt eigene Wege. Sie trat massenmedial mit „**Österreich in Bild und Ton**“, einer von der VF zwischen Juni 1933 und März 1938 im Auftrag der österreichischen Bundesregierung produzierten Filmwochenschau, in Erscheinung. Für die „ÖBUT“ zeichnete der Werbedienst im Amt des Frontführers verantwortlich, als Herausgeber fungierte die protegierte Filmfirma „Selenophon“. Nur zwei Tage vor Schuschniggs „Besuch“ bei Hitler am Berghof in Berchtesgaden behandelte ein Werbefilm der VF Themen wie eine Biographie des „verewigten Kanzlers“ Engelbert Dollfuss, das Programm der „Bewegung“ der VF, deren Organisationsstruktur und eine Darstellung der VF-Werke „Jungvolk“, „Kinderferienwerk“, „Neues Leben“ und „Mutterschutzwerk“.<sup>48</sup> In keinem der belanglosen Beiträge fanden sich Hinweise auf das Zeitgeschehen, die prekäre aktuelle politische Situation in Österreich blieb völlig ausgeblendet. Schon in der ersten Woche nach dem „Anschluss“ lief „Österreich in Bild und Ton“ – mit dem alten Team, aber neuen Inhalten – als „Ostmark-Wochenschau“ weiter.

Musikalisch untermalt waren diese Beiträge stets pathetisch und schwermütig mit Melodien wie „*Ich hatt' einen Kameraden*“, „*Oh du mein Österreich*“, oder dem Haydn-Thema der ehemaligen Kaiserhymne.<sup>49</sup> Versuche, das Erscheinungsbild der „ÖBUT“ zu modernisieren oder umzugestalten, scheiterten zumeist an der „Selenophon“. Werbeleiter Hans Becker holte sich im Sommer 1937 mit seiner Anregung, auf Wunsch „weitester Bevölkerungskreise“ Einleitungs- und Schlussmusik neu zu gestalten, eine Abfuhr. Die „Selenophon“ verwies auf die vielen von Beginn an eingelangten Vorschläge<sup>50</sup>, und den Beschluss der Gutachter-Kommission „gegen die Verarbeitung bekannter Weisen“. Aufgrund der notwendigen Kürze der „Signation“ sei die Verwendung „einer ganzen musikalischen Phrase“ nicht möglich, die Einfügung von nur ein bis zwei Takten aber „eine Verballhornung“. Die Wochenschau sei eine „eingeführte, renommierte Marke“, eine Abänderung „vom propagandistischen Standpunkt“ nachteilig. Sämtliche internationalen Wochenschauen wie FOX, Paramount oder Ufa hätten bis heute „Bild und Ton“ nicht geändert.<sup>51</sup>

## 2.2. „Multifunktionäre“ des Medienregimes

Diese „zentralistische“ Mediensystem wurde durch drei Männer geprägt, die in praktisch jeder staatlichen Medienorganisation vertreten waren: Eduard Ludwig, Edmund Weber und Walter Adam. **Eduard Ludwig** (1883-1967), in seiner Jugend ein Anhänger Karl Luegers, nicht absolvierter Jurist, ab 1918 in der Pressestelle der „Staatskanzlei“ tätig, wurde 1920 Leiter des

<sup>48</sup> In: „Österreich in Bild und Ton“, Filmstart 10. Februar 1938

<sup>49</sup> Letztere war längst auch jene des „Deutschland-Liedes“ geworden, das in Verbindung mit dem „Horst Wessel-Lied“ in NS-Deutschland als Hymne galt.

<sup>50</sup> wie etwa Bundeshymne, Dollfusslied, „Oh Du mein Österreich“, Radetzky marsch, Prinz-Eugen-Lied, Andreas-Hofer-Lied, Dachstein-Lied

<sup>51</sup> AdR/VF 514/252/2255/343,401-402

„Pressedepartments im Staatsamt für Äußeres“. Nach der Fusion dieser beiden Ämter 1921 wurde ihm die Leitung des neu gegründeten „Bundespressedienstes“ übertragen. Bundeskanzler Seipel ernannte ihn 1924 zum „außerordentlichen Gesandten“ und „bevollmächtigten Minister“. Interimistisch übernahm er 1933 auch das „Bundeskommisariat für Heimatdienst“. Als Geschäftsführer der „Vaterländischen Tonfilm GmbH“ war er für die Produktion der Vaterländischen Wochenschau „ÖBUT“ verantwortlich. Im Zuge des Kurswechsels der österreichischen Regierung nach dem Juliabkommen 1936, der ein Ende des „Propagandakrieges gegen Deutschland“ vorsah und die innere Front massenmedial durch kulturpolitische Arbeit und „mehr Unterhaltung“ stärken sollte, wurde er als „unzumutbarer Anti-Nationalsozialist“ der geänderten Politik geopfert.<sup>52</sup> Er wurde nach 18 Jahren „Bundespressedienst“ abgelöst und als Staatsrat sowie der „Österreichischen Pressekammer“ und Präsident der „Österreichischen Gesellschaft für Zeitungskunde“ weggelobt.<sup>53</sup> Im März 1938 stand er auf der Liste der österreichischen „Schutzhäftlinge“ für das KZ Dachau. Nach 1945 war er als ÖVP-Mandatar bis 1953 Abgeordneter im Nationalrat, von 1946 bis 1958 leitete er interimistisch das „Institut für Zeitungswissenschaft“ an der Universität Wien. Bis 1958 vertrat Ludwig Österreich beim Europarat in Strasbourg.<sup>54</sup>

Als Pädagoge und Germanist hatte sich **Edmund Weber** (1900-1949), der „engste publizistische Wegbereiter“ Dollfuss', dem Journalismus zugewandt. Nach seinen Tätigkeiten bei führenden Wiener Tageszeitungen, beim „Bundespressedienst“ und als Korrespondent katholischer Auslandszeitungen übernahm er 1924 die Leitung des Pressedienstes der nö. landwirtschaftlichen Organisationen und 1926 des „Agrarverlages“. 1933 machte ihn sein Mentor Dollfuss zum Amtsvorstand bzw. Direktor der „Amtlichen Nachrichtenstelle“ ANA und damit auch zum Herausgeber der „Politischen Korrespondenz“. Nach dem 12. Februar 1934 wurde ihm die „Gleichschaltung und Organisation“ des sozialdemokratischen „Vorwärts“-Verlags übertragen. 1934 zum Hofrat ernannt, wurde er durch eine im Deutschen Reich verbotene Edition von Dollfuss-Reden zum erklärten Feindbild der „Illegalen“. Auch Weber war Mitglied der „Österreichischen Gesellschaft für Zeitungskunde“, und nach Ludwigs Abberufung 1936 Stellvertreter von Walter Adam, der Ludwig als „Bundespressedienst“-Chef abgelöst hatte. 1936 wurde er Ludwigs Vizepräsident der „Österreichischen Pressekammer“. Auch Weber war nach dem „Anschluss“ einer der ersten, die von der Gestapo am 12. Februar „beurlaubt“ wurden. Bis 1945 war er in den KZ's Dachau und Sachsenhausen inhaftiert. Nach Kriegsende übernahm er das Presse- und Propagandareferat der neu gegründeten ÖVP.<sup>55</sup>

---

<sup>52</sup> Venus, Von der RAVAG zum Reichssender Wien, 600

<sup>53</sup> Österreichische Staatsdruckerei: Der Hochverratsprozess gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht. Die gerichtlichen Protokolle mit den Zeugenaussagen, unveröffentlichten Dokumenten, sämtlichen Geheimbriefen und Geheimakten, Wien 1947, Zeugenaussage Eduard Ludwig, 147

<sup>54</sup> Köhler, 50f.

<sup>55</sup> Köhler, 52f.

**Walter Adam** (1886-1947), begann seine Karriere als Berufsoffizier im Generalstab, war im letzten Kriegsjahr Generalstabschef der österreichisch-ungarischen Truppen in der Türkei und kam 1921 ins Heeresministerium. In der „Wehrzeitung“ von Edmund Glaise-Horstenau bewies er journalistisches Talent. Bei der „Reichspost“ war er zunächst außenpolitischer Redakteur, und dann stellvertretender Chefredakteur. Als ihn Friedrich Funder die Redaktion übergeben wollte, berief ihn Dollfuss 1934 in die VF und zum „Bundeskommis­sar für Heimatdienst“, der er bis 1938 blieb. Ab 1934 auch VF-Generalsekretär, folgte er 1936 Eduard Ludwig als Chef des „Bundespressediens­tes“ nach und war somit Pressechef Schuschniggs. Sein Name stand auf der berüchtigten Liste der „Schutzhäftlinge“ für Dachau an erster Stelle. Adam war bis 1943 in Dachau und Flossenburg interniert und kehrte nach zwei Jahren Zwangsarbeit „als gebrochener Mann“ nach Österreich zurück, wo er nur zwei Jahre später verstarb. Ex-Soldatenkamerad Edmund Glaise-Horstenau charakterisierte Adam als „alten schwarz-gelben Offizier, liberal, begeisterten Österreicher und Feind der Nazis“.<sup>56</sup>

Die Ämterverflechtung im austrofaschistischen Mediensystem war somit durch Personalunionen, Doppelfunktionen und Paradoxien gekennzeichnet. Eduard Ludwig und sein Nachfolger Walter Adam waren als Chef des „Bundespressediens­tes“ und Pressechef des Bundeskanzlers gegenüber der „Amtlichen Nachrichtenstelle“ weisungsberechtigt – als Leiter des untergeordneten „Bundeskommis­ariats für Heimatdienst“ aber nicht. Eduard Weber war als Herausgeber der „Politischen Korrespondenz“ dem Leiter der „Amtlichen Nachrichtenstelle“, ebenfalls Eduard Weber, untergeordnet und somit sein eigener Chef. Dem „Bundespressediens­te“ unterstellt hatte er aber – wie sein Präsident Ludwig – in seiner leitenden Funktion als Vize der „Pressekammer“ über die Herausgabe von Presseprodukten zu entscheiden.

### **2.3. Vaterländische „Masterminds“ im „Werbedienst“ der „Vaterländischen Front“. Hans Becker und Fritz Bock.**

Wie Organisationsdienst, Wirtschaftsdienst und die „VF-Werke“ unterstand die Dienstgruppe III „Werbedienst“ dem Generalsekretariat. Ihr Aufgabenbereich wurde etwas allgemein als „Aufklärungs- und Werbedienst“ definiert, er war in Unterabteilungen – Mitgliederwerbung, Rednerschulung, Aufklärungsdienst (gemeinsam mit dem Heimatdienst) und Bilder- und Filmwerbedienst – organisiert. Das Team wurde von Hans Becker und seinem Stellvertreter Dr. Fritz Bock, der auch die Abteilung für „Allgemeine Werbeangelegenheiten“ führte, geleitet. Viktor Josef Guttman, Dr. phil. und Dozent an der Konsularakademie, war für die „Schulung“ verantwortlich, die „Abteilung für Veranstaltungen“ bestand aus dem Leiter Karl Raab und Ing. Wilhelm

---

<sup>56</sup> Broucek, Peter: Ein General im Zwi­licht, Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau, Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Bd. 70, Graz-Wien-Köln 1980, Bd. 2, 157 – zitiert bei: Köhler, 56

Grohe.<sup>57</sup> Weitere Mitarbeiter waren Franz Gregora, der als Pressefotograf für die Bildgestaltung von VF-Schulungszeitschriften und -Broschüren zuständig war, und Dr. Karl Gustav Bittner als freier Mitarbeiter. Viktor Guttman, Jahrgang 1903, begann seine journalistische Laufbahn ebenfalls bei der „Reichspost“ und der „Deutschösterreichischen Tageszeitung“. Guttmans Mentor war „Reichspost“-Chefredakteur Friedrich Funder. Als Schulungsleiter der VF im Amt des Frontführers war er für der Redaktion und Herausgabe der „Schulungsblätter“ verantwortlich. Auch Bittner, der für den „Hannoverschen Anzeiger“ und den „Tiroler Anzeiger“ tätig war, kam von der „Reichspost“. Neben dem Regierungsblatt schrieb er auch für „Sturm über Österreich“, „Wiener Zeitung“ und den „Christlichen Ständestaat“.<sup>58</sup>

Becker, Guttman und Bittner verfassten in internen „Schulungsblättern“ Beiträge. Becker stellte den Unterschied zwischen „Innen- und Außenwerbung“ dar: Außenwerbung sei im Prinzip die Mitgliederwerbung, das „Gewinnen für eine Idee“. Dann erst müsse die „Innenwerbung“ aus einem „mehr oder weniger überzeugten Mitglied“ einen „begeisterten Mitkämpfer“ machen. „Innenwerbung“ sei also vor allem Schulung, aber mehr als man sich unter „Propaganda“ vorstelle – eine „Art politisches Apostolat“. Schulung müsse mittels Interaktion erfolgen, eine politische Idee wie „die österreichische Erneuerung“ benötige keine „schablonisierten gleichgeschaltete Gehirne“, die über ein paar „angelernte Phrasen“ nicht hinaus fänden. Für Guttman hatte die Schulung zwei Ziele: den Amtswaltern „Gedankengut in Kultur, Staat und Wirtschaft“ zu vermitteln und ihren einzelnen Gruppen – Organisatoren, Werben, Rednern, Schulern – die Voraussetzung für die „Bestgestaltung ihrer Funktionen“ zu bieten. Das „A und O“ neben allen Schulungsfaktoren aber sei „Liebe zu Sache, Hilfsbereitschaft gegenüber den Kameraden, und Einsatz der ganzen Persönlichkeit“. Als Forum für die Wünsche und Beschwerden der VF-Mitglieder wurde die „Wunschversammlung“ installiert.

Ein „erster Versuch zu etwas Neuem“ war ein Rednertreffen im März 1937, an dem Landesredner aus Wien, Niederösterreich und Burgenland teilnahmen. Der Zweck der Tagung, eine kleine „Heerschau“ und „kameradschaftliches Zusammentreffen“ zu veranstalten und die VF-Werbelinie darzustellen, sei „voll und ganz erreicht“ worden, betonte Bittner in seinem Aufsatz. Am Ende dieser Publikation wurden die im Generalsekretariat aufliegenden, vervielfältigten Schulungsbehelfe aufgelistet. Und im abschließenden „Schulungsmerkword“ wird festgehalten, dass Schulungsarbeit dann erfolgreich sein werde, wenn sie „in Wort und Schrift, in Einzelunterredung und Gemeinschaftsarbeit ohne Unterbrechung“ geleistet werde.<sup>59</sup> Als „Rednerbehelf“ standen auch „Aussprüche des Frontführers“ Schuschnigg von 1934-1936, das vom

---

<sup>57</sup> AdR/VF 514/327/2979/28 „Organigramm“ – nicht datiert, wahrscheinlich 1936

<sup>58</sup> AdR/VF 514/209/1960/2-13 – Beitrittserklärungen Becker, Gregora, Guttman (4. Februar 1938), Bock (undatiert), Bittner (4. Jänner 1938) und Raab (5. Februar 1938) zum Gewerkschaftsbund der österreichischen Arbeiter und Angestellten

<sup>59</sup> AdR/VF 514/276/2501/7-11 – Schulungsblätter, hrsg. von der Schulungsabteilung im Generalsekretariat, Nr. 2, April 1937

Bundespressedienst 1936 herausgegebene zweibändige Werk „Österreichische Erneuerung“ und Schuschniggs „Dreimal Österreich“ von 1937 zur Verfügung, die das „Referat für Traditionspflege“ zusammengestellt hatte.<sup>60</sup> Hans von Becker und Fritz Bock bestimmten entscheidend auch die Propaganda- und Kommunikationsstrategie der VF für die Volksbefragung am 13. März.

**Hans** (Johann Victor Sydonius) **Becker**, 1895 in Pula auf Istrien geboren, wuchs in einer Offiziersfamilie in bescheidenen Verhältnissen auf. Sein Vater, Konter-Admiral Alois Ritter von Becker war Kommandant der Marineakademie Fiume (heute: Rijeka). Nach seiner Matura 1913 als vielseitig begabter Schüler am k.u.k. Staatsgymnasium Pula ging er nach Wien, wo er gleichzeitig an der juristischen Fakultät und an der Kunstgewerbeschule, der heutigen Hochschule für Angewandte Kunst, Malerei und Architektur, inskribierte.<sup>61</sup> Im Ersten Weltkrieg diente er bei den Tiroler Kaiserjägern an der Südwestfront und in der k.u.k. Luftfahrtruppe und kehrte hoch dekoriert zurück.

Während des Krieges hatte er sein Jusstudium fortgesetzt, 1916 die rechtshistorische Staatsprüfung abgelegt und im Oktober 1919 sein „Absolutorium“ erhalten.<sup>62</sup> Sein Studium konnte er allerdings aus Geldmangel nicht beenden, er war somit kein promovierter Jurist, obwohl er in späteren Quellen oft als Dr. Becker tituiert wird. Als „Altmonarchist“ hätte er allerdings gerne mit seinem „von“ kokettiert.<sup>63</sup> Bis zu seiner Ausreise nach Südamerika 1922, wo er im Auftrag des Bundespressedienstes bis 1928 arbeitete und seine Sprachkenntnisse über diesen Kontinent erlangte, war er im Bankfach tätig. Entsprechend seiner Vielseitigkeit war er daneben auch Mitglied des 1900 gegründeten „Hagenbundes“, einer dissidenten Künstlergruppe, die sich als „Gegenpol zur Künstlerhaus-Genossenschaft“ verstand.<sup>64</sup>

Den Beginn seiner journalistischen Karriere datierte Becker selbst mit 1923. Er arbeitete bei der „Wiener Zeitung“, beim „Neuen Wiener Tagblatt“, dem argentinischen Tagblatt „La Nacion“, und für diverse Zeitschriften und Illustrierte Blätter. Seine leitende Tätigkeit im VF-Werbedienst im Amt des Frontführers wurde durch die Protektion von Minister Eduard Ludwig massiv unterstützt.<sup>65</sup> Beckers primäres Eintrittsmotiv zur VF wurde zum zentralen Aufgabengebiet, der nationalsozialistischen Propaganda „eine gleichwertige entgegenzusetzen“. Über deren Ideologie und propagandistische Methoden, deren journalistische Effizienz er schnell erkannte, besaß er berufsbedingt einen hohen Informationsstand.<sup>66</sup> Er hatte sich mit der 1932 erschienenen

---

<sup>60</sup> AdR/VF 514/301/2759/1-45

<sup>61</sup> Gotschim-Jauk, Elisabeth: Hans Becker. Ein Beitrag zu seiner Biographie unter besonderer Berücksichtigung seiner Opposition zum Nationalsozialismus, phil. Diss. Wien 1990, 4-8

<sup>62</sup> Gotschim-Jauk, 13, 16

<sup>63</sup> Dr. Viktor Matejka, Interview vom 7. April 1989 – zitiert bei: Gotschim-Jauk, 104

<sup>64</sup> Gotschim-Jauk, 37 und 58-59

<sup>65</sup> AdR/VF 514/209/1960/2-13 – Beitrittserklärung Hans S. von Becker zum Gewerkschaftsbund der österreichischen Arbeiter und Angestellten vom 4. Februar 1938

<sup>66</sup> Gotschim-Jauk, 89

„Geschichte des Nationalsozialismus“ von Konrad Heinlein <sup>67</sup> eingehend befasst.

Becker sah sich trotz seiner hohen Funktion als Kommunikationschef der VF „weder als Christlichsozialer noch Sozialdemokrat, Schutzbündler oder Heimatschützer“, sondern als jemand, der sich „in klarer Erkenntnis der der nazistischen Gefahr“ der Regierung Österreichs im Kampf gegen diese „zur Verfügung gestellt hatte“.<sup>68</sup> Dieses Hauptmotiv wird auch durch seine spätere, gefährvolle Widerstandstätigkeit bewiesen. Trotz der Tatsache, für den „Ständestaat“ geworben zu haben, wird er als „liberaler und humanistischer Österreicher“ charakterisiert. Sein monarchistisch-bürgerlicher Background, seine politische Verortung und die Distanz zu Sozialdemokratie und Kommunismus erlaubt aber nicht das Attribut „Demokrat“.<sup>69</sup> Becker kann als „vaterländischer“, antinationalsozialistischer Patriot, der bisweilen mit legitimistischen Positionen kokettierte, eingestuft werden. Bundespräsident Miklas verlieh Becker noch im Dezember 1937 das Ritterkreuz I. Klasse für seine Verdienste für die VF.<sup>70</sup>

Nach der Auflösung der VF-Zentrale Am Hof, kurz vor seiner Emigration nach Budapest, wurde Becker am 14. März 1938 von der Gestapo verhaftet und in das Wiener Gefangenenhaus Elisabethpromenade gebracht. Nach seiner Entlassung aus Mauthausen im Mai 1941 organisierte er erneut sein schon 1936 aufgebautes „Operationsbüro“ gegen den Nationalsozialismus, das ab Herbst 1942 „Zentralkomitee Österreich“ genannt wurde. Damit schuf er eine aus ehemaligen KZ-Häftlingen zusammengesetzte „gesamtösterreichische Widerstandskoordination“, was angesichts der Tatsache, dass er unter ständiger Beobachtung der Gestapo stand, ein lebensgefährliches Risiko darstellte. Mittels Kontakten zu tschechischen Widerstandsgruppen bildete er eine „Prager Zelle“. 1944 gelang ihm der Zusammenschluss der Widerstandszellen mit der Gruppe „O5“. Diese schloss sich im Dezember dem „Provisorischen Österreichischen Nationalkomitee“ POEN, dessen Ziel die Planung von „Sofortmaßnahmen nach der Beseitigung der Naziherrschaft“ war, an. Nachdem eine Besprechung über POEN-Aktionen am 25. Februar 1945 in Döbling von der Gestapo aufgedeckt worden war, wurden u. a. Becker, Ernst Molden und dessen Frau Paula Preradovic verhaftet und die Organisation damit zerschlagen.<sup>71</sup>

Becker kam am 1. April zum zweiten Mal als besonders gefährdeter, prominenter Häftling nach Mauthausen. Er schaffte es dennoch, unter falschem Namen im Krankenlager unterzutauchen und entging so seiner sicheren Exekution. Nach der Befreiung des Lagers am 7. Mai 1945 durch die Amerikaner übernahm Becker im von Ex-Häftlingen gebildeten

---

<sup>67</sup> Heinlein, Konrad: Geschichte des Nationalsozialismus. Karriere einer Idee, Berlin 1932

<sup>68</sup> DÖW 12032/3 – zitiert bei: Gotschim-Jauk, 101

<sup>69</sup> Dr. Viktor Matejka, Interview vom 7. April 1989 – zitiert bei: Gotschim-Jauk, 103-104

<sup>70</sup> AdR, Präsidentschaftskanzlei 16.500/37 – zitiert bei: Gotschim-Jauk, 108

<sup>71</sup> Gotschim-Jauk, 157, 176, 196f, 213

„Österreichischen Nationalausschuss“ sofort „organisatorische Aufgaben“, wie etwa die Erstellung von Abgangspapieren für den Rücktransport oder die Protokollierung von Zeugenaussagen über die in Mauthausen verübten Verbrechen. Durch den Kontakt zur amerikanischen „War Crimes Commission“ ging Becker am 16. Mai als Berater der US-Militärbehörden nach Salzburg.

Als er am 4. Juni 1945 nach Wien zurückkam, war die junge ÖVP personell bereits aufgestellt. Sein vergebliches Bemühen, bei dieser neuen Partei eine einflussreiche Position zu erlangen, und eine unbefriedigende Tätigkeit im Handelsministerium als „Konsulent für den Fremdenverkehr“ bis März 1947 bewogen ihn, sich für den Auswärtigen Dienst zu bewerben. Außenminister Karl Gruber sah in ihm aufgrund seiner Sprachkenntnisse einen geeigneten Mann für Südamerika. Seine Stationen als bereits 52jähriger, für den diplomatischen Dienst nicht mehr junger Beamter waren die Botschaften in Rio de Janeiro, Buenos Aires und Santiago.<sup>72</sup> Dass ihn das Außenamt Anfang April 1948 nur als „Geschäftsträger“, nicht als „Gesandten“ nach Chile schickte, hätte ihn sehr getroffen.<sup>73</sup> Becker wurde am 16. Dezember 1948 von dem polnischen Auswanderer Leo Sikorsky, der ihn erpresste und dessen Frau in Beckers Haushalt in Santiago beschäftigt war, erschossen. Er wurde in einem chilenischen Staatsbegräbnis in Santiago beigesetzt.

Auch Beckers stellvertretender Werbeleiter der VF, **Fritz Bock**, 1911 geboren, hatte sich dem ideologischen Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus verschrieben. Bereits mit 15 Jahren hatte er sich dem rund 100.000 Mitglieder umfassenden „Katholisch-deutschen Studentenbund“ angeschlossen, war als Jusstudent „natürlich auch“ CV-Mitglied und hatte sich 1933 „selbstverständlich“ der VF angeschlossen. Nach seiner Promotion 1936 zum Dr. jur. avancierte er bereits zu Beckers Stellvertreter als „Bundeswerbeleiter“.<sup>74</sup> In Bocks patriotischem Selbstverständnis war der 12. November 1918 der „Gründungstag des republikanischen Österreich“.<sup>75</sup> In der Werbe- und Propagandaabteilung der VF sah er sich mit der fast unmöglichen Aufgabe konfrontiert, der aggressiven NS-Propaganda, die „Terror als politisches Propagandamittel“ sah, eine „gleichwertige entgegensetzen“. Dieser hätte man nur mit der „Abhaltung von Versammlungen“ und dem Druck von „mehr oder minder guten oder schlechten“ Plakaten und Flugschriften begegnen können.<sup>76</sup> Der publizistische Zweifrontenkampf gegen die illegale NSDAP einerseits und die Linke sei besonders schwierig gewesen.

Bock zählte nach dem 11. März 1938 zu den ersten Opfern der Gestapo, wurde am 13. März verhaftet und gehörte wie Becker als führender,

---

<sup>72</sup> Gotschim-Jauk, 225, 232, 233, 248-249, 257

<sup>73</sup> Schreiben Hans Becker an Ferdinand Graf, Staatssekretär im Innenministerium, 20. November 1948 – zitiert bei: Gotschim-Jauk, 289

<sup>74</sup> Sporrer, Maria/Steiner, Herbert (Hrsg.): Fritz Bock, Zeitzeuge, Wien-München-Zürich 1984, 14

<sup>75</sup> Sporrer/Steiner, Bock, 23

<sup>76</sup> Sporrer/Steiner, Bock, 32



antinationalsozialistischer vaterländischer Publizist zum „Prominententransport“ der ersten 151 Österreicher am 1. April 1938 nach Dachau. Bock war nach 1945 Mitbegründer der ÖVP, 1947 bis 1953 Generalsekretär des ÖAAB, ab 1952 Staatssekretär im Handels- und 1955 bis 1956 im Finanzministerium, 1956-1968 Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, und 1966 bis 1970 Vizekanzler der Alleinregierung Klaus.

Becker und Bock gaben im Juli 1936 einen Leitfaden für „Kameraden“, die der Aufgabe, den Vorsitz einer Frontversammlung zu führen, „nicht immer gewachsen“ sind, heraus. Darin wurde besonders auf die nötige „Vorarbeit“ hingewiesen: der richtige Versand der Einladungen, die Affichierung der Plakate, die Platzierung von Fahnen und Rednerpult, Plätze für Journalisten – und ob der „Saalschutz“ wüsste, „was er zu tun“ hätte. Bei „heiklen Fragen“ hatte der Vorsitzende auf die „Entscheidung des Front- oder Landesführers“ hinzuweisen, die über die Werbeabteilung eingeholt werden. Fangfragen wäre mit dem Hinweis, „die Zeitungen besser zu lesen“, zu begegnen. In jedem Falle aber sollte der Vorsitzenden über die „Hauptpunkte“ des Sozialismus, des Nationalsozialismus, vor allem aber „der österreichischen Erneuerungsidee“ gut informiert sein. Nach der Veranstaltung sollte man „sofort herumhorchen lassen“, wie die Veranstaltung aufgenommen wurde, und dafür zu sorgen, dass in der Lokalpresse darüber berichtet wird.<sup>77</sup>

Die Ausschaltung der parlamentarischen Demokratie 1933/34 war für Bock auch später eine „unerlässliche Maßnahme“ gegen die „parlamentarische Verstärkung“ der NSDAP, die in Innsbruck 1933 bei den Gemeinderatswahlen stärkste Fraktion geworden war. Der „Abwehrkampf gegen die Nationalsozialisten“ wäre wichtiger gewesen als den Sozialdemokraten die „Wiederherstellung von parlamentarischen Verhältnissen“. Denn auch ein „parlamentarisch-demokratisches System“ in Österreich hätte, siehe Tschechoslowakei und Polen, die Ereignisse des 11. März 1938 nicht verhindert. Das deutsch-österreichische Abkommen vom 11. Juli 1936 hätte „niemals abgeschlossen werden dürfen“, es hätte eine „teilweise Beseitigung der Illegalität der NSDAP“ bedeutet, nachdem schon viele Aktivisten „aus Angst vor der Staatsgewalt davongelaufen“ seien, da ihnen die Illegalität „zu gefährlich“ geworden war.<sup>78</sup>

Bocks Vorwort in Ludwig Reichholds viel diskutiertem Buch von 1984 über den Widerstand der Vaterländischen Front gegen Österreichs Okkupation<sup>79</sup> war heftig kritisiert worden. Er vertrat darin die These von der „Selbstausschaltung des Parlaments“.<sup>80</sup> Der „Widerstandskampf“ der VF sei „noch nicht entsprechend“ gewürdigt worden.<sup>81</sup> Es hätte keinen „Austrofaschismus“

<sup>77</sup> AdR/VF 514/261/2363/57-60, „Fingerzeige für den Versammlungsleiter“, Juli 1936 – Die Publikation ist mit „Leiter der Werbeabteilung, Becker m. p.“ gezeichnet, „für den Inhalt verantwortlich“ war laut Impressum Dr. Fritz Bock.

<sup>78</sup> Sporrer/Steiner, Bock, 35, 40, 46

<sup>79</sup> Ludwig Reichhold: Kampf um Österreich. Die Vaterländische Front und ihr Widerstand gegen den Anschluss 1933–1938, Wien 1984

<sup>80</sup> „Volksstimme“, 1. Februar 1984

<sup>81</sup> „Die Presse“, 1. Februar 1984

gegeben, das ständestaatliche System wäre „der Versuch einer eigenen österreichischen Staatsform“ gewesen, um „dem Ansturm von draußen“ standzuhalten.<sup>82</sup> „Kein Wort über den 12. Februar“, dessen Ereignisse und Opfer „faschistoide Tendenzen, aber keinen spezifischen österreichischen Patriotismus“ bezeugen, kritisierte die „Arbeiter-Zeitung“. Der Autor, von 1934 bis 1938 „von Gnaden der VF“ Chefredakteur der „Österreichischen Arbeiter-Zeitung“, eines Presseorgans der christlichen Arbeiterbewegung, sehe die „Welt von damals“ anders als die „politisch denkenden Zeitgenossen.“<sup>83</sup> Das Buch sei bemüht, den Überlebenden jener Jahre und deren Kampf gegen den Nationalsozialismus „Gerechtigkeit widerfahren zu lassen“, räumte die katholische Wochenzeitung „Die Furche“ ein.<sup>84</sup>

Im Kapitel „Ständestaat als Imitationsfaschismus“ zitierte der Autor Ludwig Jedlicka als den zum Erscheinungszeitpunkt „markantesten Vertreter der zeitgeschichtlichen Forschung in Österreich“.<sup>85</sup> Die Begriffe „Austrofaschismus“ und „Klerikofaschismus“ würden „keineswegs jenes Konglomerat von Bewegungen und Ideen, Persönlichkeiten und historischen Zufällen“ treffen. Aus diesem „historischen Einheitstopf“, den manche „jüngere Historiker“ so gerne zur Deutung der österreichischen Geschichte von 1933 bis 1938 anwenden, lasse sich „kein brauchbares Surrogat“ herausdestillieren.<sup>86</sup> Herausgeber von Reichholds Werk war das „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“ DÖW.

## 2.4. Die Pressestelle der „Vaterländischen Front“.

„Jede politische Massenbewegung braucht einen Presseapparat“, forderte ein erstes Konzept zur Errichtung einer VF-Pressestelle. Zum Vorbild nahm man sich dafür die „Christlichsoziale Nachrichtenzentrale“ der christlichsozialen Partei. Im Einzelnen wurden folgende Aufgaben der definiert:

1. eine tägliche Wiener Ausgabe für sämtliche Tageszeitungen und die Montagblätter;
2. eine tägliche Artikelausgabe, ein „Artikeldienst“ an sämtliche Tageszeitungen der Landeshauptstädte mit Ausnahme der sozialdemokratischen Blätter;
3. dreimal wöchentlich eine Ausgabe für die Wochenblätter;
4. ständige telephonische Berichterstattung an interessierte Tageszeitungen;
5. ein wöchentlich erscheinender „Informationsdienst“ der VF nach dem Muster der „Christlichsozialen Nachrichtenzentrale“; Idealzustand wäre „in jedem Dorf ein Informationsdienst der VF“.

---

<sup>82</sup> Reichhold: Kampf um Österreich, 13

<sup>83</sup> Stella Klein-Löw: „Austrofaschismus – nur eine Mär?“ – in: „Arbeiter-Zeitung“, 13. Februar 1984

<sup>84</sup> „Die Furche“, 30. Mai 1984, Nr. 22

<sup>85</sup> Reichhold: Kampf um Österreich, 383

<sup>86</sup> Ludwig Jedlicka: Vom alten zum neuen Österreich, St. Pölten 1975, 219

Eine solche Pressestelle könnte etwa 100 Wiener und österreichische Tageszeitungen und Wochenblätter erfassen und betreuen. Auch „Vertrauensmänner“ – Informanten! – für den „Informationsdienst“ seien zu rekrutieren. Die Unterlagen für die Tageszeitungen sollten kopiert, jene für den „Informationsdienst“ gedruckt werden. Für Anfragen von „früh bis spät“ wäre ein redaktioneller Präsenzdienst einzurichten. Ein solcher Presseapparat, über den bisher noch keine Partei verfügt hätte, wäre mit rund S 9.000,-- Monatsbudget zu veranschlagen, das monatliche Defizit würde S 5.000,-- betragen. Erste Akquisitionsmaßnahmen wären daher die „persönliche Vorsprache“ der leitenden Redakteure in den Redaktionen der Tageszeitungen, und nach dem Muster der „Christlichsozialen Nachrichtenzentrale“ ein starkes Lobbying der VF-Führung bei Korporationen wie Bankenverband, Handelskammer, Kaufmannschaft und Hauptverband der Industrie HVI, um „Subventionen anzustreben“.<sup>87</sup>

Die Pressestelle der VF wurde von Chefredakteur Hofrat Karl Waranitsch und seinem Sohn Karl geleitet.<sup>88</sup> Waranitsch senior war bereits bei der „Reichspost“ und der „Amtlichen Nachrichtenstelle“ tätig gewesen. Die Pressestelle gab regelmäßig eine „Auslandspresseschau“ heraus, deren Empfängerkreis aber aufgrund obskurer, unverständlicher Geheimhaltungsvorschriften („Vertraulich! Nicht weitergeben! Nur zur persönlichen Information!“) beschränkt bleiben musste.<sup>89</sup> Auch im „Informationsdienst der Vaterländischen Front“, dem publizistischen Sprachrohr der VF, wurde vom Herausgeber ausdrücklich auf den nichtöffentlichen Charakter des Blattes hingewiesen. Einige Beispiele aus der Zeit vor dem Juliabkommen veranschaulichen die Themenvielfalt im „IDVF“.<sup>90</sup> Sie zeigen deutlich, dass die Konfliktzonen zwischen Österreich und Deutschland schon zweieinhalb Jahre vor deren Eskalation beim „Anschluss“ 1938 klare Konturen gewonnen hatten und sich in den publizistischen Auseinandersetzungen bereits abzeichneten.

Besonders eingehend beschäftigten sich zwei Artikel mit der Frage, „Warum der Sportverkehr mit Deutschland abgebrochen wurde“, und dem Presseabkommen vom 27. August 1935. Anlass wären „schwere Angriffe“ im „Völkischen Beobachter“ gegen die „Sportfront“ und den Obersten Sportführer Fürst Rüdiger von Starhemberg gewesen.<sup>91</sup> Bei einer Vorsprache des deutschen Gesandten von Papen bei Außenminister Egon Berger-Waldenegg sei es zwar am 27. August zu einer „Vereinbarung“ gekommen, aber die deutsche Presse sei nicht geneigt, sich daran zu halten.<sup>92</sup> Der „Völkische Beobachter“ und andere reichsdeutsche Blätter hätten gegen das

---

<sup>87</sup> AdR/VF 514/344/3102/78-79, „Grundzüge für die Errichtung einer Pressestelle der Vaterländischen Front“ – nicht datiert

<sup>88</sup> AdR/VF 514/327/2979/29 „Organigramm“ – nicht datiert, wahrscheinlich 1936

<sup>89</sup> z.B.: AdR/VF 514/328/2989/37-51

<sup>90</sup> Pressestelle der Vaterländischen Front: Informationsdienst der Vaterländischen Front, Nr. 27/II bis 51/II, 6. Juli bis 21. Dezember 1935, in der Folge IDVF genannt – Die Publikation ist nur mehr in Fragmenten vorhanden

<sup>91</sup> IDVF, Nr. 34/II, 24. August 1935, 8f.

<sup>92</sup> IDVF, Nr. 35/II, 31. August 1935, 7

Kommuniqué scharf polemisiert.<sup>93</sup>

In einer anderen Nummer wurde die Überreichung des Reichsschwertes an Hitler beim NSDAP-Parteitag in Nürnberg thematisiert. Dieses sei ein Symbol der Freiheit und Unabhängigkeit, die Deutschland „im Zeichen des Hakenkreuzes“ errungen habe. Tatsächlich verkörpere das Schwert aber die Symbolik Österreichs, da auf der Klinge „das Zeichen des Kruckenkreuzes“, das „Symbol der Kreuzfahrer und Christuskämpfer“, zu sehen sei.<sup>94</sup>

Erklärtes Feindbild war die im Brünner Exil erscheinenden „Arbeiter Zeitung“. Die Darstellung der „emigrierten Professionshitzer“ über die innenpolitische Gesamtsituation in Österreich unter dem Titel „Zwischen Habsburg und Hitler“ sei eine „geschickte Verdrehung“. Grundlage des „Märchenberichtes“ sei der konstruierte Gegensatz zwischen „Klerikalen“ und „Faschisten“, obwohl die „AZ“ selbst den Ausdruck „Klerikofaschismus“ geprägt hätte. Aber in der VF seien nicht nur „Heimatschützer und Christlichsoziale“, sondern auch viele „ehemalige Gegner“ dieser beiden Richtungen beheimatet.<sup>95</sup>

Den Vorwurf des sozialdemokratischen Organs, dass die österreichische Kriegsindustrie ihre gute Auftragslage und Beschäftigungssituation dem „italienischen Krieg in Abessinien“ verdanke, wies der „Informationsdienst“ energisch zurück. Die Souveränität eines „recht primitiven Negerstammes“, der andere Völker versklave, zu achten und dadurch freiwillig auf Lieferungen zu verzichten, hieße, „den Pazifismus zu weit zu treiben“. „Aus purem Humanitätsdusel“ den österreichischen Arbeitern die Beschäftigungsmöglichkeit zu nehmen, wäre „Selbstmord“.<sup>96</sup> Auch der Bundeskommissär für Heimatschutz, „Oberst a. D.“ Walter Adam, nahm in einer Rundfunkrede über „Aktuelle Fragen der Innen- und Außenpolitik“ zu den Ereignissen in Ostafrika Stellung, in der er die Urängste des autoritären Systems ansprach. In der Stunde der großen Auseinandersetzung zwischen „der liberalen Staatsidee des 19. Jahrhunderts“ und des „autoritären Staates“ bekenne sich Österreich zur Idee des Völkerbundes. Der europäische Friede sei nicht in Gefahr, wenn man erkenne, dass es in einem „neuen Krieg nur einen Sieger“ geben können: den „Geist des Aufbruchs ... und der Weltrevolution“.<sup>97</sup>

Ein großer Beitrag war der Frage „Was bedeuten 2,150.000 Mitglieder?“ gewidmet. Gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten bei den letzten Nationalratswahlen 1930 hätte die VF „mehr als die Hälfte“ der Österreicher erreicht. Das „Gefasel“ von einem „Minderheitsregime“ sei daher unsinnig. Die Sozialdemokraten dagegen hätten, gemessen an ihren 1,5 Millionen Stimmen von 1930 und 635.000 Mitgliedern von 1931, einen Organisationsgrad

---

<sup>93</sup> IDVF, Nr. 36/II, 7. September 1935, 14f.

<sup>94</sup> IDVF, Nr. 38/II, 21. September 1935, 10

<sup>95</sup> IDVF, Nr. 38/II, 21. September 1935, 13

<sup>96</sup> IDVF, Nr. 38/II, 12. September 1935, 18-19

<sup>97</sup> IDVF, Nr. 41/II, 12. Oktober 1935, 8-9

von nur 43 Prozent.<sup>98</sup> „Bundesführer“ Schuschnigg habe erklärt, jeder Staat müsse scheitern, dem es nicht gelänge, „die Arbeiterschaft als tragendes Element in den Staat einzubauen“. Ohne sie wäre eine „Volksgemeinschaft“ keine solche, und ein „christlicher Ständestaat“ ohne „Volksgemeinschaft“ kein solcher.<sup>99</sup> Daher besitze die VF entgegen vieler Behauptungen auch ein „sozialpolitisches Programm“. Die genannten hohen Mitgliederzahlen der VF waren kein Indiz für eine Massenorganisation, sondern eher auf starke korporative Beitritte vor allem im öffentlichen Bereich und in der Beamtenschaft zurückzuführen.

---

<sup>98</sup> IDVF, Nr. 49/II, 7. Dezember 1935, 13-15

<sup>99</sup> IDVF, Nr. 50/II, 14. Dezember 1935, 8



### 3. Einbahnstraße nach Berchtesgaden. Das Juliabkommen 1936.

Franz von Papen, deutscher Reichskanzler 1932 und 1933/34 Vizekanzler, hatte sich zwar schon 1935 als deutscher Gesandter in Wien eine „Normalisierung des deutsch-österreichischen Verhältnisses“ gewünscht.<sup>100</sup> Er ließ jedoch nie einen Zweifel über seine wahre Wiener Mission aufkommen. Er sei hier, um die österreichische Regierung „zu untergraben und zu schwächen“, und seinen Ruf als Katholik auszunützen, „um Einfluss auf ... Kardinal Innitzer“ auszuüben.<sup>101</sup> Als Schuschnigg bereits Anfang 1936 überlegte, im Zuge eines Ausgleichs mit Deutschland „nationale Persönlichkeiten“ in sein Kabinett aufzunehmen, nannte Papen seiner Regierung in Berlin die Namen von Rechtsanwalt Arthur Seyss-Inquart, Staatsrat Edmund von Glaise-Horstenau, dem Direktor des Kriegsarchivs, und den Rektor der Universität Wien und Frühgeschichtler Oswald Menghin.

Papen war auch der Drahtzieher des am 11. Juli 1936 unterzeichneten Abkommens, das einen „modus vivendi“ zwischen Österreich und Deutschland festlegen sollte. In diesem garantierten beide (!) Vertragspartner die (1) Nichteinmischung in die „innenpolitischen Angelegenheiten des anderen Landes“; die deutsche Reichsregierung die (2) Souveränität Österreichs; und die österreichische Bundesregierung eine (3) Politik „als deutscher Staat“.<sup>102</sup> Während Propagandaminister Goebbels noch am gleichen Tag den in einem offiziellen Kommuniqué verlautbarten Wortlaut des Abkommens „ohne jeden begleitenden Zusatz“ verlas,<sup>103</sup> kommentierte ihn Kanzler Schuschnigg im Rundfunk euphorisch als „Beitrag zur Sicherung des europäischen Friedens“. Deutschland habe „weder die Absicht noch den Willen“, Österreich etwa „zu annektieren oder anzuschließen“.<sup>104</sup>

#### 3.1. „Gentlemen’s Agreement“ ?

Unerwähnt ließ er allerdings den Text einer „vertraulichen“ Zusatzvereinbarung, eines „Gentlemen’s Agreement“, in dessen Punkt IX a und b österreichische Oppositionelle bereits eine „Vorbereitung der innenpolitischen Gleichschaltung Österreichs mit Nazi-Deutschland“ sahen.<sup>105</sup> Darin verpflichtete sich der Bundeskanzler zu einer (1) „weitreichenden, politischen Amnestie“; und (2) Vertreter der „nationalen Opposition“ und Personen seines Vertrauens zur „Befriedung“ an der „politischen

<sup>100</sup> IDVF, Nr. 32/II, 10. August 1935, 7

<sup>101</sup> George Messersmith, 1934 US-Gesandter in Wien, in einer eidesstattlichen Erklärung für den Nürnberger Gerichtshof – zitiert bei: Jochum, Manfred: Die Erste Republik in Dokumenten und Bildern, Wien 1983, 198

<sup>102</sup> AdR, 01/Staatsdokumente, Juliabkommen, 11. Juli 1936

<sup>103</sup> Schuschnigg, Kurt: Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot, Mailand 1946 (Wien 1978), 31

<sup>104</sup> „Wiener Zeitung“, 12. Juli 1936

<sup>105</sup> Illegales Flugblatt der „Revolutionären Sozialisten“ – zitiert bei: Jochum, 205

Willensbildung in Österreich“ zu beteiligen.<sup>106</sup> In der Radiorede Schuschniggs am 11. Juli 1938 war von diesem Vertragspassus ebenfalls nichts zu hören, sondern nur der Satz, Hitler anerkenne „die volle Souveränität des Bundesstaates Österreichs“.<sup>107</sup> Die VF verbreitete die Propagandalüge, das „Märchen über ein Geheimabkommen und Sonderbestimmungen“ sei nur von „böswilliger Seite“ verbreitet worden. Zwischen Österreich und Deutschland sei „genau das“ vereinbart worden, was im Abkommen selbst und im offiziellen Kommuniqué verlautbart worden sei, „und sonst nichts“ (!).<sup>108</sup> Noch nach 1938 leugnete Schuschnigg die Existenz des „Gentlemen's Agreement“.<sup>109</sup> Dabei wurde dessen Erfüllung zur „Leitlinie“ seiner Politik, sich eine „Atempause“ zu verschaffen.<sup>110</sup> Auch in einem „nur zum Dienstgebrauch“ verfassten internen Informationsblatt zum Jahrestag des Abkommens wird dieses „Agreement“ verschwiegen. Zweck des Juli-Abkommens sei die „Normalisierung“ der Beziehungen gewesen, das Deutsche Reich habe die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Österreichs „feierlich anerkannt“ und die Frage des österreichischen Nationalsozialismus zu einer „ausschließlich österreichischen“ erklärt.<sup>111</sup>

In diesem Zusammenhang mutet ein Telegramm Hitlers an Schuschnigg Tags darauf höchst zynisch an. Der Reichskanzler erwiderte die Grüße, die „Eure Exzellenz“ übermittelt habe, „aufrichtig“. Er verbinde damit den Wunsch, dass durch diese Übereinkunft „die alten, durch Rassegemeinschaft und Jahrhundert lange gleiche Geschichte erwachsenen traditionellen Bemühungen“ wiederhergestellt würden, um damit eine „weitere gemeinsame Arbeit“ anzubahnen „zum Nutzen der beiden deutschen Staaten und zur Festigung des Friedens in Europa“ (!).<sup>112</sup>

### **3.2. „Wieder normale Verhältnisse“. Reaktionen der „Vaterländischen Front“.**

In österreichischen Regierungskreisen nahm man das Abkommen samt Zusatz argwöhnisch auf. Hitler hatte nur einige Tage später einer Delegation österreichischer Nazis erklärt, er benötige noch zwei Jahre Zeit, so lange hätte die Partei in Österreich „Disziplin zu bewahren“. Seine wahre Auffassung von hatte er schon früher unmissverständlich geäußert: er sei bereit, „alles zu unterschreiben und zu unterzeichnen, alle Grenzen zu akzeptieren“, Nichtangriffspakte und Freundschaftsverträge „mit wem auch immer

<sup>106</sup> AdR, 01/Staatsdokumente, Juliabkommen, 11. Juli 1936, „Gentlemen's Agreement“

<sup>107</sup> ORF-Medienkoffer 3, Österreichische Zeitgeschichte 1918-1938, Wien 1983, Kassette 2/Seite B – zitiert bei: Köhler, 243

<sup>108</sup> AdR/VF 514/276/2504/1-6 – „Der 11. Juli“, Redner-Informationsdienst, Nr. 9, Juli 1937

<sup>109</sup> Köhler, 42

<sup>110</sup> Reichhold, Kampf um Österreich, 228

<sup>111</sup> AdR/VF 514/276/2504/1-3 – „Der 11. Juli“, Redner-Informationsdienst, Nr. 9, Juli 1937

<sup>112</sup> Telegramm Hitler an Schuschnigg, 12. Juli 1936 – zitiert in: Volsansky, Gabriele: Pakt auf Zeit. Das deutsch-österreichische Juli-Abkommen 1936, Wien 2001, 299



abzuschließen“, wenn es seine Politik „erleichtern könne“.<sup>113</sup> Die VF propagierte das Juliabkommen, von vaterländischen Publizisten gerne als „Befriedungsabkommen“<sup>114</sup> bejubelt, als eine diplomatische Spitzenleistung der österreichischen Regierung. In Wahrheit war es „nie gelungen“, eine einvernehmliche Interpretation zu erzielen. Österreich hätte sich auf eine „streng grammatikalische Auslegung“ versteift, Deutschland dagegen auf eine „logische Sinndeutung“.<sup>115</sup> Das Juliabkommen war bereits Makulatur, bevor es unterzeichnet worden war.

Bezüglich der österreichischen Anti-NS-Propaganda stellte das Juliabkommen eine Wende dar. Noch am Tag des Abkommens wurde Becker zu einer VF-internen Sitzung zitiert, in der die Werbelinie umgestellt werden musste. Deutschland-kritische Berichte konnten nun nicht mehr ohne Bewilligung des Bundeskanzleramtes veröffentlicht werden bzw. mussten „abgeschwächt“ werden, da die deutsche Gesandtschaft gegen jeden schärferen Artikel sofort protestierte. Man behalf sich mit Publikationen „in illegaler Aufmachung“ und Informationsweitergabe in geschlossenen „Amtswaltersitzungen“ oder per Mundpropaganda. Proteste beim neuen Staatssekretär Guido Schmidt fruchteten nichts, „Gegenmaßnahmen“ wurden nicht bewilligt, die Schiene VF-Werbeabteilung-Außenamt habe nicht funktioniert. Die Einschränkung der Tätigkeit der VF-Werbearbeit von Becker u. Co. führte daher automatisch zu einem Ansteigen der auf „höchstens 150.000 Personen“ geschätzten NS-Aktivisten.<sup>116</sup> Die „Abwehr“ musste quasi „illegal“ erfolgen, schrieb Becker später.<sup>117</sup>

Am Tag der Unterzeichnung des Juliabkommens sandte VF-Generalsekretär Guido Zernatto ein Rundschreiben an alle Landes-, Bezirks- und Ortsgruppenführungen sowie Bundes- und Landesfachleitungen. Darin wurde auf die Sendungen von Radio Wien von 11. bis 13. Juli besonders hingewiesen, wo man in „Reden maßgebender Persönlichkeiten“ den Inhalt der Vereinbarungen erfahren könnte. Eine 20 Punkte umfassende „Information“, die als programmatisches Konzept der VF-Ideologie bis zum „Anschluss“ 1938 zu sehen ist, legte die offizielle politische Position Österreichs detailliert fest<sup>118</sup>:

- Das Übereinkommen liegt auf der Linie des Dollfuss-Programmes als deutscher Staat.
- Die VF bleibt die einzige politische Organisation, ihr Kurs wird nicht geändert.
- VF-Eintritte von „Nationalen“ sind willkommen – unter der Bedingung,

---

<sup>113</sup> Hitler zu Hermann Rauschning, 1933/34 Senatspräsidenten in Danzig ,im Jahre 1933 – zitiert bei: Jochum, 206

<sup>114</sup> Funder, Friedrich: Als Österreich der Sturm bestand. Aus der Ersten in die Zweite Republik, Wien 1957, 268, 278

<sup>115</sup> Schuschnigg, Kampf, 229

<sup>116</sup> Hochverratsprozess Guido Schmidt, Zeugenaussage Becker, 162 und 164

<sup>117</sup> Becker, Hans: Österreichs Freiheitskampf. Die Widerstandsbewegung in ihrer historischen Bedeutung, Wien 1946, 7 – zitiert bei: Gotschim-Jauk, 95

<sup>118</sup> AdR/VF 514/160/1472/63-66 – Rundschreiben Nr. 63 vom 11. Juli 1936

sich zum „unabhängigen, christlichen, deutschen, berufständisch geordneten und autoritär geführten Bundesstaat Österreich“ zu bekennen.

- Die österreichische Regierung wird ihre Friedenbereitschaft durch den Erlass einer Amnestie beweisen. Politisch „disziplinierte“ Beamte werden nicht wieder eingestellt, die „treuen Kämpfer der VF“ aber keinesfalls benachteiligt.
- Die „nationalen Kreise“ können sich nicht politisch organisieren.
- Die illegale Tätigkeit wird wie bisher streng geahndet. Eine NS-Partei hat in Österreich keinen Platz.
- Das Abkommen schließt jede Anschlusspropaganda aus. „Deutschlandlied“ und „Horst-Wessel-Lied“ bleiben verboten.
- Die Hakenkreuzfahne darf von Österreichern nicht getragen und gezeigt werden.
- Österreichische Emigranten nach Deutschland, die strafrechtlich verfolgt sind, können nicht nach Österreich zurückkehren.
- Man setzt auf eine „Wirtschaftsbelebung“ im Verkehr, die „Reisebeschränkungen“ (1.000-Mark-Sperre) werden abgebaut.
- Die Stellung Österreichs als Partner der Römischen Protokolle bleibt unverändert.

„Energisch widersprochen“ wurde der „da und dort“ geäußerten Meinung, das Übereinkommen bedeute „nur einen Schritt für Zugeständnisse an den Nationalsozialismus“. Die österreichische Regierung werde ihren Standpunkt nicht ändern. Man freue sich „von ganzem Herzen“, dass wieder „normale Verhältnisse“ zum großen Deutschen Reich bestünden. Es wurde an die „historische Verbundenheit“ erinnert, man glaube, das Übereinkommen sei „die beste Garantie für die Sicherheit und Unabhängigkeit Österreichs“. Und man gedenke in diesen Tagen „in Dankbarkeit des Herrn Bundeskanzlers und Frontführers“, dem „das große Werk der Befriedung“ gelungen sei. Der Grundsatz laute wie immer: *„Wir kämpfen für das Österreich, wie es Kanzler Dollfuss gewollt hat. Die Vaterländische Front ist und bleibt der einzige Sammelpunkt der politischen Willensbildung in Österreich!“*

Die im „Gentlemen's Agreement“ enthaltenen Fallstricke blieben in dieser Punktation unerwähnt. Das postulierte Bekenntnis der „Nationalen“ zum „Ständestaat“ Österreich blieb ebenso Wunschdenken wie deren Verzicht auf ihre verbotene illegale Tätigkeit. Das Tragen der Hakenkreuzfahne war reichsdeutschen Staatsbürgern erlaubt. Die Amnestie, die Österreichs Friedensbereitschaft signalisieren sollte, erwies sich als kontraproduktive Maßnahme.

Eine präzise Analyse über die öffentliche Meinung in Österreich nach dem Juliabkommen bot die VF-Landesleitung Tirol. In einem Schreiben an Werbeleiter Hans Becker skizziert der Landesführer der VF Tirol, Dr. Ernst Fischer, die Reaktionen der verschiedenen politischen Lager.<sup>119</sup> Der rechtsradikale

---

<sup>119</sup> AdR/VF 514/183/1697/120-122 – „Monats- und Stimmungsbericht“ der VF-Landesleitung Tirol vom 22. Juli 1936

NSDAP-Flügel sei enttäuscht, die „Hoffnung auf eine Revolution“ auf ein Minimum gesunken, die gemäßigten Nazis dagegen sehen den Kampf „neu gelenkt“. Befürchtungen durch eine „Koalition mit nationalen Gruppen“ würden die christlich-sozialen Gruppen zeigen, und auch die „Legitimisten“ sehen die „Verwirklichung ihrer Ziele“ in weite Ferne gerückt. Die breite Masse der Bevölkerung jedoch sei von den letzten Ereignissen „außerordentlich begeistert“ und sehe „bedeutende wirtschaftliche Vorteile für den Fremdenverkehr“. Durch die Aufhebung der 1.000-Mark-Sperre erwarte man aber eine „erhöhte Propagandatätigkeit reichsdeutscher Staatsbürger“ in Österreich, die durch der „Erlaubnis der Führung des deutschen Hoheitszeichens“ erleichtert würde. Aber: das Übereinkommen bedeute „keinesfalls den Schutz des österreichischen Nationalsozialismus“, beruhigte Fischer. „Wir Österreicher“ wüssten sehr wohl zwischen „dem Nationalsozialismus“ und dem „österreichischen Volkstum“ zu unterscheiden.<sup>120</sup>

Die zukünftige politische Marschrichtung wurde kurz darauf auch bei einem Landesappell der VF-Steiermark abgesehnet. Landesleiter Hubert Gorbach pries dort Schuschniggs „Werk des vom ganzen deutschen Volk ersehnten“ innerdeutschen Friedensschlusses und lobte unter großem Beifall diesen als eine „wahrhaft nationale Tat“. Staatssekretär Zernatto sah die VF vor der „Aufgabe der Verteidigung und des Angriffes“, Bundeskommissär Adam bekannte sich zu einer „meinungsbildenden Wirkung der politischen Propaganda“ mit „Argumenten“, und nicht mit „Schlagworten“. Den „so genannten Nationalen“ werde man – bis auf die „Unbelehrbaren“ – mit der „gleichen Aufrichtigkeit, mit der sie zu uns kommen“, begegnen. Die „Anschlusspropaganda“ sei obsolet, es gebe in Österreich „keinen Nationalsozialismus“. Adam wies die versammelten „Amtswalter“ auf die „Aufgaben, Pflichten und die Verantwortung“ hin, die dem „Werbe- und Aufklärungsdienst“ nun erwachsen würden. Der von der „Politischen Korrespondenz“ vorgegebene Bericht über die Veranstaltung wurde gleichlautend in mehreren Zeitungen veröffentlicht.<sup>121</sup>

### **3.3. „Hochpolitische Tatsachen“. Großdemonstrationen, VF-Mitgliedersperre und „Pressefrieden“.**

Auf einer Großdemonstration der VF Wien Am Hof erklärte Staatssekretär und VF-Generalsekretär Guido Zernatto vor über 100.000 jubelnden Menschen, dass in Wien und Österreich „die Straße uns gehört“. Man sei „in der Front zur Offensive“ übergegangen, die Regierung lasse sich nicht irritieren, obwohl „man“ versucht habe, das Abkommen vom 11. Juli, das „eindeutig die Souveränität Österreichs“ festlege, „misszuverstehen“. Der Nationalsozialismus in Österreich sei eine „innerösterreichische Frage“, und man werde „sie

<sup>120</sup> AdR/VF 514/183/1697/120-122 – Rundschreiben der VF-Landesleitung Tirol vom 14. Juli 1936

<sup>121</sup> „Reichpost“, 20. Juli 1936; „Wiener Zeitung“ 20. Juli 1938; „Neue Freie Presse“, 20. Juli 1936, 2

lösen“, so Zernatto unter „brausendem Beifall“. Dann marschierten die Menschenmassen über Freyung und Teinfaltstraße auf den Ring zur Bellaria und zur Oper.<sup>122</sup>

Die „Arbeiter-Zeitung“ sah in diesen VF-Maßnahmen zur Mobilmachung nichts Anderes als einen „Teilnehmerzwang“. Zu einer VF-Kundgebung am 18. Oktober 1936 auf der „Schmelz“ im 15. Wiener Gemeindebezirk wären die Massen „getrieben“ worden. Einige Krankenkassen hätten ihren Ärzten die Ausstellung von Krankheitszeugnissen für diesen Tag verboten. Dass diese Maßnahme auch die tatsächlich Kranken traf, hätte die „klerikofaschistischen Terroristen“ nicht gekümmert. Aus Niederösterreich nach Wien „gelockte Vaterländische“ hätten vorsichtshalber erst am Veranstaltungsort ihre Rückfahrkarte erhalten. In der Liesinger Brauerei hatten sich die Arbeiter auf Teilnehmerlisten einzutragen. Fernbleiben musste – unter Entlassungsdrohungen – schriftlich „begründet“ werden.<sup>123</sup>

Da legitimistische Kreise in einer Habsburg-Restaurationspolitik ein „wirksames Gegenmittel“ gegen die Folgen des Juliabkommens sahen, bezog Schuschnigg beim Eisenstädter VF-Landesappell am 14. April 1937 auch zu dieser Frage Position. Der Kanzler hob hervor, der „Staatsbestand“ sei das „A und O der österreichischen Politik“, und differenzierte: die VF habe für die „Lebendigerhaltung des vaterländischen Geistes“ zu sorgen, die Staatsverwaltung und die Exekutive die „Beobachtung der Gesetze“ durchzusetzen.<sup>124</sup> Dass er in diesem Sinne auch Maßnahmen erwog, die zunehmenden nationalsozialistischen Demonstrationen einzudämmen, dokumentierte ein Schreiben an Zernatto. In verklausulierter, umständlicher Form beauftragte er den VF-Generalsekretär und Staatssekretär, Gegenpropaganda-Maßnahmen zu überlegen. Ein „Referent“ solle „Vorsorge“ treffen, um „jede Demonstration im Keime zu ersticken“ oder zumindest „nicht unwidersprochen zu lassen“. Ein Provozieren sollte vermieden, aber „mit sofortiger Wirkung jene Antwort“ gegeben werden, um nicht dem außen stehenden Fremden „einseitige und irreführende Eindrücke“ zu vermitteln. Die Aktion betreffe besonders alle sportlichen Veranstaltungen in Wien mit reichsdeutschen Teilnehmern, wie etwa Fußballspiele, oder „Vorträge“ Reichsdeutscher, und die Ufa-Kinos mit den laufenden Wochenschauen. Es wäre „zweckmäßig“, diesbezüglich den „Heimatsdienst“ zu kontaktieren.<sup>125</sup>

Schuschnigg verkündete am 18. September 1937 in Innsbruck eine Mitgliedersperre der VF per 1. November. In einem VF-internen Papier wird die verhängte Mitgliedersperre als „wichtige organisatorische Maßnahme“, aber auch „hochpolitische Tatsache“ verteidigt. Die VF sei zu einer Massenbewegung mit mehr als 3 Millionen Mitglieder geworden. Da aber

---

<sup>122</sup> „Neue Freie Presse“, 1. August 1936, 4

<sup>123</sup> „Arbeiter-Zeitung“, 11. und 18. Oktober 1936

<sup>124</sup> Bärnthaler, 139

<sup>125</sup> AdR/VF 514/15/118/1 – Schreiben Schuschnigg an Zernatto vom 27. April 1937

nicht alle Mitglieder das „Bändchen“ (das VF-Frontabzeichen, Anm. d. Verf.) aus Überzeugung tragen, müsse die Bewegung „auch in die Tiefe“ gehen. Grundsatz sei: „Verzicht auf alle, denen das Bekenntnis zu den VF-Grundsätzen“ nicht ehrlich und ernst sei. Die Parole laute nicht mehr bloß „Bekenntnis“, sondern „Einsatz für die Heimat“. Mitgliedersperre, Sichtung und Säuberung seien „Meilensteine auf dem Wege der politischen Entwicklung“ der VF.<sup>126</sup> Walter Pembauer, der neu ernannte Leiter der „Volkspolitischen Referate“, sah es als seine erste Aufgabe, diese Mitgliedersperre aufzuschieben, um noch möglichst viel Nationale in die VF einzuschleusen. Denn nur die VF-Mitgliedschaft berechtige zur Teilnahme an der „politischen Willensbildung“, und diese Sperre hindere Nationalsozialisten am Eintritt in die VF.<sup>127</sup>

Zwischen dem Amt des Frontführers und dem Präsidenten des Österreichischen Gewerbebundes Ing. Julius Raab, nach der Regierungsumbildung vom 15. Februar 1938 Bundesminister für Handel und Verkehr und ab 1959 Bundeskanzler der Zweiten Republik, wurde in einem Abkommen die „Erfassung der Gewerbetreibenden“ in der VF vereinbart. Dadurch war es möglich, trotz Aufnahmesperre eine VF-Mitgliedschaft erwerben zu können. Allerdings wurden damit auch alle Familienangehörigen ab 18 Jahren automatisch Mitglied. Der Präsident wurde vom Frontführer ernannt, die Funktionäre in die VF integriert. Als „Fachorgan“ der VF für die erfassten Gewerbetreibenden war der Gewerbebund politisch dem Frontführer bzw. dem Generalsekretär gegenüber weisungsgebunden. Seine Publikationen musste er der VF-Werbung zur Verfügung stellen, er war verpflichtet, „Pflichtartikel“ der VF-Pressestelle zu veröffentlichen.<sup>128</sup>

Mit dem Juliabkommen 1936 hatten sich „beide Teile“ schon eine „Beschränkung auf rein sachliche Kritik“ über das andere Land auferlegt und das gegenseitige Importverbot für Zeitungen gelockert. Ein österreichisch-deutsches Presseübereinkommen vom 12. Juli 1937, das zwar als „Erfolg der Regierung Schuschnigg“ gefeiert wurde <sup>129</sup>, bedeutete weitere starke Beschränkungen für die Deutschland-Berichterstattung der ANA. In der „Politischen Korrespondenz“ wurden nur mehr langweilige Vorträge und Artikel gebracht. Wien und Berlin ernannten wohl „Pressevertrauensmänner“ – Goebbels' Propagandaministerium Alfred Berndt, Schuschnigg seinen Pressechef Walter Adam – , die deutschen Feindseligkeiten nahmen aber kein Ende. Die Bundesregierung musste durch die amtliche „Wiener Zeitung“ bzw. die „Politische Korrespondenz“ Tatarenmeldungen reichsdeutscher Blätter bzw. des DNB über die angebliche Aufstellung einer „VF-Hilfspolizei“ ehemaliger Sturmscharen und die „unmenschliche Behandlung“ von NS-

---

<sup>126</sup> AdR/VF 514/240/2196/1-8 – „Nach der Mitgliedersperre“, Ende November 1937

<sup>127</sup> Bärnthaler, 142 und 147

<sup>128</sup> AdR/VF 514/159/1460/3-7 – „Sonderregelung betreffend den Gewerbebund“; Rundschreiben Nr. 117 vom 22. Jänner 1938

<sup>129</sup> AdR/AVA-ANA, Karton 180/1406 – Pressecommuniqué zum österreichisch-deutschen Presseabkommen vom 12. Juli 1937 – zitiert bei: Köhler, 246

Häftlingen in der Strafanstalt Garsten dementieren lassen.<sup>130</sup> Fritz Bock wurde als Sonderberichterstatler der ANA beim NSDAP-Reichsparteitag angepöbelt, weil er das VF-Abzeichen trug und beim deutschen Gruß bloß „Habtacht“ stand.<sup>131</sup>

In einem Unterausschuss zur Umsetzung des Juliabkommens<sup>132</sup> wurde die Zulassung von Hitlers „Mein Kampf“ in Österreich verhandelt. Österreichs Bedingungen zur prinzipiellen Freigabe waren, dass das Buch weder gratis noch zu einem ermäßigten Preis als so genannte „Volksausgabe“ abgegeben werden dürfe. Außerdem müssten einige Textstellen, die mit den „österreichischen gesetzlichen Bestimmungen“ unvereinbar seien, wegfallen. Weiters dürfe im Schaufenster nicht mehr als ein Exemplar des Buches ausgestellt sein. Als ein „pikantes Tauschgeschäft“ sah das „Prager Tagblatt“ die gleichzeitige Aufhebung des Boykotts der Salzburger Festspiele durch Deutschland und des „Hitlerschen Bekenntnisbuches“ in Österreich. Auch in der britischen Presse wurde die Herausgabe in Österreich kritisiert, das Buch sei „an incitement to war against France and Russia“.<sup>133</sup> Konrad Heinleins „Geschichte des Nationalsozialismus“, eines der bedeutendsten Bücher der „Gegenliteratur“ gegen „Mein Kampf“, wurde im Schatten des Abkommens de facto verboten.<sup>134</sup>

### **3.4. „Kristallisation des Befriedungsgedankens“: Die Errichtung des „Siebener-Komitees“ und der „Volkspolitischen Referate“.**

Schuschnigg kam prompt den Forderungen des „Gentlemen's Agreement“ nach und nahm als Persönlichkeiten „seines Vertrauens“ den Direktor des Kriegsarchivs, „Generalstaatsarchivar Staatsrat Dr. h. c.“ Edmund Glaise-Horstenau als Innenminister, Odo Neustädter-Stürmer als Sicherheitsminister und „Kabinettsvizedirektor Dr.“ Guido Schmidt als Staatssekretär des Auswärtigen in sein Kabinett auf.<sup>135</sup> Arthur Seyss-Inquart war schon am 17. Juni 1937 zum Staatsrat ernannt worden. Papen konnte Hitler Anfang September einen „Fortschritt der Normalisierung“ der Beziehungen melden und ihm als weitere „Marschroute“ eine „geduldige psychologische Behandlung bei langsam zunehmendem Druck in Richtung Änderung des Regimes“ empfehlen.<sup>136</sup>

---

<sup>130</sup> „Wiener Zeitung“, 4. Juni und 23. Februar 1937

<sup>131</sup> AdR/AVA-ANA, Karton 180/1709 –17. September 1937 – zitiert bei: Köhler, 247

<sup>132</sup> Unterausschuss (des Ausschusses für kulturelle Angelegenheiten zwischen Österreich und Deutschland) für Buchfragen, Wien 21.-24. Juli 1937 – zitiert bei: Volsansky, Gabriele: Pakt auf Zeit. Das deutsch-österreichische Juli-Abkommen 1936, Wien 2001, 293

<sup>133</sup> „Prager Mittag“, 28. Juli 1937; „Prager Tagblatt“, 30. Juli 1937; „Frankfurter Zeitung“, 29. Juli 1937; – in: AdR/VF 514/347/3130/1-11

<sup>134</sup> Hochverratsprozess gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht, Wien 1947, Zeugenaussagen Matejka und Becker, 162-166 276f., 281

<sup>135</sup> AdR/AVA/Ministerratsprotokoll 1035, 11. Juli 1936

<sup>136</sup> zitiert bei: Jochum, 206

VF-intern differenzierte man nach dem 11. Juli schon zwischen Nazis, die verhandlungswürdig waren, und jenen, die es nicht waren. VF-Generalsekretär Walter Adam unterschied schon 1934 zwischen „Oppositionellen und Gegnern des Staates“.<sup>137</sup> Edmund Glaise-Horstenau gehörte der ersteren Gruppe an, Odo Neustädter-Stürmer rechtfertigte diesen Vertrauensvorschuss aber nicht, sondern startete eine Unterschriftenaktion für den antimarxistischen und antikatholischen „Deutschsozialen Volksbund“. Als sich dazu auch der Führer der Illegalen in Österreich, Hauptmann Josef Leopold, bekannte, war die Aktion gescheitert und Neustädter-Stürmer musste aus der Regierung ausscheiden.<sup>138</sup>

Die erste der „Befriedungsaktionen“ war ein auf Initiative Papens gebildetes und von Schuschnigg akzeptiertes so genanntes „Siebener-Komitee“ – drei Regierungsbeamte, drei Nationalsozialisten, wie Leopolds rechte Hand Hugo Jury, der Illegale Nazi-Führer Dr. Josef Tavs, sowie Universitäts-Rektor Menghin. Dieses konnte vor Augen der Behörden legal mit den Illegalen Nazis kooperieren. Über das Büro dieses „Komitees“ in der Teinfaltstraße im 1. Bezirk schrieb eine slowakische Zeitung, „weder beim Haustor noch in einem der Stockwerke“ seien Orientierungstafeln abgebracht. Dennoch wüsste in Wien „jedes Kind“, dass sich dort die „Zentrale der Hitler-Partei“ befinde, und im dritten Stück die „Führer der österreichischen Hitleranhänger“, Hauptmann Leopold und Doktor Ing. Leopold Tavs, „amtieren“.<sup>139</sup> Ein bei einer Razzia am 27. Jänner 1938 gefundener „Aktionsplan“ zum Sturz der Regierung führte zur Schließung des Büros und zur Verhaftung Tavs wegen Hochverrats. Trotz dieser dubiosen Aktivitäten sprachen sich Schuschnigg und Zernatto beim dritten Bundesappell der FV am 14. Februar 1937 erneut für eine „Zusammenarbeit mit den Nationalen“ im Rahmen der VF aus.<sup>140</sup>

Die zweite, wesentlich folgenschwerere „Befriedungsaktion“ war die Gründung des „volkspolitischen Referats“ im VF-Generalsekretariat, die Schuschnigg beim Eisenstädter Appell im April 1937 bekannt gab. Im „Gentlemen's Agreement vom Juliabkommen 1936 war die vertragsrechtliche Raffinesse eingebaut, dass der Nationalsozialismus zwar zur „innerösterreichischen Angelegenheit“ erklärt wurde, die Errichtung der „Volkspolitischen Referate“ aber umgesetzt werden musste.<sup>141</sup> Man sei „jederzeit zu einem ehrlichen Zusammengehen“ bereit, betonte der Kanzler, noch immer in dem Glauben an Hitlers Beteuerungen und den „ehrliehen Willen“ der österreichischen Nationalsozialisten.<sup>142</sup> Diese „Leichtgläubigkeit“ ermöglichte es aber den Nationalsozialisten, die „volkspolitischen Referate“ als „Einfallspforte in die vaterländische Abwehrfront“ zu nutzen.<sup>143</sup> Die

---

<sup>137</sup> Bärnthaler, 131 und 220

<sup>138</sup> Bärnthaler, 132

<sup>139</sup> „Slovensky hlas“, 22. Jänner 1938 – zitiert bei: Reichhold, Kampf um Österreich, 307

<sup>140</sup> Bärnthaler, 135

<sup>141</sup> AdR, 01/Staatsdokumente, Juliabkommen, 11. Juli 1936

<sup>142</sup> Bärnthaler, 136

<sup>143</sup> Alfred Maleta, 1933-1934 Landesführer der Vaterländischen Front Oberösterreich; 1951-1960 ÖVP-

Einrichtung wurde zu einem „Sammelbecken der Illegalen“,<sup>144</sup> sie bedeutete die erste entscheidende Aushöhlung der ständestaatlichen Strukturen, ihre Aufgabe bestand de facto darin, die VF „von innen her sturmreif zu machen“.<sup>145</sup>

Die „volkspolitischen Referate“ wurden erst mit erheblicher Zeitverzögerung im November 1937 realisiert, da die Ernennung einiger Landesreferenten an den skeptischen VF-Landesführern scheiterte. Das Büro befand sich im Haus Am Hof 6 am Sitz der VF, wo auch deren Organisationen wie das „Neue Leben“ und das „Jungvolk“ beheimatet waren. Einige dieser „Referenten“, mehrheitlich Akademiker oder Führungspersonen, waren „Professor der Technik“ Armin Dadieu (Steiermark), „Rechtsanwalt“ Albert Reitter (Steiermark), Friedrich Rainer (Salzburg) und Hugo Jury (Niederösterreich).<sup>146</sup> Sie sorgten bei den VF-Funktionären insofern für „Verwirrung“, als sie „nicht als Funktionäre des Referats, sondern bereits als illegale Nationalsozialisten“<sup>147</sup> die Fäden zogen. Mit ihnen hatte sich Schuschnigg das „Trojanische Pferd“ in sein Regierungslager geholt.<sup>148</sup>

An die Spitze des Referates berief Schuschnigg auf Vermittlung Zernattos den Innsbrucker Großdeutschen, Schriftsteller und Ex-Vizebürgermeister Walter Pembauer. Der ursprüngliche Kandidat für dieses Amt, Seyss-Inquart, war als „Vertrauensmann“ im Sinne des Juliabkommens zum Staatsrat ernannt worden. In seinem Tagebuch hatte Pembauer unmissverständlich seine wahren Absichten formuliert. Ziel sei der „Zusammenschluss aller Deutschen“, die „Ostmark“ habe ihre ehemalige Bedeutung „im Donauraum verloren“ und müsse „heimkehren“. Es sei nun Zeit, „in die Front der Gegner einzudringen“.<sup>149</sup>

Bereits beim ersten Treffen der Landesreferenten des „Politischen Referates“ der VF – in Anwesenheit von Minister Glaise-Horstenau und Staatsrat Seyss-Inquart – traten die divergierenden Positionen offen zutage. Zernatto betonte, durch die Mitgliedersperre sei ein „Trennungstrich“ zwischen jenen, „die den Staat wollen“, und jenen, „die nicht wollen“, gezogen worden. Die „Befriedungsarbeit“ sei aber nur im Rahmen der „Front“ möglich, wer aber „in der Front gegen die Front“ zu arbeiten gedenke, „der fliegt hinaus“. Pembauer sah die Aufgabe des Referats darin, den Nationalismus in Österreich wieder „auf legalen Boden zu stellen“. Glaise-Horstenau forderte dazu auf, „bestehende Diskriminierungen (der „Nationalen“, Anm. d. Verf.)

---

Generalsekretär, 1962-1970 Erster NR-Präsident – zitiert bei: Jochum, 207

<sup>144</sup> „Das Jahr 1938 – Einführungsfilm“ – in: Achenbach, Michael/ Miloslavic, Hrvoje (Red.): 1938 – Kommentierte Filmdokumente zum Anschlussjahr, Filmarchiv Austria, Wien 2008

<sup>145</sup> Reichhold, Ludwig: Die Liquidierung der Vaterländischen Front – in: Czeike, Felix (Hrsg.): Wien 1938, Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte 2, Sonderreihe der Wiener Geschichtsblätter, Verein für Geschichte der Stadt Wien, Wien 1978, 25-38, 26

<sup>146</sup> „Wiener Zeitung“, 17. Oktober 1937

<sup>147</sup> Reichhold, Liquidierung, 27

<sup>148</sup> Reichhold, Kampf um Österreich, 275

<sup>149</sup> zitiert bei: Reichhold, Kampf um Österreich, 276



auszutilgen“. Die Errichtung des Referats sah Seyss-Inquart als „Kristallisation des Befriedungsgedankens“, und die Mitgliedersperre als „Bestandsaufnahme der VF“. „Professor Dr. Dadieu“, der Referent für die Steiermark, war konträrer Ansicht, die Frontsperre sei in einem Augenblick, wo „unsere Arbeit erst beginnen sollte“, erfolgt. Auch er wäre gegen alles, „was illegal ist“, aber: was nicht illegal sei, dürfe nur deshalb, weil es „national“ sei, „nicht negiert oder unterdrückt werden“. Der Salzburger Referent Rechtsanwalt Albert Reitter appellierte an die Versammlung, den Leuten in den Ländern „irgendetwas mitzubringen“. Ein großer Teil der Bevölkerung sei in die Illegalität „hineingedrängt“ worden. Abschließend resümierte Zernatto, „beide Seiten“ müssten Verständnis und Vertrauen entgegenbringen.<sup>150</sup>

### 3.5. National – illegal – vaterländisch ?

Bei der zweiten Tagung des „volkspolitischen Referats“ am 20. Dezember 1937 wurden die Referenten dem Kanzler vorgestellt, und Schuschnigg bot ihnen seine Unterstützung an – einerseits aus der Überzeugung, diese Männer hätten „ein ehrliches Interesse“ an eine Mitarbeit „in der VF und im Staat“, andererseits in Erfüllung des Juliabkommens. Nicht nur die Nationalen riefen ihre Parteigenossen zu einem VF-Beitritt auf, auch die dem Regime gegenüber gespaltenen Sozialdemokraten. Karl Renner, Ende 1937 aus seiner Isolation wieder aufgetaucht, lehnte jede „Illegalität“ ab. Die Genossen sollten Stellen im Gewerkschaftsbund annehmen, um so Einfluss zu gewinnen. Man wolle nur für ein Österreich, in dem sie volles Mitspracherecht hätten, stimmen.<sup>151</sup>

Zwei aggressive Neujahrsartikel der volkspolitischen Referenten für Salzburg und Steiermark, Albert Reitter bzw. Armin Dadieu, im „Salzburger Volksblatt“ und der „Grazer Tagespost“, brachten die VF schwer in Bedrängnis. Reitter hatte behauptet, die Mehrheit der volkspolitischen Referenten sei „dem nationalsozialistischen Gedankengut weltanschauungsmässig“ verbunden und sähe in Hitler „den vom Schicksal bestimmten Führer der Nation“. Er warf der VF-Organisation vor, in ihr würden „frühere politische Minderheiten und kleinere Gruppen den Begriff vaterländisch für sich usurpieren“.<sup>152</sup> Die zögerliche Reaktion von Seiten der VF – Zernatto forderte Reiters Rücktritt – endete mit einem Debakel: der Salzburger „Referent“ hatte seinen Artikel mit VF-Landesführer Aicher abgestimmt, Dadieu sich bei einem Berlin-Besuch die Zustimmung zu seiner Arbeit als „volkspolitischer Referent“ eingeholt – „die Steiermark“ werde sich bei gegebener Gelegenheit „opfern“.<sup>153</sup> Die Wortmeldungen Reiters und Dadieus wurden auch in einem Rundschreiben an die VF-Landesführer thematisiert. Zu mehr als einem Erlass Zernattos an alle

---

<sup>150</sup> AdR/VF 514/40/320/6-11 – Niederschrift der ersten Tagung des Volkspolitischen Referates der Vaterländischen Front, Donnerstag, 4. November 1937

<sup>151</sup> Bärnthaler, 157

<sup>152</sup> Dr. Albert Reitter: Frontbekenntnis und Nationalsozialismus – in: „Salzburger Volksblatt“, 31. Dezember 1937, 2

<sup>153</sup> AdR/VF 514/88/906/261, Presseverlautbarungen der VF; Redner-Informationsdienst, November 1936, 7 ff. – zitiert bei: Bärnthaler, 151

Landesführer, dass sämtliche VF-Publikationen mit „politischem oder programmatischem Charakter“ ab sofort nur mit Zustimmung des zuständigen VF-Ortsführers verbreitet werden dürften, reichte es nicht.<sup>154</sup>

Nachdem Reitter weder abgelöst noch gemaßregelt worden war, setzten innerhalb der VF heftige Diskussionen ein, man forderte von Zernatto eine Erklärung. Der Generalsekretär sorgte in einer VF-Kundgebung am 26. Jänner in Salzburg mit der – wider besseres Wissen – beschwichtigenden Aussage, das „volkspolitische Referat“ könne mit Kreisen „außerhalb der Front“ keinen Kontakt aufnehmen, es vertrete nicht die „nationale Opposition“, sondern sei deren Gegner, für Kopfschütteln. Fritz Bock als stellvertretender Werbeleiter wies in einem Bericht an Zernatto auf „allergrößte Fehler“ und die „groteske“ Situation hin, dass „in der vaterländischen Presse“ über „Nazidemonstrationen in aller breitesten Form“ berichtet und damit deren Bedeutung „erhöht“ werde, in denselben Blättern aber Presseaussendungen der VF-Pressestelle „in einer verstümmelten Form, im allerkleinsten Druck und auf der schlechtesten Stelle“ platziert würden.<sup>155</sup> Zernatto hatte nicht den Mut zu einer Konfrontation mit Pembauer, der mit seinen Referenten eine Erklärung der VF verlangte, dass der Nationalsozialismus mit dem „Frontbekenntnis“ vereinbar sei, und die Referenten Repräsentanten der „nationalen Opposition“, also auch der Nationalsozialisten, seien.<sup>156</sup> Bock kündigte an, künftig in allen VF-Versammlungen, in denen er als Redner auftrete, „schärfstens“ gegen die Ausführungen „des Herrn Reitter“ Stellung zu nehmen.<sup>157</sup> Die zu diesem Zeitpunkt schon in Paris herausgegebene „Arbeiter-Zeitung“ warf Schuschnigg vor, „solchen Leuten“ wie dem Dr. Reitter aus Salzburg „führende Stellungen“ übergeben zu haben.

Auch für ein Interview des Kanzlers mit dem britischen „Daily Telegraph“ hatte das sozialdemokratische Parteiorgan nur Spott und Hohn übrig. Schuschnigg hatte behauptet, in Österreich bestehe „keine Diktatur“, eine solche wäre „ausgesprochen unösterreichisch“. Eine Regierung, die nur eine kleine Minderheit des Volkes vertrete, mit Gewalt das Volk niederhalte, Gesetze nach Belieben dekretiere, Freiheitsrechte aufgehoben hätte und die Staatsbürger der Willkür der Polizei ausliefere – „was denn soll das sein als eine Diktatur?“, fragte das Blatt kämpferisch.<sup>158</sup>

Der „Rednerinformationsdienst“ Anfang 1938 beinhaltete in einem Kapitel „Aktuelle Fragen der österreichischen Innenpolitik“.<sup>159</sup> Die Amtswalter „als politische Autorität“ seien nun gefordert, da sie zunehmend zu innenpolitischen Problemen Stellung nehmen müssten. Auf den Reitter-Artikel über den Sinn des „Volkspolitischen Referates“ wurde eingegangen: in der VF

<sup>154</sup> AdR/VF 514/88/906/260-261 – Presseverlautbarungen der VF, 5. Jänner 1938

<sup>155</sup> AdR/VF 514/16/132/54-55 – Meldung Werbeabteilung an Zernatto vom 7. Februar 1938

<sup>156</sup> Bärnthaler, 151ff.

<sup>157</sup> AdR/VF 514/278/2537/30-31 – Aktennotiz Bock vom 4. Jänner 1938

<sup>158</sup> „Arbeiter-Zeitung“, 18. Jänner 1938

<sup>159</sup> AdR/VF 514/276/2506a/2-13 – Rednerinformationsdienst, Nr. 15, Jänner 1938

könne und dürfe es „weder eine Opposition noch einen Nationalsozialismus“ geben. Der Folgerung, mit ihrer Amtsübernahme hätten die Referenten die Frage, ob sich ein Nationalsozialist zum VF-Programm bekennen könne, „bejaht“, wird nicht ganz logisch entgegengesetzt: ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus, einer „dem österreichischen Wesen total fremden Ideologie“, sei unvereinbar mit dem Selbstverständnis eines „deutschen, christlichen und sozialen, ständisch geordneten“ Österreich. Laut VF-Diktion sei jeder Deutsche, der sich zu seinem Volkstum bekenne, „national“, egal, welche Staatsform oder Weltanschauung er bevorzuge.

Aus dem kulturellen Bereich kamen eindeutige „deutschnationale“ Signale. Am 22. November 1937 berichtete der Wiener Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“, eine Gruppe von „Schriftstellern, Bühnenkünstlern und Theaterleuten“ hätte in Wien einen Kulturverein „Deutsche Bühne“ gegründet. Dieser verstehe sich als ein „wahres Theater des Volkes“, in dem „volksdeutsche Bühnendichtung von deutsch-arischen Künstlern vor einem ebensolchen Publikum“ aufgeführt werden solle. Angeführt wurde der Verein, der nach zehn Tagen bereits 12.000 Mitglieder zählte, von dem österreichischen Romanautor Dr. Mirko Jelusich. Der Verfasser des 1929 erschienenen biographischen Romans „Caesar“ war bis zum Verbot 1933 Redakteur des NSDAP-Hauptorgans „Deutschösterreichische Tageszeitung“ und dann NSDAP-Mitglied gewesen.<sup>160</sup> Er hatte einer „Überfremdung der Wiener Bühnen“ den Kampf angesagt. Das Bundeskanzleramt ersuchte erst einige Wochen später Unterrichtsministerium, Staatspolizei und VF-Generalsekretariat, „Organisierung und Tätigkeit“ des Vereins „entsprechend zu verfolgen“.<sup>161</sup>

Als „Prof. Z.“ meldete sich der Leiter des „Referats für Traditionspflege“ mit einem Schreiben an Frontführer und Generalsekretär Zernatto warnend zu Wort. Die Verkennung des „Totalitätscharakters“ des Nationalsozialismus sei ein „Einbruchstor“ für dessen zerstörerische Kräfte. Die „Parteibetätigung“ sei mit der „organisierten Vollziehung“ dieser Weltanschauung gleichzusetzen. Empörend sei die Behauptung, die „so genannte Unabhängigkeit Österreichs“ sei das „Gegenteil von Freiheit“ – das „Perfide“ daran sei das Ignorieren der Tatsache, dass der „elementare Selbstbestimmungswille in Freiheit trotz aller Deutschbekenntnisse“ seit der Ära Dollfuß bestehe. Österreich hätte sich zu einer „seinem deutschen Charakter“ adäquaten Innen- und Außenpolitik bekannt – was es aber unter „deutsch“ verstehe, „bestimme es selbst“.<sup>162</sup>

---

<sup>160</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Mirko\\_Jelusich](http://de.wikipedia.org/wiki/Mirko_Jelusich) - 16.07.2011

<sup>161</sup> AdR/VF 514/19/107/99-100 – Schreiben BKA, Auswärtige Angelegenheiten vom 27. November 1937 und 8. Jänner 1938

<sup>162</sup> AdR/VF 514/40/316/54-58 – „Enuntiationen der volkspolitischen Referenten“, „Gutachten“ Prof. Z. vom 7. Jänner 1938

### 3.6. „Als Volk sind wir von Natur aus tolerant!“. Vaterländische Pressepolitik.

Mit Jahresbeginn 1938 verschärfte sich der bisher beschauliche, besänftigende Ton in der VF-Publizistik. Auf Flugzetteln wurde in Form einer Willenserklärung formuliert, was „Wir wollen“: Recht auf Freiheit; Autonomie; nur einen Gott – „nicht der Staat, die Nation, die Rasse“; den „Status quo“; „unser Eigenleben“; „keinen Anschluss“. „Wir verabscheuen den Terror“, Österreich sei immer ein humanitärer Staat gewesen, „als Volk sind wir von Natur aus tolerant!“ Fazit: „Ein Abgrund trennt Österreich vom NATIONALSOZIALISMUS!“<sup>163</sup> Hans Becker verwehrt sich in scharfer Form in einer RAVAG-Rede dagegen, dass „in illegalen Blättchen ... und von illegalen Mäulern“ gegen Österreich „Gift verspritzt“ werde. Die nationale und soziale Aufgabe Österreichs sei „von Seipel vorbereitet, von Dollfuss formuliert“ worden und werde nun von Schuschnigg „in zäher Arbeit erkämpft“.<sup>164</sup>

Aber auch die Diktion der illegalen nationalsozialistischen Kreise radikalisierte sich zusehends. Zielscheibe heftiger Angriffe war die von der VF-Pressestelle herausgegebene Zeitung „Der Beamte“ und ihr Chefredakteur Hofrat Waranitsch. In fast ausschließlich anonymen, mit „Einer für Hunderttausende!“, „N.N.“ oder „Veritas“ gezeichneten Leserbriefen „an das Lumpen- und Verräterpack der Redaktion des ‚Beamten‘“ wurde diese mit äußerst aggressiven Verbalattacken und unflätigen Schimpffiraden überschüttet. Die Angriffe des „Hilfsblatts der Familie Waranitsch“ gegen das Deutsche Reich und seine Führer wären so, als wenn „ein rüudiger Straßenpintscher das Goethedenkmal bepisst“. Jeder würde über einen „Heldenzkanzler“ lachen, der als ein „Bastard aus einer verdodelten Bauerndirne und einem geistlichen Schnapsbruder“ die Inkarnation des „österreichischen Menschen“ darstellen solle.<sup>165</sup> Man werde den Chefredakteur für jedes beleidigende Wort in dem „Familien-Versorgungsblatt“ schon beizeiten „gehörig auf die freche Gosche schlagen“. Das hasserfüllte Schreiben war nicht einmal anonym gehalten, sondern sogar unterzeichnet, die Unterschrift aber unleserlich. Weiters wurde die kritische Berichterstattung des Blattes über Hitlers Reichstags-Rede vom 20. Februar angegriffen: „Klarer und aufrichtiger“ hätte noch kein Führer gesprochen, mit diesen „Hetzartikel gegen das Deutsche Reich“ würde man 80 Prozent der „erzwungenen Leser“ beleidigen. „Veritas“ behauptete, die Regierung würde sich vor einer Befragung des österreichischen Volkes hüten, da sie wüsste, dass sich „90 Prozent gegen den heutigen Kurs aussprechen würden“. VF-Landesführer Alfons Gorbach, der spätere Bundeskanzler ab 1962, wurde als „erwiesener Mädchenschänder“ diffamiert, und auf die „kroatischen ‚itsch‘-Vorfahren“ des Chefredakteurs angespielt.<sup>166</sup>

<sup>163</sup> AdR/VF 514/239/2185/226 – Flugzettel Vaterländische Front Mitte Jänner 1938

<sup>164</sup> AdR/VF 514/44/3102/69-72 – „Österreichs nationale und soziale Aufgabe“, Pressestelle der VF

<sup>165</sup> Dollfuss war ein uneheliches Kind, stammte aber aus wohlhabenden bäuerlichen Verhältnissen (in: <http://www.artikel32.com/sonstige/1/wer-war-engelbert-dollfu.php> - 24.05.2011)

<sup>166</sup> AdR/VF 514/328/2987/7-9, 13, 14

Nur eine Woche vor dem Treffen in Berchtesgaden fand am 4. Februar 1938 eine zwar dreistündige, aber thematisch beschauliche Ministerratssitzung statt. Der am längsten diskutierte der 22 Tagesordnungspunkte galt der „Bundes-, Wohn- und Siedlungsfonds-Novelle 1938“, politische relevante Themen waren bloß ein Bericht vom Bundeskommissär für Personalangelegenheiten über Verfahren gegen öffentlich Bedienstete wegen illegaler Betätigung – seit 1936 gab es bereits 135 Fälle – und die Erhöhung der Aufenthaltsdauer für Ausländer auf 6 Monate.<sup>167</sup>

Zum Thema „Pressepolitik“ und den in „Amtswalterkreisen“ immer öfter vernommenen „Schrei nach Pressezensur“ wurde ebenfalls auf die Aufklärungsarbeit der Funktionäre hingewiesen. Die Bevölkerung sei zu einem selbständigen Urteil zu erziehen, die Antwort müsse lauten: „Werft den papierenen Feind hinaus!“ Die Publikation, ein in den Jännertagen 1938 zweifellos wichtiges Argumentations-Rüstzeug, empfahl auch Schuschniggs Buch „Dreimal Österreich“, das „in die Köpfe und Herzen“ aller Amtswalter gehöre. Zum Abschluss wurden die positiven Eckdaten von Österreichs Wirtschaft 1937 angeführt: der Produktionsindex sei um 10% höher als im Konjunkturjahr 1929; die privaten Investitionen erreichten einen Betrag von ca. 100 Millionen Schilling; der Export konnte um 270 Millionen Schilling gesteigert werden; das Handelsbilanzdefizit war das seit 1918 niedrigste; der Fremdenverkehr wuchs gegenüber 1936 um 10% und schloss mit einem Aktivsaldo von 150 Millionen Schilling ab.<sup>168</sup>

Im niederösterreichischen Amstetten war Ende 1937 eine SA-Gruppe der illegalen NSDAP ausgehoben worden. Die als nationalsozialistisch eingestufte Prozessberichterstattung der „Amstettner Anzeigers“ veranlasste die lokalen VF-Funktionäre, von Staatssekretär Zernatto eine Einstellung der Zeitung bzw. deren Vorzensur wegen deren „Schreibweise“ zu fordern. Der Bundespressedienst leitete das Einstellungsverfahren ein, gegen das Staatsrat Seyss-Inquart über seinen Pressechef Dr. Fritz Flor bei Zernatto aber energisch intervenierte. Er habe mit Bundeskommissar Adam vereinbart, dass er, Seyss, informiert würde, wenn es „Schwierigkeiten mit nationalen Blättern“ gäbe. Die Einstellung der Zeitung hätten vor allem „legitimistische Kreise“ gefordert, er sehe in diesem Vorgehen gegen die nationale Presse „etwas zu viel System“. Seyss forderte die neuerliche Zulassung der Zeitung und die „umgehende“ Errichtung eines mit der „Konsulentenaufgabe in der Frage der nationalen Presse“ betrauten Pressereferates, das festlegen werde, welche – auch reichsdeutsche – Blätter seinen „besonderen Schutz“ genießen würden.<sup>169</sup>

Für den März 1938 wurde ein medienpolitisches Großprojekt in Angriff genommen. Im Museum für Kunst und Industrie am Stubenring sollte vom 3. bis zum 20. März eine „Österreichische Presseschau“ stattfinden. Das Organ des

---

<sup>167</sup> AdR/BKA/Protokoll über die 1067. Ministerratssitzung vom 4. Februar 1938/Karton 273/1067/6,27

<sup>168</sup> AdR/VF 514/276/2506a/2-13

<sup>169</sup> AdR/VF 514/89/916/20-29 – Akt „Amstettner Anzeiger“; Schreibweise (Gesch. Zahl 6.010-DGR. I/1/38 – Schreiben Seyss-Inquart an Zernatto 12. Jänner 1938

Verbandes der Wochenzeitungen, Zeitschriften und Fachblätter warb in einer Sondernummer um Ausstellungsteilnehmer. Die Veranstaltung „Die Zeitung und ihre Welt“ sei durch das Interesse von Bundeskanzler Schuschnigg zu einem „wirtschaftlich kulturellen Ereignis“ aufgewertet und biete der österreichischen Presse die Gelegenheit, sich geschlossen der breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Vor allem jenen Printmedien, die sich auf die „beiden Erneuerer Österreichs“, Dollfuß und Schuschnigg beziehen, stünden ausreichend Ausstellungsfläche zur Verfügung. Die Presseschau sollte auch in einigen Landeshauptstädten wiederholt werden.<sup>170</sup> Sie wurde mit Zeitungsinserten, die an der Ausstellungskasse gegen Eintrittskarten eingelöst werden konnten, beworben.<sup>171</sup> Schuschnigg nutze bei der Ausstellungseröffnung im Österreichischen Museum für Kunst und Industrie die Gelegenheit, vor versammelter österreichischer Politprominenz für den „deutschen Frieden“ zu werben. Minister Eduard Ludwig, der Präsident der Österreichischen Pressekammer, wies in seiner Eröffnungsansprache auf die Funktion der Presse als „wichtigstes und bestimmendes Mittel für das Werden politischer Willensbildung“ hin.<sup>172</sup>

---

<sup>170</sup> AdR/VF 514/253/2260/50-51 – „Der Zeitungsverleger“, Fachblatt für das österreichische Zeitungswesen, Sondernummer 25. Jg., Nr. 2a, Februar 1938

<sup>171</sup> „Neue Freie Presse“, 4. März 1938, 3

<sup>172</sup> „Neue Freie Presse“, 5. März 1938, 3

## 4. „Ich ändere keinen Beistrich!“ „Gespräche“ am Berghof von Berchtesgaden.

### 4.1. Die „Dramaturgie“ des Kanzlertreffens am Obersalzberg.

Ein bereits vor Juli 1936 gegebenes, aber erst Mitte Jänner 1938 veröffentlichtes „Daily Telegraph“-Interview Schuschniggs, in dem der Kanzler ungewohnt kämpferisch behauptet hatte, zwischen Österreich und dem Nationalsozialismus „gähne ein Abgrund“, nahmen die Nationalsozialisten prompt zum Anlass, Österreich einer Verletzung des Juliabkommens zu bezichtigen. Noch im Jänner hatte der stellvertretende VF-Werbeleiter Fritz Bock in einer Rundfunkrede klar zu verstehen gegeben, dass sich Nationalsozialismus und Österreichertum „wesentlich voneinander unterscheiden“.<sup>173</sup> Den zaghaften, beschwichtigenden Hinweis von Seiten Österreichs auf die Zeitdifferenz beantwortete Seyss-Inquart mit geharnischten neuen Forderungen – Amnestie, Ausbau des Juliabkommens, nationales Tagblatt – und seinem Boykott der Sitzungen des Staatsrates<sup>174</sup>, den er jedoch laut Guido Zernatto für S 3.000 wieder rückgängig machte.<sup>175</sup>

Im Laufe des fünfjährigen österreichisch-deutschen Konfliktes zwischen 1933 und 1938 war es nie zu einem Gipfeltreffen der Regierungschefs gekommen. Die vermeintlichen Rückschläge <sup>176</sup> für die österreichischen Nationalsozialisten im Jänner 1938 wollte nun Schuschnigg in einer persönlichen Aussprache mit Hitler für sich nützen. Für ihn waren die Schließung des Büros des „Siebener-Komitees“ und die Verhaftung Tavs' ein Beweis, dass die Nationalsozialisten das Juliabkommen gebrochen hatten.<sup>177</sup> Bundespräsident Miklas gegenüber schränkte der Kanzler allerdings ein, er wolle „die Lage Österreichs nicht noch mehr verschlechtern“.<sup>178</sup> Er beauftragte Guido Zernatto, bei Staatsrat Seyss-Inquart „streng vertraulich“ vorzufühlen, welche konkreten Konzessionen man von Seiten Österreichs einzugehen bereit war.<sup>179</sup> Zernattos zunächst als „Punktationen“ abgefassten Entwurf, der Schuschniggs maximalen Verhandlungsspielraum absteckte, sandte Seyss-Inquart „ohne Schuschniggs Wissen“ prompt an Hitler, der am 12. Februar somit die österreichische Verhandlungsstrategie kannte. Das mit Außenminister Ribbentrop ergänzte Programm, das mit den in Berlin deponierten Forderungen der österreichischen Nationalsozialisten Rainer und Globocnik fast ident war <sup>180</sup>,

---

<sup>173</sup> Rundfunkrede vom 11. Jänner 1938, in: Wiener Stadt-Stimmen, 4/1938, Folge 60 – zitiert bei: Ackerl, 20

<sup>174</sup> Pembauer, Walter: Im letzten Kampf um Österreich, Wien-Leipzig 1939, 113 f. – zitiert bei: Bärnthaler, 150

<sup>175</sup> Schuschnigg, Requiem, 35

<sup>176</sup> Jochum, 211

<sup>177</sup> Hopfgartner, Anton: Kurt Schuschnigg – ein Mann gegen Hitler, Graz-Wien-Köln 1989, 198

<sup>178</sup> Funder, Friedrich: Als Österreich der Sturm bestand. Aus der Ersten in die Zweite Republik, Wien 1957, 288

<sup>179</sup> Hopfgartner, 199

<sup>180</sup> Schuschnigg, Kampf, 231

setzte dieser dann dem österreichischen Kanzler am 12. Februar ultimatativ vor.<sup>181</sup>

Kurt Schuschnigg hat die Ereignisse des 12. Februar am Berghof bei Berchtesgaden als Beteiligter und Zeitzeuge in seiner KZ-Haft aus dem Gedächtnis minutiös aufgezeichnet und unmittelbar nach Kriegsende und nach seiner Heimkehr nach Österreich publiziert.<sup>182</sup> Er schilderte die Unsicherheit der österreichischen „Delegation“ über ihren Verhandlungsspielraum, der eher defensiv und auf Abwarten auf die Forderungen des „Verhandlungsgegners“ ausgerichtet war. Sehr um Objektivität bemüht beschrieb er beklemmend authentisch seine Begegnung mit dem deutschen Reichskanzler, den Gesprächsverlauf, die Wutausbrüche des Diktators, dessen Drohungen und Verbalattacken: Österreich habe keine „deutsche Politik“ gemacht, sei nicht aus dem Völkerbund ausgetreten, seine „ganze Geschichte“ sei ein „ununterbrochener Volksverrat“. Er habe „einen geschichtlichen Auftrag“, den er erfüllen werde, da ihn die „Vorsehung“ dazu bestimmt habe. Schuschnigg werde doch nicht glauben, ihn „auch nur eine halbe Stunde aufhalten“ zu können. Er, der Führer, wisse genau, dass man von Wien aus ein Attentat auf ihn plane. Er sei vielleicht „auf einmal in Wien, wie der Frühlingssturm“, München sei nur „eine Flugstunde entfernt“.<sup>183</sup>

Der „einfühlsame, zurückhaltende, das hochgeistige Gespräch gewohnte“<sup>184</sup> österreichische Kanzler, der als Kettenraucher zusätzlich unter dem Psychoterror eines Rauchverbots zu leiden hatte, war diesen Wutausbrüchen nicht gewachsen. Hitler merkte außerdem spöttisch an, er sei jederzeit zu einem persönlichen „Duell“ mit Schuschnigg auf dem Wege eines Volksentscheids bereit: „Machen Sie eine freie Volksabstimmung in Österreich, in der Sie und ich gegeneinander kandidieren; dann werden Sie ja sehen, wie die wahre Stimmung ist!“ Er, Hitler, kenne diese besser als Schuschnigg. In dem Gespräch gab sich der Reichskanzler nur ein Mal eine kleine Blöße, als er behauptete, vom Juliattentat 1934 „nicht gewusst zu haben“.<sup>185</sup> Die gegenseitige Anrede der beiden Gesprächspartner war symptomatisch für die Gesprächsführung. Während Schuschnigg Hitler betont höflich stets mit „Herr Reichskanzler“ titulierte, sprach dieser den österreichischen Kanzler schroff als „Herr Schuschnigg“ an – eine offene Demütigung des „Proletariers“ Hitler dem „Edlen von Schuschnigg“ gegenüber. Auch Hitlers Anrede in einem Glückwunschtelegramm („Euer Exzellenz“) nach dem „Gespräch“ in Berchtesgaden muss als Verhöhnung angesehen werden.

Nach dem Mittagessen wurden Schuschnigg und Schmidt mit einem von Hitlers Österreich-Beauftragten Wilhelm Keppler vorformulierten Papier

---

<sup>181</sup> Haas, Hanns: Der „Anschluss“ – in: Talos, Emmerich/Hanisch, Ernst/Neugebauer, Wolfgang/Sieder, Reinhard (Hrsg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien, 2002, 26-54, 39

<sup>182</sup> Schuschnigg, Requiem; und: Im Kampf gegen Hitler. Die Überwindung der Anschlussidee, Wien-München-Zürich 1969.

<sup>183</sup> Joachim C. Fest: Hitler. Eine Biographie, Frankfurt am Main-Berlin-Wien 1973, 749

<sup>184</sup> Hopfgartner, 201

<sup>185</sup> Schuschnigg, Requiem, 41, 43, 108



konfrontiert, das neue Forderungen enthielt: (1) die Ernennung Seyss-Inquarts zum Innenminister mit absoluter Polizeigewalt; (2) die Haftentlassung aller Nationalsozialisten – auch der Juliputschisten von 1934 – binnen drei Tagen; und die (3) uneingeschränkte nationalsozialistische Betätigung in der VF. In (4) „außenpolitischen Fragen“ wird (sic!) die österreichische Bundesregierung mit der Reichsregierung in einen „diplomatischen Gedankenaustausch“ (!) treten und „den Wünschen und Aktionen des Deutschen Reiches“ „moralische, diplomatische und pressepolitische Unterstützung“ geben. Besonders zynisch mutet der Zusatz an, die deutsche Reichsregierung werde vice versa „die gleiche Verpflichtung“ übernehmen.<sup>186</sup> Begleitet war dieses Ultimatum mit der „zufälligen“ Anwesenheit von drei neu ernannten Wehrmachts-Generälen – Wilhelm Keitel, Walter von Reichenau und „Legion Condor“-Befehlshaber Hugo Sperrle – am Berghof, die der österreichische Kanzler aber als „Bluff“ und „gute Regie“ durchschaute.<sup>187</sup> Hitlers viel zitierte Worte sind auch von Schuschnigg dokumentiert: „Verhandelt wird nicht; ich ändere keinen Beistrich. Sie haben entweder zu unterschreiben oder alles Weitere ist zwecklos und wir sind zu keinem Ergebnis gekommen; ich werde dann im Laufe der Nacht meine Entschlüsse zu fassen haben.“ Schuschnigg und Schmidt gelang es nur, einige unwesentliche Änderungen aus dem Entwurf hinauszureklamieren. Schuschnigg kapitulierte und unterschrieb, nachdem ihm Hitler eine Frist zur Umsetzung bis 15. Februar eingeräumt hatte. Der Wunsch der österreichischen Delegation um die zugesagte Erwähnung des Juliabkommens im Pressecommuniqué wurde vom Reichskanzler abgeschmettert. Er werde in seiner Reichstagsrede am 20. Februar „alles andere“ in einem „freundlichen Kommentar für Österreich“ erwähnen.<sup>188</sup>

Als Schuschnigg mit Schmidt nach Berchtesgaden fuhr, war nur Zernatto eingeweiht. Nach der Rückkehr der Österreicher war der Staatssekretär der Erste, den der Kanzler über den wahren Verlauf der „Unterredung“ mit Hitler berichtete. Schuschnigg hätte seinen Standpunkt „klar und hart“ vertreten und sich gegen Hitlers Angriffe gegen das österreichische Regime „verwahrt“ – denn mit diesem habe Hitler ja 1936 einen Vertrag abgeschlossen und sich zur Nichteinmischung verpflichtet. Er habe dem Führer Beweismaterial von Fällen der Einmischung überreicht. Das Dollfuss-Attentat sei „eindeutig Mord“ gewesen – wie wohl würde Hitler gegen Beamte vorgehen, die „ihren Diensteid gebrochen“ und „Hochverrat“ begangen hätten? Österreichs Kampf sei von Beginn an „nichts anderes als Defensive“ gewesen. Die „innere Befriedung“ wäre längst erfolgt, wenn sie nicht immer wieder „von außen gestört“ worden wäre.<sup>189</sup> Unverständlich blieb, wieso Schuschnigg diese Gesprächspassagen in seinen sonst wortgetreuen Erinnerungen nicht erwähnte. Schuschnigg und Schmidt war nach ihrer Heimkehr klar, dass nunmehr „das Urteil über uns gefällt“ worden sei. Um einer Panik in der Öffentlichkeit vorzubeugen, blieb der amtliche österreichische Pressedienst

---

<sup>186</sup> AdR, 01/Staatsdokumente, Berchtesgadener Protokoll 12. Februar 1938

<sup>187</sup> Schuschnigg, Kampf, 233, 237

<sup>188</sup> Schuschnigg, Requiem, 48 und 51

<sup>189</sup> Zernatto, Guido: Die Wahrheit über Österreich, New York 1938, 212-213

„sparsam in seinen Mitteilungen“, man überließ „der Phantasie der publizistischen Kärner <sup>190</sup> und ihrer Kombinationskunst“ das Feld.<sup>191</sup>

Über die Geheimniskrämerei vor und nach Berchtesgaden, begleitet von antisemitischen Untertönen, berichtete ein Jahr später das „Neue Wiener Tagblatt“ in einem Rückblick. Schuschnigg hätte die Gesandten der Westmächte „streng vertraulich“ über seinen bevorstehenden Besuch auf dem Obersalzberg informiert. Zur Ablenkung hätte man den Zeitungen eine wichtige Ministerratssitzung vorgetäuscht, aber Auslandskorrespondenten hätten von der Sache Wind bekommen. Während in Berchtesgaden der Führer „Herrn Schuschnigg“ seinen Standpunkt „klarmachte“, habe „Oberst Adam“ den Wiener Pressevertretern – „größtenteils verlässliche Juden“ – erklärt, was zeitgleich am Berghof vor sich gehe. Der Bundeskanzler hätte an der Forderung der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse Österreichs „unerbittlich festgehalten“. In Wahrheit sei der Kanzler nach seiner späten Rückkehr aus Berchtesgaden „sehr schweigsam“ gewesen und hätte nur Wiens Bürgermeister Richard Schmitz „die volle Wahrheit“ erzählt. Diese „Geheimnistuerei“ hätte „wohlhabenden Juden Vermögensverschiebungen“ ermöglicht. Zu jenen, die „sehr zeitig Fersengeld“ gaben, hätte auch „der Hirtenberger Jude“ Fritz Mandl, der ehemalige Finanzberater Starhembergs und Besitzer der Patronenfabrik im Triestingtal in NÖ, gehört.<sup>192</sup>

Obwohl die Regierung das wahre Resultat von Berchtesgaden der österreichischen Öffentlichkeit vorenthielt – seit dem Treffen auf dem Berghof war Österreich „kein souveräner Staat mehr“.<sup>193</sup> Einen Tag nach der Bildung des neuen Kabinetts mit Seyss-Inquart als Innen- und Sicherheitsminister sahen die „Wiener Neuesten Nachrichten“ tatsächlich die „Hindernisse, die einer Verwirklichung des Friedensabkommens“ vom 11. Juli 1936 entgegengestanden wären, „beseitigt“. Der „Amtliche Nachrichtendienst“ publizierte positive Pressestimmen. Er zitierte ungarische Blätter, die ernsthaft behaupteten, der Besuch Schuschniggs auf dem Berghof bedeute „keine Wendepunkt in den deutsch-österreichischen Beziehungen“, sondern nur einen „Ausbau“.<sup>194</sup> Aber auch das westliche Ausland ließ sich bluffen. Sogar die „Times“ begrüßte das Abkommen, Hitler und Schuschnigg „verdienen die Glückwünsche ihrer beiden Völker“. Die britische Politik betreffend gäbe es nichts, „was den heiteren Himmel stören“ könne, jubelte der „Daily Telegraph“.<sup>195</sup>

Die „Arbeiter-Zeitung“ dagegen konstatierte, Schuschnigg seien beim Mittagessen am Berghof „die Führer der deutschen Wehrmacht vorgeführt“ worden, und unter dem Eindruck dieser Drohung hätte er „in die Hosen

---

<sup>190</sup> Synonym für „Karrenführer“

<sup>191</sup> Funder, 291

<sup>192</sup> „Neues Wiener Tagblatt“, 12. Februar 1939, 2

<sup>193</sup> Reichhold, Kampf um Österreich, 308

<sup>194</sup> AdR/AVA/Inneres 116/263 – „Politische Korrespondenz“, 13. Februar 1938, 6

<sup>195</sup> AdR/AVA/Inneres 116/263 – „Politische Korrespondenz“, 14. Februar 1938, 7

gemacht“. In einem vierseitigen Artikel ließ die „Arbeiter-Zeitung“ wenige Tage vor dem „Anschluss“ die dramatischen Ereignisse der letzten Wochen Revue aus ihrer Sicht passieren. Hitler habe Schuschnigg nach Berchtesgaden „zitiert“ und ihm vorgeworfen, den Vertrag vom 11. Juli 1936 „gebrochen zu haben“. Auf Hitlers Befehl sei im Zuge der Regierungsumbildung vom 15. Februar Seyss-Inquart, keineswegs ein „verschämter Nationalbetonter“, sondern ein „unverschämter Nationalsozialist“, Innen- und Polizeiminister geworden. Dies bedeute, die Nazis könnten sich nun offen als Nazi bekennen, ihre illegalen Organisationen bräuchten sie nicht mehr. Die österreichische Presse habe den Österreichern „eingeredet“, Hitler werde am 20. Februar die „Unabhängigkeit Österreichs feierlich anerkennen“ und die österreichischen Nazis „zur Einstellung ihrer illegalen Tätigkeit“ auffordern. Tatsächlich habe der Reichskanzler aber beides nicht getan, Schuschnigg habe kapituliert, ohne das „geringste Gegenzugeständnis“ von Hitler erhalten zu haben. Nun sei in Österreich in einer „Art Doppelherrschaft“ die Regierungsmacht zwischen „den Schwarzen und den Braunen“ geteilt. Da man nicht mit der Hilfe Englands und Frankreichs rechnen können, rufen die „Klerikofaschisten“ nun nach der Hilfe der Arbeiterschaft. Diese müsse zwar „alles, was in ihrer Macht ist, tun“, um Hitler den Weg nach Österreich „zu verrammeln“ – sie sei zwar bereit, „gegen Hitler, aber nicht für Schuschnigg“ zu kämpfen.<sup>196</sup>

#### **4.2. „ ... nicht imstande, eine unabhängigen politischen Willen zu bilden“.**

Die offizielle Sprachregelung noch am Tage der Verhandlungen am Obersalzberg offenbarte eklatante Fehleinschätzungen, gepaart mit beharrlicher Realitätsverweigerung, aber auch bewusster Falschinformation. Die immer wieder geäußerten Behauptungen, Österreich habe das Abkommen vom 11. Juli 1936 gebrochen, hätten der Klärung bedurft. Auch Reichskanzler Hitler hätte diese Lage „offenbar gleich unangenehm wie wir“ empfunden, daher hätte er den Bundeskanzler „eingeladen“, und dieser die Einladungen „angenommen“. Der offizielle Kommentar, den die „Politische Korrespondenz“ um 22 Uhr abends ausgab, betonte, es habe sich (1) um eine „Einladung“ gehandelt, bei der der (2) „11. Juli“ bestätigt werden sollte, und die eine (3) „neuerliche Anerkennung der Unabhängigkeit“ Österreichs“ und eine (4) demonstrative Absage des deutschen Reichskanzlers „an die illegalen Elemente“ bedeute. Die Einladung zeige auch den „Wunsch“ Hitlers, mit Österreich „ein friedliches Verhältnis zu sichern“. „Die Illegale“ werde die Tatsachen natürlich verdrehen. Abschließend wurde den Funktionären vorgegaukelt, die Aussprache am Obersalzberg sei als „ein persönlicher Erfolg“ Schuschniggs und der „Beharrlichkeit der Frontpolitik“ zu werten.<sup>197</sup> Denn der Bundeskanzler hätte auch die geforderte Absetzung von „Pressekammer“-Präsident Eduard Ludwig und als „Bundespressediens“-Chef

<sup>196</sup> „Schuschniggs Kapitulation vor Hitler. Vom 12. Februar 1934 zum 12. Februar 1938“ – in: „Arbeiter-Zeitung“, 1. März 1938

<sup>197</sup> AdR/VF 514/40/316/100-102 – Information Amt des Fronführers zur sinngemäßen Verwendung bei Auskünften und zur Regelung des Gesprächs, 12. Februar 1938

Walter Adam „erfolgreich abgewehrt“. Bald nach Schuschniggs Rückkehr wurde allerdings Wilhelm Wolf zur „Kontrolle des Pressefriedens“ Leiter des „Bundespressedienstes“.<sup>198</sup>

Ein internes VF-Papier aus diesen Tagen sprach eine andere Sprache. Man erkannte nun plötzlich, dass die Abmachungen am Obersalzberg eine „neue Situation“ geschaffen habe. Das Hauptproblem sei nicht mehr die „Bekämpfung oder Befriedung“ der Illegalen, die „weitaus schwerere Aufgabe“ sei es, die eigenen Funktionäre ruhig zu stellen. Die Amtswalter würden zweifeln, dass es „uns noch ernst ist“ mit der „Wahrung der österreichischen Idee“. Und man gab unumwunden zu: „Österreich ist augenblicklich nicht imstande, einen unabhängigen politischen Willen zu bilden“. Als Konsequenzen einer politischen Bankrotterklärung – „nach wie vor lässt sich die Notwendigkeit von Österreichs Selbstständigkeit nur ideologisch beweisen“ – stehe die VF nun vor entscheidenden Aufgaben. Sie müsse „aus der ideologischen Statik einer zivilen Assistenztruppe“ in die „Dynamik eines Ideenträgers“ überführt werden. Innerhalb der VF selbst, die als Gegengewicht zu den – „trotz Überwindung des Parteienstaates“ zu „Wirtschaftsparteien“ gewordenen – Berufsständen gedacht war, gäbe es „Ansätze zur Bildung von Parteien“, deren schwächste die „Rot-weiß-rote“ Gruppierung sei.

Daher sein eine radikale Kurskorrektur „durchzusetzen“ – mit der Schaffung einer „Vaterlandstreuen, österreichischen Garde“ innerhalb der VF, einer „wirklichen, einsatzbereiten Elite“. Als weitere Konsequenz wurde eine „vollständige Wendung“ in der Kommunikationspolitik gefordert, die in folgenden Punkten festgemacht war: (1) Betonung der Heimatliebe; (2) Österreich ist ältestes deutsches Land; (3) Schwerpunkt auf „alpenländische Sendung“; (4) schlagkräftige, bezahlte, effiziente „Amtswalter“, keine „ehrenamtlichen Ehrgeizlinge“; (5) Ausbau Nachrichtendienst; (6) „aktivistische“, verdeckte VF-interne Zellen zu Agitationszwecken mit „der illegalen Tätigkeit entlehnten Methoden“; (6) schärferer Zentralismus und schließlich (7) „Zusammenfassung aller vaterlandstreuen Kräfte ohne Rücksicht auf Frontzugehörigkeit, Mitgliedsnummer und Rang“. Neben der offiziellen müsse eine geheime, nur der Frontführung unterstellte Hierarchie nach Art der „kommunistischen Fünferzellen“ geschaffen werden.<sup>199</sup>

So sehr diese Maßnahmen einen totalen Kurswechsel darstellten, so offenkundig war, dass dieses Programm, das als Autor Hans Becker vermuten lässt, zeitlich zu spät kam. Die „Amtliche Nachrichtenstelle“ ANA übermittelte einige Tage später Bundeskommissär Walter Adam, noch Leiter des Bundespressedienstes, einen Bericht des Wiener Reuters-Korrespondenten Christopher Holmes. Darin wurde festgestellt, Schuschnigg habe vor den Forderungen Hitlers „kapituliert“, und die Frage gestellt, ob nach den „beträchtlichen Konzessionen“ Deutschland nun „zufrieden gestellt sei“.

<sup>198</sup> AdR/AVA/ANA, Karton 182/354 vom 22. Februar 1938 und 70.874/BPD-38 – zitiert bei: Köhler, 250

<sup>199</sup> AdR/VF 514/23/45/106 – Die VF nach dem 12. Feber 1938, interner Aktenvermerk ohne Datum

Reuters nannte auch schon konkret die „radikalen Forderungen“ Hitlers, wie etwa die verlangte „prodeutsche Außenpolitik“, den Beitritt zum Antikomintern-Pakt, die militärische Zusammenarbeit und die Aufgabe der „Freundschaft mit der Tschechoslowakei“ und zeigte sich somit bereits besser informiert als die österreichische Öffentlichkeit.<sup>200</sup>

In Westösterreich herrschte in diesen Tagen im wahrsten Sinne des Wortes „Funkstille“. Die Sicherheitsdirektion für Tirol hatte den schlechten Empfang des Inlands-Radionachrichtendienstes in entlegenen Gebieten wie „dem Bezirk Reutte, dem hinteren Zillertal, der Kufsteiner Gegend“ beklagt. Dadurch seien deren Bewohner gerade jetzt auf das Hören ausländischer Sender angewiesen. Der Informationsmangel und das „Fehlen authentischer Nachrichten“ über die Auswirkungen der Berchtesgadener Konferenz würde die Gerüchtebildung fördern, der „nicht entgegengewirkt werden“ könne. In Reutte herrsche „starke Beunruhigung“, da die Sender Strassburg und Luxemburg berichtet hätten, Österreich sei nach der Berchtesgadener „Unterredung in einer kritischen Lage“, die heute „unter dem Druck der Achse Rom-Berlin“ zu einer Regierungsumbildung führen werde. VF-Werbedienst und -Pressestelle wurden aufgefordert, diese „Beunruhigten herabzumildern“, es wäre „erwägenswert“, „Radionachrichten“ zu Aufklärungszwecken einzusetzen.<sup>201</sup>

Das Morgenblatt der „Neuen Freien Presse“ brachte die „Kanzlerbegegnung auf dem Obersalzberg“ als Aufmacher und präsentierte ihren Lesern eine entschärfte Variante.<sup>202</sup> Die „maßgebenden Männer“ der beiden deutschen Staaten hätten das „Bedürfnis“ gehabt, sich über gemeinsame Fragen „auseinanderzusetzen“. Da am 20. Februar Hitler im Reichstag eine große Rede halten werde, sei das „Verlangen nach gegenseitiger Information“ verständlich. Immerhin räumte das Blatt ein, dass bei den „Erörterungen“ auch „einzelne Probleme ... scharf abgesteckt“ wurden. In „Telegrammen“ der „NFP“-Korrespondenten aus Berlin, Paris, Rom London und Prag wurden Stimmungsberichte gegeben. Die deutsche Öffentlichkeit wäre über die Berchtesgadener Konferenz „uninformiert und überrascht“ gewesen, Gesprächsthemen seien nicht bekannt geworden, vermutlich sei es aber um die „legitimistische Frage“ gegangen. In der Pariser Presse sei das Treffen „gut aufgenommen“ worden. Auch in Rom hätte die Nachricht „größtes Interesse“ hervorgerufen, sei allerdings aber unkommentiert geblieben. Die Londoner Abendblätter hätten nur „Vermutungen“ über den Inhalt der Gespräche veröffentlicht, in Prag hätte die Zusammenkunft „begreiflicherweise das größte Aufsehen“ erregt. „*Narodni Politika*“ meinte, es sei wieder einer „der berühmten Samstage“ gewesen, mit denen Hitler „die Welt überraschte“.<sup>203</sup>

---

<sup>200</sup> AdR/AVA/Inneres 116/182/V 7/311 – Amtliche Nachrichtenstelle, 16. Februar 1938, Z. 311 „Unfreundliche Beurteilung oesterr. Regierungsumbildung“

<sup>201</sup> AdR/VF 514/50/435/100-101 – Schreiben BKA/Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit an VF-Generalsekretariat, -Werbedienst und -Pressestelle, 24. Februar 1938

<sup>202</sup> „Neue Freie Presse“, 13. Februar 1938, Morgenblatt, 1

<sup>203</sup> „Neue Freie Presse“, 13. Februar 1938, Morgenblatt, 2

### **4.3. „Neue Plattform der Zusammenarbeit“. Eine erzwungene Regierungsumbildung mit „vaterländischer Beteiligung“.**

In einem RAVAG-Vortrag fünf Tage vor dem Berchtesgadener Treffen hatte sich Fritz Bock noch gegen die „Gerüchtemacher“, die aus einer „Regierungsumbildung einen Systemwechsel“ konstruieren würden, ausgesprochen. Die Quellen dieser „Märchenerzählungen“ seien die „Staatsfeinde, die in Österreich jede politische Geltung verloren“ hätten. Diesen sei „mit der eindeutig österreichischen Art“ über ihren „ungewaschenen Mund zu fahren“. Die zweite Quelle wären die ausländischen Pressemeldungen, die „alles enthalten, was überhaupt denkbar“ sei, und so Verwirrung stiften würden. Aber ein „gewisses Geschreibsel“ könne „uns“ nicht beeinflussen. „Kritisieren“ sei in Österreich, „im Lande der persönlichen Freiheit“, auch gestattet – aber „Bessermachen heißt die Parole“. Das österreichische System werde all die Gerüchte und Märchenerzählungen „bestimmt überleben“, „unsere Heimat für alle Zeiten leben“, Dollfuß-Österreich sei „ein ewiger Begriff“. Bock ging in dieser Rede weder auf die so genannten „Gerüchte“ konkret ein, noch widerlegt er diese „Märchen“.<sup>204</sup>

Schon am Abend des 15. Februar hatte Bundeskommissär Walter Adam ein nichts sagendes Kommuniqué im Rundfunk verlesen. Auf dem Obersalzberg seien „alle Frage einer eingehenden Erörterung“ unterzogen worden, beide Teile hätten eine „sofortige Durchführung von Maßnahmen“ beschlossen. Die Grundsätze des Juliabkommens 1936 und der Maiverfassung 1934 seien „nicht berührt“. Es handle sich also um „keine sensationellen Veränderungen“, sondern um „aus dem Geiste der Versöhnlichkeit“ erwachsene Beschlüsse, beschönigte Adam. Ein wenig deutlicher als einige Tage zuvor wurde die „Neue Freie Presse“ mit der Ankündigung – um „1 Uhr nachts“ – der bereits erfolgten „Umbildung der Regierung“. Um die bei der Durchführung des Juliabkommens „aufgetretenen Schwierigkeiten zu bereinigen“, hätten „beide (!) Teile“ die „sofortige Durchführung von Maßnahmen“ beschlossen.<sup>205</sup>

Nur 15 Minuten benötigte die neu ernannte Regierung in ihrer ersten Ministerratssitzung am 16. Februar 1938 zum Beschluss der Amnestie für alle politischen Straftaten vor dem 15. Februar 1938. Schuschnigg stellte den Text eines Kommuniqués zur Diskussion, das in Hinblick auf die von der Auslandspresse verbreiteten „unwahren und tendenziösen Nachrichten“ durch „Extraausgaben“ mit der Liste der neu gebildeten Bundesregierung verlautbart werden sollte. Guido Schmidt, der neue Außenminister, pochte auf einen zusätzlichen Passus, der die Garantie der Nichteinmischung

---

<sup>204</sup> AdR/VF 514/268/2407/95-101 – Rundfunkvortrag „Gegen die Gerüchtemacher“ vom 7. Februar 1938 in der Sendung „Die VF berichtet“ von Dr. Fritz Bock

<sup>205</sup> „Neue Freie Presse“, 16. Februar 1938, Morgenblatt, 1

beinhalten sollte, da sonst das Kommuniqué von der „österreichischen Bevölkerung nicht verstanden“ würde. Jedermann in Österreich werde sich fragen, worin die „Gegenleistungen des Deutschen Reiches“ bestünden. Seyss-Inquart, dem neuen Sicherheitsminister, erschien die „Zweckmäßigkeit“ einer Formulierung in dieser Richtung „zweifelhaft“. Auch Schuschnigg befürchtete „Schwierigkeiten hinsichtlich der Formulierung“ und drängte auf eine schnelle Veröffentlichung. Zernatto schlug vor, die deutsche Seite solle zumindest ihre Maßnahmen in einem eigenen Kommuniqué veröffentlichen. Der Text wurde schließlich aber ohne Änderungen abgesehen. Als Resümee wurde darin festgehalten, die Bundesregierung habe diese „vom Geiste der Versöhnlichkeit getragene Maßnahme“ getroffen, um allen bisher „abseits gestandenen Staatsbürgern“ den Weg zur Mitarbeit „am Aufbau des Vaterlandes“ freizumachen.<sup>206</sup>

Der Ablauf der Ereignisse am Obersalzberg und die Rolle der österreichischen Delegation blieben nach wie vor unbekannt, man erwähnte lakonisch nur den abendlichen Ministerrat und die nächtlichen „intensiven Besprechungen“. Pariser Blätter, wie „*Le Figaro*“ oder „*Le Temps*“ wurden zitiert, die „Mut, Festigkeit und Verantwortungsgefühl“ Schuschniggs, der „noch niemals um Haaresbreite“ von der Dollfuss-Linie abgewichen sei, lobten. Laut dem Wiener „*Times*“-Korrespondenten glaube man in London nur an eine „interimistische Lösung“ und sei über die „passive Haltung Italiens“ erstaunt. Der scheidende Botschafter und Initiator von Berchtesgaden, von Papen, erging sich in diplomatischen Floskeln, als er meinte, die Besprechung auf dem Obersalzberg sei „ein weiterer Markstein in der Geschichte der deutschen Frage“ gewesen, deren „Grundton“ von dieser „geschichtlichen Verantwortung“ gegenüber der „deutschen Schicksalsfrage“ geprägt war.<sup>207</sup>

Tatsächlich war die westliche Welt über die wahren Hintergründe genauestens informiert. Im Dezember 1948 veröffentlichte das US-State Department diplomatische Geheimberichte des US-Generalkonsuls in Wien, John Wiley, und des Pariser US-Botschafters, William C. Bullitt, an den „Secretary of State“ in Washington über die Lage Österreichs Mitte Februar 1938. Darin wurde erwähnt, dass Hitler in Berchtesgaden „unakzeptierbare Forderungen“ gestellt hatte und auf Kosten Österreichs einen „außenpolitischen Triumph“ suche. Schuschnigg hätte Wiley gegenüber den Besuch auf dem Obersalzberg als „den schrecklichsten Tag meines Lebens“ bezeichnet. Hitler sei ein „Verrückter“ und davon überzeugt, die Annexion Österreichs sei weniger riskant als die „Remilitarisierung des Rheinlandes“. Bullitt berichtete, Schuschnigg würde im Falle einer erwarteten „deutschen Mobilisierung an der österreichischen Grenze“ zurücktreten müssen.<sup>208</sup>

In einer Presseaussendung drei Tage danach wurde die Kabinettsumbildung den Medien als „Betonung des vaterländischen Elements“ in der Regierung

---

<sup>206</sup> AdR/BKA/Protokoll über die 1068. Ministerratssitzung vom 16. Februar 1938/Karton 274/1068/1-4, Beilage

<sup>207</sup> „Neue Freie Presse“, 16. Februar 1938, Morgenblatt, 2

<sup>208</sup> „New York Times“, 12. Dezember 1948, 66 – zitiert in: Schuschnigg, Kampf, 264f., 453

verkauft. Die VF sei nun „bedeutend stärker vertreten“ als bisher: Der Frontführer sei Regierungschef, der Führer der Frontmiliz, Ludwig Hülgerth, Vizekanzler, der bisherige Generalsekretär Zernatto nun ebenso Minister wie Julius Raab, seit 1934 Präsident des Gewerbebundes, wie Hans Rott, der Bundesleiter der Sozialen Arbeitsgemeinschaft und Bundesfachleiter der Dienststellenorganisation für Post- und Telegraph – ein „alter Gelber“, wie ihn die „AZ“ verächtlich bezeichnete.<sup>209</sup> Polizeipräsident und VF-Bundesfachleiter Michael Skubl sei nun Staatssekretär für das Sicherheitswesen. Seyss-Inquart und Guido Schmidt würden „das persönliche Vertrauen“ Schuschniggs genießen, es liege daher „kein Grund für Misstrauen“ vor. Der Kurs dieses „Kabinetts der Konzentration“ sei durch die Verfassung, Dollfuss' Vermächtnis und den 11. Juli 1936 „klar vorgezeichnet“, für dessen Einhaltung bürge „die Person unseres Bundeskanzlers und Frontführers“.<sup>210</sup> Mit der Ernennung des ehemaligen sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionärs Adolf Watzek zum Staatssekretär für Arbeiter- und Angestelltenschutz setzte Schuschnigg ein Signal in Richtung sozialdemokratischer Arbeiterschaft.<sup>211</sup>

In seiner Eigenschaft als Staatssekretär für das Sicherheitswesen setzte Skubl die Verwaltungsamnestie, die auch für Ex-Sozialdemokraten und Ex-Kommunisten galt, eilfertig um – unter anderem die Entlassung sämtlicher im Anhaltelager Wöllersdorf inhaftierten politischen Straf- und Anhaltelhäftlinge. Die Häftlinge sollten in kleineren Gruppen „zu verschiedenen Tagesstunden“ entlassen werden, um „eventuellen Demonstrationen, festlichen Empfängen und ähnlichem“ vorzubeugen. Mit der Bahn abreisende Häftlinge sollten während der Fahrt überwacht und die zuständigen Sicherheitsdienststellen an deren Wohnort avisiert werden.<sup>212</sup> Die NS-Propaganda gestaltete die Demontage von Wöllersdorf, des Symbols „österreichischer Willkürherrschaft“, wirkungsvoll mit einer „feierlichen“ nächtlichen Niederbrennung und gedachte der – großteils dem „Schutzbund“ oder der Sozialdemokratie angehörenden – „Opfer“.<sup>213</sup> Unter den Enthalteten befanden sich auch Juliputschisten und das „Siebener-Komitee“-Mitglied Leopold Tavs.<sup>214</sup>

#### **4.4. „ ... schweres Leid zugefügt“. Hitlers Reichstagsrede und die Folgen.**

Am Tag vor der Reichstagsrede Hitlers wurden den VF-Landesführern telefonisch Verhaltensregeln für die kommenden Tage nahe gelegt. Diese Information war mit dem neuen Innenminister Seyss-Inquart abgestimmt und

---

<sup>209</sup> „Arbeiter-Zeitung“, 1. März 1938, 4

<sup>210</sup> AdR/VF 514/344/3102/78-79 – „Konzentration der Vaterländischen Kräfte“, Pressestelle der VF, Ausgabe für die Wochenblätter, 19. Februar 1938

<sup>211</sup> Hopfgartner, 205

<sup>212</sup> AdR/VF 514/50/435/96-98 – Verwaltungsamnestie Februar 1938, BKA, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, 16. Februar 1938

<sup>213</sup> „Wöllersdorf in Flammen“, „Ostmark“-Wochenschau 15B/1938, 8. April 1938 – in: Achenbach, Michael/ Miloslavica, Hrvoje (Red.): 1938 – Kommentierte Filmdokumente zum Anschlussjahr, Filmarchiv Austria, Wien 2008

<sup>214</sup> „Wiener Zeitung“, 19. Februar 1938



ging auch der Exekutive zu. Darin empfahl man „für Sonntag“, den Tag der Rede, „ruhige Nerven zu bewahren“, die zu erwartenden „Freudenkundgebungen und Demonstrationsversuche“ nicht zu überschätzen und keine Gegenkundgebungen und -Demonstrationen abzuhalten. Öffentliche Radioübertragungen aus Deutschland seien „nicht zu beanstanden“, nur jene von „Parteiveranstaltungen“, die vom österreichischen Rundfunk nicht übertragen würden, seien unzulässig. Die Amtswalter sollten in der Öffentlichkeit daran erinnern, dass die „Hauptführer der Nationalen Opposition und der Illegalen“, Leopold und Tavs, Österreich bereits verlassen mussten. Es wurde jede „Beleidigung des Deutschen Reiches“ untersagt, aber das Tragen der NSDAP-Abzeichen und von Uniformen, der Gruß „Heil Hitler“, das Singen der deutschen Nationalhymnen, das Hissen von reichdeutschen Fahnen und Flaggen war verboten. Nur in Gaststätten, wo (deutsche) „Ausländer wohnen oder sitzen“, wurde „großzügigerweise“ eine Ausnahme gemacht.<sup>215</sup>

In seiner Rede vom 20. Februar ließ der Reichskanzler dann endgültig seine Maske fallen. „Zwei an unseren Grenzen liegende Staaten“ mit 10 Millionen Deutschen seien durch „die Friedensverträge an einer Vereinigung mit dem Deutschen Reich behindert worden“. Für eine Weltmacht sei es „unerträglich ... Volksgenossen zu wissen ... denen aus Sympathie mit dem Gesamtvolk ... schweres Leid zugefügt“ würde. Dieser Appell an das Selbstbestimmungsrecht der Völker bedeutete eine „unverhohlene Drohung“ Österreich und der Tschechoslowakei gegenüber.<sup>216</sup>

„Wir erleben Weltgeschichte“. Mit diesem Satz leitete die „Neue Freie Presse“ tags darauf ihren Bericht über Hitlers „programmatische Rede“ ein. Das „unheilvolle Werk der Friedensschlüsse“, das „furchtbare Unrecht von Versailles, dieses Diktat“ trage nun seine Früchte. Wichtigster Passus aus österreichischer Sicht seien die „Darlegungen“ über die Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen und deren „Behandlung als Minorität“ gewesen. Der Führer sei glücklich, mit Österreich eine „Verständigung“, eine „Ergänzung des Abkommens vom 11. Juli“, erreicht zu haben, und dass mit Schuschnigg Konsens darüber bestehe, dass „dem nach seiner Auffassung und Weltanschauung nationalsozialistisch denkenden Teil des österreichischen Volkes“ die gleichen Rechte wie den anderen Staatsbürgern gegeben werden. Dafür drücke er „Bundeskanzler Dr. von Schuschnigg“ (sic !) seinen „aufrichtigen Dank“ aus. Hitler habe zur Welt „in sehr ernster Weise gesprochen“, resümierte die „NFP“. Die dreistündige Rede sei wohl als ein „Bekenntnis zur reichsdeutschen Macht“, aber auch als „Wunsch nach Frieden“ zu verstehen.<sup>217</sup> Die ungarische Presse zeigte sich hinsichtlich Hitlers „Bezugnahme“ auf das Juliabkommen und „die ganze Art, in der er von

---

<sup>215</sup> AdR/VF 514/59/646/20-21 – VF, Amt des Frontführers, Telefonische Information für die Herren Landesführer, 19. Februar 1938

<sup>216</sup> „Das Jahr 1938 – Einführungsfilm“ – in: Achenbach, Michael/ Miloslavice, Hrvoje (Red.): 1938 – Kommentierte Filmdokumente zum Anschlussjahr, Filmarchiv Austria, Wien 2008

<sup>217</sup> „Neue Freie Presse“, 21. Februar 1938, Morgenausgabe, 1-2

Österreich sprach“, beruhigt.<sup>218</sup>

Am nächsten Tag waren Hitlers massive Drohungen im österreichischen Ministerrat um 16 Uhr am Nachmittag kein Thema. Schuschnigg wies nur auf die dort bestehende „absolute Verschwiegenheitspflicht“ hin. Neben einem einstimmig beschlossenen, mit drei Millionen Schilling budgetierten „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ war der letzte Punkt der Tagesordnung „Anordnungen auf dem Gebiete des Pressewesens“ der wichtigste. Seyss-Inquart stellte den Antrag auf eine Gesetzesänderung: inländische Presseartikel, deren Inhalt „die zwischenstaatlichen Beziehungen Österreichs zu einem anderen Staat“ gefährden, würden von ausländischen Medien aufgegriffen und so zu einer „Verschärfung politischer Situationen“ beitragen. Die in Österreich geltenden pressegesetzlichen Vorschriften ermöglichten kein „Einschreiten“ gegen Zeitungen oder Autoren, und dieser Mangel sei „untragbar“. Daher beantrage er die Einfügung des Passus vom „inneren Frieden“. Da sich Ministerkollege Glaise-Horstenau dagegen aussprach, wurde mit diesem Gesetz nur das Berufungsrecht abgeschafft.<sup>219</sup>

In den Bundesländern verschärfte sich das lokale politische Klima zusehends. Ein Schreiben der steirischen VF-Bezirksorganisation Schladming an das Amt des Frontführers nach Wien gab nicht nur einen beklemmenden Situationsbericht der Unruhen in der Obersteiermark nach Hitlers Erklärungen vom 20. Februar. Er stellte auch einen – aufgrund einiger orthographischer „Gustostücke“ aus der Feder eines „Amtswalters“ – zum Teil grotesk anmutenden, aber inbrünstigen und unbeholfenen Hilferuf dar. Ein aus der Haft entlassender Führer der „hiesigen *Dollfus-Mörder*, also der *Natzies*“ (sic !), hätte einen „*Fakelzug*“ organisiert. Augenzeugen hätten berichtet, welche Anmaßungen und „*Provezeiungen da fillen* von Seiten der radikalen *Natzies*“. „Heil Schuschnigg“-Rufe wären dagegen „*verschwindent*“ gewesen. Die „alten VF-Kämpfer“ und die katholische Arbeiterschaft seien „*wüdent*“. Der Verfasser, der als Aufsichtsrats-Obmann der Landgenossenschaft die Entlassung von Illegalen gefordert hatte, sei nun „*plamiert*“, nun würde man als „*Trottel proklamirt*“.<sup>220</sup>

Am 26. Februar, nach der erzwungenen Regierungsumbildung, versprach der Kanzler den Vertretern des „volkspolitische Referates“ neuerlich seine Unterstützung, eine „neue Plattform der Zusammenarbeit“. Zernattos ortete als Ursache für das „Unverständnis“ in VF-Kreisen für die Schuschnigg'sche Politik bereits tiefe „Depression“ bei den VF-Amtswaltern nach der Übernahme des Innenministeriums durch Seyss-Inquart. Dieser titulierte die ihm unterstellten Beamten bzw. Exekutive bereits als „deutsche Männer“. Der Kurzzeit-Innenminister untersagte rund 3.000 VF- Informationsversammlungen über das Berchtesgadener Abkommen, befürwortete aber NS-Kundgebungen im

<sup>218</sup> AdR/AVA/Inneres 116/263 – „Politische Korrespondenz“, 21. Februar 1938, 15

<sup>219</sup> AdR/BKA/Protokoll über die 1069. Ministerratssitzung vom 21. Februar 1938/Karton 274/1069/4,6,7, Beilage

<sup>220</sup> AdR/VF 514/59/636/54 – Situationsbericht VF Land Steiermark, Schladming, 22. Februar 1938

ganzen Bundesgebiet.<sup>221</sup>

Skurril mutet ein Erlass des Ressorts Seyss-Inquart einen Tag nach den Hitler-Drohgebärden an. Die in Berchtesgaden getroffenen Vereinbarungen würden „Maßnahmen zur Zusammenfassung aller aufbauwilligen Kräfte in Österreich“ erfordern. Um deren „ruhige Durchführung“ zu sichern, werde ab 22. Februar ein vierwöchiges Versammlungsverbot verfügt. Nur Veranstaltungen der VF seien davon ausgenommen. Worin diese Maßnahmen bestünden, und warum zu deren Umsetzung ein Versammlungsverbot nötig sei, erwähnte der Absender – der Büroleiter im Amt des Frontführers, Albert Hantschk – nicht.<sup>222</sup> Ausgenommen von diesem Versammlungsverbot war der vom „Bund der Reichsdeutschen“ für 13. März 1938 (!) geplante reichsdeutsche „Heldengedenktag“. An diesem Tag war „reichsdeutschen Staatsangehörigen“, nicht aber „österreichischen Bundesbürgern“, die Hissung der Hakenkreuzflagge gestattet. Die VF-Bezirksgruppenführer wurden von ihren Landesführungen unterrichtet, dass die Feiern „auf Ansuchen“ der volkspolitischen Referenten stattfänden. Sie hätten in „geschlossenen Räumen“ stattzufinden und seien „streng unpolitisch“ zu halten. Hakenkreuzbinden, Parteiuniformen seien verboten, Hakenkreuzfahnen dagegen nicht, wenn daneben „in gleicher Größe und Aufmachung“ die Staats- und Landesflagge postiert würden. „Deutschland“- und „Horst-Wessel-Lied“ waren untersagt, nur „Ich hatt' einen Kameraden“ durfte gesungen werden. Auf Kränzen an Kriegerdenkmälern waren Hakenkreuzschleifen nur zulässig, wenn darauf auch Schleifen mit österreichischen Staatsfarben angebracht waren.<sup>223</sup> Angesichts der sich überstürzenden Ereignisse in diesen Tagen waren diese hilflos wirkenden „vaterländischen“ Maßnahmen und die „ausgeklügelte Kasuistik“<sup>224</sup> der österreichischen Behörden gegenüber den Nazis von nur mehr marginaler Bedeutung. Die Heldenehrung wurde mit zweiwöchiger Verspätung als groß angelegte Kundgebung der SA nachgeholt.<sup>225</sup>

Als VF-Bundeskommissar für Personalangelegenheiten richtete Hantschk kurz darauf auch an alle Zentralstellen der öffentlichen Verwaltung ein Rundschreiben. Eine politische Betätigung der öffentlich Bediensteten sei während der Amtszeit und in den Amtsräumen verboten, für das Tragen der VF-Abzeichen gelten jedoch „die bezüglichen Weisungen“, auf die auch in der Folge immer wieder erinnert wurde.<sup>226</sup> Es seien alle Maßnahmen „zur Aufrechterhaltung der kompromisslos vaterländischen Disziplin“ der Beamten

---

<sup>221</sup> Bärnthaler, 158

<sup>222</sup> AdR/VF 514/159/1460/1-2 bzw. AdR/VF 514/162/1491/3 – „Generelles Versammlungsverbot 1938“, Schreiben Amt des Frontführers an Landesführungen, 22. Februar 1938

<sup>223</sup> AdR/VF 514/161/1485/69-71 – Erlass BKA/Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit 5. März 1938; nö. VF-Landesführung an VF-Bezirks- und Ortsgruppenführer 9. März 1938

<sup>224</sup> Reichhold, Kampf um Österreich, 334

<sup>225</sup> „Wien: Heldenehrung“, „Ostmark“-Wochenschau 13/1938, 25. März 1938 – in: Achenbach, Michael/ Miloslavica, Hrvoje (Red.): 1938 – Kommentierte Filmdokumente zum Anschlussjahr, Filmarchiv Austria, Wien 2008

<sup>226</sup> AdR/VF 514/159/1461/26 – nö. VF-Landesführung an Bezirksführung, 3. März 1938

zu treffen – nämlich die „nachgeordneten“ Dienststellen „aufzuklären“. <sup>227</sup>

Mit mancher pressepolitischen Maßnahme aus dem Umkreis des neuen Polizeiministers Seyss-Inquart war der Kanzler direkt konfrontiert. Karl Krezmar, der Chefredakteur des oberösterreichischen „Tagblatt“, beschwerte sich bei Schuschnigg persönlich über die Beschlagnahme seines Blattes am 21. Februar 1938. An diesem Tag hatte die regimetreue Zeitung in ihrem Leitartikel gemeint, der „Führer der legalen österreichischen Nazis“ könne nicht Hitler, sondern nur Frontführer Schuschnigg sein. Keine politische Gruppierung in Österreich, die einen „anderen Führer als Schuschnigg“ kenne, könne „legale Politik betreiben“. Obwohl die Staatsanwaltschaft Linz die von Landesstatthalter Wenninger betriebene Beschlagnahme abgelehnt hatte, sei diese durch die oberösterreichische Sicherheitsdirektion „diktatorisch“ erfolgt, was einen „Amtsmissbrauch“ darstelle. Krezmar wies auf lange schwelende Konflikte zwischen Alfred Maleta, dem Führer der oberösterreichischen Arbeiterschaft, und Wenninger hin. Wenninger hatte dem „Tagblatt“ „Volksfrontpolitik“ vorgeworfen. Die Linzer Arbeiterschaft sehe es als „eigenartig“ an, wenn ihr Bekenntnis zu Österreich als „Volksfronthetze“ interpretiert werde. Die Tatsache, dass am Tag der Beschlagnahme demonstrierende Nationalsozialisten vor der „Tagblatt“-Druckerei triumphiert hätten, „lasse sehr klare Schlüsse“ zu. Die „gesamte oberösterreichische Arbeiterschaft“ erwarte, dass der Angriff „auf ihre Ehre“ von höchster Stelle abgewehrt werde. <sup>228</sup>

Auch in der wirtschaftspolitischen Abteilung im Amt des Frontführers sah man dringenden Handlungsbedarf. Ihr Leiter, Bundeskommissär Felix Feest, riet zur einer „Verschärfung der Kontrolle des zwischenstaatlichen Waren- und Kapitalverkehrs“ als wirksame Gegenmaßnahme gegen die wirtschaftliche Durchdringung „durch direkte Einflussnahme auf die Leitung österreichischer Betriebe“. Mit Bezug auf die Berchtesgadener Vereinbarungen sollte vom Deutschen Reich der Abbau des „Wirtschaftlichen Informationsdienstes“, der über illegale Netzwerke gelaufen war, verlangt werden. Auch „jede parteipolitische Diskriminierung auf wirtschaftlichem Gebiet“ habe aufzuhören. Diesen Forderungen müsste „deutscherseits“ im Sinne des Abkommens vom 12. Februar „unbedingt Rechnung getragen werden“. <sup>229</sup>

---

<sup>227</sup> AdR/VF 514/59/646/28-29 bzw. AdR/VF 514/17/142/7-8 oder AdR/VF 514/159/1461/2-3 – „Verhalten der öffentlich Bediensteten“, Schreiben Amt des Frontführers an Bundesfachleitungen, 24. Februar 1938

<sup>228</sup> AdR/VF 514/90/918/92-93 – Schreiben Karl Krezmar an Bundeskanzler Schuschnigg, 23. Februar 1938

<sup>229</sup> AdR/VF 514/59/636/48 – Einsichtsvermerk der Wirtschaftspolitischen Abteilung, Zur Zahl 87.669-I/1/37, 4. März 1938

## 5. „Mit Schuschnigg für eine freies Österreich!“ Das Verzweiflungsprojekt „Volksbefragung“.

### 5.1. „Bis in den Tod – Rot-weiß-rot!“ Schuschniggs Kampfansage.

Bereits eine Woche vor Schuschniggs Rede herrschte in VF-Kreisen nervöse Spannung. Am Tage der Rede des Bundeskanzlers vor dem Bundestag wurden jene Vorschriften vor Hitlers Reichstagsrede durch neue „Weisungen“ wesentlich abgeschwächt. Büroleiter Albert Hantschk gab nun bekannt, das „Tragen von Abzeichen, Uniformen und Hakenkreuzfahnen“ sei zwar weiterhin verboten, der Gruß „Heil Hitler!“ aber „stillschweigend zuzulassen“, sofern er nicht „demonstrativ“ – in öffentlichen Lokalen und Plätzen, vor Behörden, VF-Amtswaltern und -Mitgliedern – gebraucht werde. Auch „Sieg Heil!“ sei „zu tolerieren“, und das Bekenntnis zum Ideengut der NSDAP sei nicht strafbar. Gegen nationalsozialistische Demonstranten sei zunächst mit „Abmahnungen und Verwarnungen“ vorzugehen.<sup>230</sup>

Wie sehr diese oft von beiden Seiten parallel bekannt gegebenen Vorschriften einander widersprachen, zeigte eine diesbezügliche Anordnung aus dem Innenministerium. Seyss-Inquart präzierte, der „stumme deutsche Gruß“ sei durch „Erheben der ausgestreckten rechten Hand“ gestattet, das „Deutschland-Lied“ zugelassen, wenn zuvor die 1. Strophe der Bundeshymne „ungestört abgesungen“ werden konnte. Das „Horst-Wessel-Lied“ sei aber weiterhin verboten. Damit ging der Innenminister noch konform mit den VF-Anweisungen. Den Unterschied machten die divergierenden Auffassungen bezüglich des Hissens von „Hakenkreuz-Fahnen“ aus. Bei „besonderen Anlässen“ – etwa einem Staatsbesuch aus dem Deutschen Reich – könne der „Sicherheitsdirektor“ neben den „österreichischen Bundesfarben“ auch Hakenkreuzfahnen zulassen. Inwieweit das Hakenkreuz als „Symbol nationalsozialistischer Weltanschauung“ eingesetzt werden dürfe, entscheide das „Bundeskanzleramt bzw. die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit“ – also Innenminister Seyss-Inquart. Der Verkauf von Hitler-Bildern sei gestattet.<sup>231</sup> Einen Tag später wurde der Inhalt dieser Ministerweisungen fast wortident vom Frontführer-Büro den VF-Bundesfachleitungen und Bundesleitungen der VF-Werke übermittelt.<sup>232</sup>

Das Amt des Frontführers kündigte am selben Tag auch Schuschniggs Rede als eine „von der ganzen Welt mit Spannung erwartete“ an. Der Kanzler werde die „Grundsätze österreichischer Politik“ darlegen. An vielen Plätzen, in Hörstuben und Gaststätten, in den Theatern und Kinos gäbe es Gelegenheit, der Rede des „Frontführers“ ab 19 Uhr zu lauschen. Der heutige Tag solle

<sup>230</sup> AdR/VF 514/40/317/1-2 – „Nationalsozialistische Bewegung; Weisungen“, Schreiben Amt des Frontführers an Bundesfachleitungen und Bundesleitungen der VF-Werke, 24. Februar 1938

<sup>231</sup> AdR/VF 514/163/1498/72 – Präsidialakt Nr. 15.899-DGr.I/1/38 Seyss-Inquart 1. März 1938

<sup>232</sup> AdR/VF 514/40/318/1 – „Nationalsozialistische Bewegung; Weisungen“, VF, Amt des Frontführers, 2. März 1938

Kundgebungs-Charakter haben, appellierte die VF, die „Österreicher und Österreicherinnen“ sollten an diesen Plätzen dieses Gemeinschaftsempfanges „durch tadellos funktionierende Lautsprecheranlagen ... zusammenströmen“ und in Verbundenheit „eine Schicksalsstunde erleben“.<sup>233</sup>

Schuschniggs Rede im Sitzungssaal des alten Abgeordnetenhauses vor dem „Bundestag“<sup>234</sup> am 24. Februar 1938 war für viele Zeitgenossen die beste, die er je gehalten hatte – vielleicht, weil sie großteils aus dem Stegreif gehalten wurde. Der Kanzler hätte „mit hinreißender Beredsamkeit“ gesprochen, schon lange nicht hätte man „in diesem Haus“ eine Rede „von so vornehmer Schönheit und solcher Wucht“ gehört.<sup>235</sup> Die Delegierten erfüllten ihre Akklamationspflicht, die Rede wurde immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochen und gipfelte in dem Aufruf: „Darum Kameraden, bis in den Tod: rot-weiß-rot!“<sup>236</sup> Die 16 Seiten umfassende deutsche Ausgabe der „Politischen Korrespondenz“ der „Amtlichen Nachrichtenstelle“ konnte am Tag darauf noch einmal triumphieren: „Österreich muss Österreich bleiben!“ Eine französische („*L'Autriche doit rester l'Autriche!*“) und englische („*Austria must remain Austria!*“) Ausgabe der „*Correspondance Politique*“ folgten.<sup>237</sup> Zahlreiche ausländische Medienunternehmen erhielten eine Aufnahme der „Selenophon“ von der Rede mit der Flug-Frühpost am nächsten Tag geliefert, u. a. die „*Hearst Metrotone News*“ in New York, die französische „*France Actualités*“ und die Berliner „*Universum-Film AG*“.<sup>238</sup>

Eine spontane Grußadresse kam aus Tirol. Bei einer Sitzung des Landesgewerberates in Innsbruck wurde nicht nur die Ernennung von Gewerbebund-Präsident Julius Raab zum Handelsminister akklamiert, sondern in erster Linie das Bekenntnis „aller Tiroler Zunftmeister und Obmänner der Bezirksgewerbestellen“ zu Bundeskanzler Schuschnigg. Man danke ihm für sein „mannhaftes Eintreten“ für die Selbständigkeit Österreichs. Tirols Stände stünden „einig und geschlossen“ hinter dem Frontführer in seinem Kampfe „um das neue Österreich“.<sup>239</sup> Auch Arbeiter aus der Industrieregion Donawitz, einer nationalsozialistischen Hochburg, schworen bei einer Kundgebung in Leoben, „mit Kanzler Schuschnigg“ zu kämpfen.<sup>240</sup>

Unter dem Titel „Das Wort hatte ein Staatsmann.“ berichtete die „Neue Freie Presse“ auf ihren ersten vier Seiten über Schuschniggs Rede in vollem

---

<sup>233</sup> „Neue Freie Presse“, 24. Februar 1938, 5

<sup>234</sup> aus Vertretern der „vorberatenden Organe“ zusammengesetzt und wie diese ein „Scheinparlament“ – siehe: Lehner, Verfassungsentwicklung, 55

<sup>235</sup> Funder, 298

<sup>236</sup> Schuschniggs Rede ist in sämtlichen österreichischen Tageszeitungen vom 21. Februar wortgetreu wiedergegeben und ausführlich kommentiert.

<sup>237</sup> „Politische Korrespondenz“, Ausgabe B, 25. Februar 1938, „*Correspondance Politique*“, Edition C, 5. März 1938, Edition C 1. März 1938 – zitiert bei: Köhler, 250

<sup>238</sup> AdR/AVA/Inneres 116/262/38-39 – Telefonisches Korrespondenzbüro, Schreiben „Selenophon“ an Dr. Bock, 25. Februar

<sup>239</sup> AdR/VF 514/50/435/99 – Memo Ernst Fischer vom 21. Februar 1938

<sup>240</sup> Funder, 299

Wortlaut. Der Kanzler hätte aufgezeigt, „wie die Jahrhunderte das tragische Schicksal der Deutschen, den Bruderkampf“, entstehen ließen, dass die Vereinbarungen von Berchtesgaden eine „Ergänzung“ des Juliabkommens bilden und dem nationalsozialistisch gesinnten Bevölkerungsteil die Möglichkeit, sich „gleichberechtigt in der VF zu betätigen“, bieten würden. Schuschnigg sprach aber auch offen die „Spannungen über dem deutschen Raum“ an, die ein „von uns unverschuldeter, unerwünschter ... unerträglicher ... abnormer Zustand“ seien. Die „Befriedungsversuche“ ab 1937 seien gescheitert, erklärte der Kanzler, da „österreichische Interessenten ... durch unrichtige Informationen die zwischenstaatlichen Beziehungen“ gestört und vergiftet hätten, um sich dadurch die Möglichkeit „einer neuen illegalen Betätigung“ zu sichern. Der deutsche Friede müsse ein „ehrlicher“ sein, Österreich gehe „bis hierher und nicht weiter“. Der Tag von Berchtesgaden sei zu einem „Markstein des Friedens“ geworden. Und Österreich „stehe und falle“ mit seiner „deutschen Mission“, schon Kaiser Franz Joseph hätte sich als „deutscher Fürst“ bezeichnet.<sup>241</sup>

Die englische Morgenpresse des 25. Februar 1938 zitierte nicht nur die markantesten Stellen der Kanzlerrede, sie vermerkte auch anerkennend, dass „das österreichische Volk“ nun seinen Kanzler mehr verehere als vor dem 12. Februar. In Londoner politischen Kreisen würde man vor allem das „Maßvolle“ an Schuschniggs Rede, einer „glücklichen Kombination von Leidenschaft und Sachlichkeit“, schätzen.<sup>242</sup> Berliner Zeitungen kommentierten Schuschniggs Rede anhand eines vom „Deutschen Nachrichtenbüro“ DNB erstellten Textes. Daher fehlten in den Berichten auch die Passagen über Dollfuss' Opfertod und das vom Reichskanzler versprochene „Abrücken von jeder Illegalität“. Die meisten Berichte waren neutral übertitelt und blieben kommentarlos. Einige Worte über den von Schuschnigg angesprochenen „deutschen Frieden“ wären möglich gewesen, da der Redetext rechtzeitig zur Verfügung gestanden wäre. Aber, so mutmaßte die „NFP“, „gestern abend“ hätte die reichsdeutsche Presse noch nicht „über die Meinungsbildung der für sie zuständigen Instanzen“ verfügt. Die Budapester „*Pesti Naplo*“ sah die Kanzlerrede als „Bekenntnis zum Humanismus und zum Christentum“, „*Uj Magyarsag*“ sah jene, die die Kanzlerbegegnung als einen „Canossagang“ Schuschniggs und einen „erschreckenden Sieg der Gewalttätigkeit und des Zwanges“ interpretiert hatten, enttäuscht. Die Prager „*Lidove Noviny*“ sah die Kanzlerrede als „begeisterte, auf hohem kulturellen, geistigen und rhetorischen Niveau“ stehende „Manifestation für die Unabhängigkeit Österreichs“. <sup>243</sup>

Lob kam auch von der katholischen Kirche Österreichs. Erzbischof Theodor Kardinal Innitzer bezog sich in einem Aufruf in der „Reichspost“ auf die „wahrhaft befreienden Worte“ des Kanzlers, „auf den Herrgott, der unser Land nicht verlassen“ werde, zu vertrauen. „Wir Katholiken“ würden mit ganzer

---

<sup>241</sup> „Neue Freie Presse“, 25. Februar 1938, Morgenblatt, 1-4

<sup>242</sup> „Neue Freie Presse“, 25. Februar 1938, Abendblatt, 1

<sup>243</sup> „Neue Freie Presse“, 25. Februar 1938, Abendblatt, 2

Hingebung für unser geliebtes Vaterland, unser Volk und die „wahre christliche Kultur“ arbeiten. Um den Segen Gottes auf die Arbeit „unserer Führer herabzuflehen“, werde man in der kommenden Fastenzeit beten, dass „Gott das Werk des Friedens in Österreich“ vollenden möge.<sup>244</sup> Das „Wirtschaftsbarometer“ reagierte etwas sensibler als die Öffentlichkeit – es kam zu „Angstabhebungen“ bei Sparkassen und Banken, zu „Storni“ ausländischer Firmen, der „Posteinlauf“ stieg auf „Tausende“ Telegramme und Briefe.<sup>245</sup>

Die VF-Propagandisten waren über das Medienecho nicht zufrieden, obwohl die Rede im fast allen Zeitungen in vollem Wortlaut abgedruckt worden war. In einer umfangreichen internen Analyse wurde beispielsweise penibel festgehalten, welche Informationen die „Wiener Neuesten Nachrichten“ dem Leser verschwiegen hatten.<sup>246</sup> Dennoch schuf die in den Medien stark akklamierte Rede eine kurzfristige Aufbruchsstimmung. Die „Politische Korrespondenz“ konnte zufrieden resümieren, dass die Schuschnigg-Rede am Grazer Freiheitsplatz, auf dem Salzburger Dollfuss-Platz, in Hörstuben in den „größten Sälen“ von Eisenstadt von „Menschenmassen“ bejubelt wurde. Die Redepassagen, die „der Unabhängigkeit und Freiheit Österreichs“ und der „friedlichen Sendung des zweiten deutschen Staates“ galten, seien mit großer Begeisterung aufgenommen worden. In Wien wären „Hunderttausende“ trotz der Kälte „vom Schwarzenbergplatz und Rathausplatz zum Maria-Theresien-Denkmal“ gezogen. „O du mein Österreich“, dieser „echt österreichische Marsch“, wäre noch nie so „bedeutungsvoll“ erklingen.<sup>247</sup> Schon während der Nacht seien aus allen Berufsständen „spontan begeisterte Huldigungsdepeschen“ eingelangt. Eduard Ludwig versicherte dem Bundeskanzler im Namen der „Österreichischen Pressekammer“ weitere „positive unbeugsame Arbeit“. Gemeinsam mit Eduard Ludwig, Edmund Weber und Walter Adam gab Schuschnigg für die Chefredakteure sämtlicher österreichischen Tageszeitungen eine Pressekonferenz. Der Kanzler dankte der österreichischen Presse für die „verständnisvolle Mitarbeit“, Österreich wolle unter allen Umständen „den Konflikt überwinden“ und werde „deutsche Politik“ machen.<sup>248</sup>

Noch immer hatte sich der Kanzler eisern an den „deutschen Frieden“ geklammert, der nun allen Nationalsozialisten den „Weg zur Mitarbeit“ frei mache, sofern ihr Bekenntnis „im Einklang mit den Grundsätzen der Verfassung“ und den „Grundsätzen der VF“ stehe. Seine Aussagen standen aber im krassen Gegensatz zu dem Gesprächsklima am Berchtesgadener Berghof, in dem er systematisch gedemütigt worden und einem Trommelfeuer an Erpressungen Hitlers ausgesetzt war. Verfassung und VF-Grundsätze

---

<sup>244</sup> „Reichpost“, 26. Februar 1938, 1

<sup>245</sup> Schuschnigg, Requiem, 59

<sup>246</sup> AdR/VF 514/51/453/1-7 – „Was die ‚Wiener Neuesten Nachrichten‘ in ihrer Wiedergabe der Rede des Frontführers vom 24.II.d.J. nicht gebracht haben“, VF-interne Analyse 4. März 1938

<sup>247</sup> AdR/AVA/Inneres 116/263 – „Politische Korrespondenz“, 24. Februar 1938, 7-8

<sup>248</sup> AdR/AVA/Inneres 116/263 – „Politische Korrespondenz“, 25. Februar 1938, 1-2



standen schon lange nicht mehr zur Disposition.<sup>249</sup>

## 5.2. „... nicht als Freunde oder Bewunderer“. Die Position der österreichischen Arbeiterschaft.

Schuschnigg hatte sich lange Jahre der um Kontakt bemühten sozialdemokratischen Arbeiterschaft gegenüber verschlossen. Er hatte die „Sozialen Arbeitsgemeinschaften“ in der VF „verkümmern“ lassen und den um Annäherung bemühten Wiener Vizebürgermeister Ernst Karl Winter ausgeschaltet.<sup>250</sup> Der Kanzler und seine engere Umgebung hatten sich zunächst der „sinnlosen Illusion“ hingeeben, die Arbeiter würden sich ohne Zugeständnisse „schützend“ vor ihr System stellen.<sup>251</sup>

Der erste Versuch, die von Seyss-Inquart geduldeten NS-Umtriebe einzudämmen, war eine von den Vertrauensmännern der Einheitsgewerkschaft beschlossene Unterschriftenaktion in den Betrieben. Zu dieser hatte „Österreichischen Arbeiter-Zeitung“, ein Presseorgan der christlichen Arbeiterbewegung um Leopold Kunschak unter dem damaligen Chefredakteur Ludwig Reichhold, aufgerufen. Es waren angeblich „eine Million Unterschriften“ gesammelt worden.<sup>252</sup>

Nachdem in Hitlers Reichstagsrede die Phrase von der österreichischen Unabhängigkeit gefehlt hatte, waren „besorgte“ Arbeiter zu Beratungen mit Gewerkschaftspräsident Johann Staud zusammen gekommen. Schuschniggs Antwort vom 24. Februar wäre nur ein „großer Bluff-Versuch“ gewesen. Die Arbeiter wollten nicht einsehen, dass die Nazis sich offen zu ihrer „immer noch verbotenen Parteigesinnung“ bekennen durften, während „der Freiheitskampf“ der Arbeiter Polizeiverfolgungen ausgesetzt war. Erst am 3. März konnten sie Schuschnigg ihren Forderungskatalog – (1) politische Freiheit; (2) Selbstbestimmung und – Verwaltung ihrer Einrichtungen; (3) unabhängige Arbeiterpresse; die (4) „Gewährleistung eines sozialen Kurses“ – präsentieren,<sup>253</sup> als der Kanzler eine von Friedrich Hillegeist und Theodor Heinisch angeführte Arbeiterdelegation empfing. Man wäre „nicht als Freunde oder Bewunderer, sondern als politische Gegner“ gekommen, aber sei zum Kampf „für die Unabhängigkeit unseres Landes“ bereit, man „müsste Widerstand leisten“.<sup>254</sup> Schuschnigg gestand zu, die „sozialdemokratischen Arbeiter“ sollten als „positiv eingestellte Österreicher“ nicht schlechter

---

<sup>249</sup> Bärnthaler, 159

<sup>250</sup> Verosta, Stefan: Einführung – in: Schuschnigg, Requiem, 15

<sup>251</sup> „Pertinax“, Die letzten Tage – in: „Der Kampf“ Jg. 5/4, April 1938, 127-134, 130; Arbeiterkammer für Wien Dokumentation – Unter dem Pseudonym „Pertinax“ verfasste der österreichische sozialdemokratische Publizist Otto Leichter im April 1938 im Brüsseler Exil eine umfangreiche Analyse der Rolle der österreichischen Arbeiterschaft im Kampf gegen Hitler. (Siehe auch: [http://de.wikipedia.org/wiki/Otto\\_Leichter\\_-\\_19.06.2011](http://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Leichter_-_19.06.2011))

<sup>252</sup> „Österreichischen Arbeiter-Zeitung“, 26. Februar 1938 – in: Reichhold, Kampf um Österreich, 339

<sup>253</sup> „Pertinax“, Die letzten Tage, 129

<sup>254</sup> in: Andics, Hellmut: 50 Jahre unserer Republik – Dokumentation, hergestellt mit Unterstützung der österreichischen Bundesregierung zum 50jährigen Bestand der Republik Österreich, Wien 1968 – und: Friedrich Hillegeist: Mein Leben im Wandel der Zeit, Wien 1974, 71f.

behandelt werden „als die antiösterreichisch eingestellten“ Nationalsozialisten, sie müssten ein „Mindestmaß an Freiheiten und Rechten“ erhalten.<sup>255</sup>

Obwohl Polizeipräsident Michael Skubl selbst in diesen Tagen die Bekämpfung der „illegalen marxistischen Tätigkeit“ primäres Anliegen war, wurde die von den Sozialdemokraten geforderte Legalisierung vom Kanzler umgehend angeordnet.<sup>256</sup> Eine Annäherung an die Sozialdemokratie ließ auch der Wiener Landesführer und Bürgermeister Richard Schmitz erkennen, als er sich bei einem Appell der VF-Betriebsstellen-Organisation dagegen verwehrt, das „Bekenntnis der Arbeiterschaft zu Österreich“ als „Bolschewismus“ oder „Volksfront“ zu deuten. Seinem Statement, „bei uns“ wäre der „Kommunismus immer nur eine bedeutungslose Minderheit“ gewesen, löste „minutenlange Beifallsstürme“ aus.<sup>257</sup>

Bei der Vertrauensmänner-Konferenz aller Wiener Branchen im Floridsdorfer Arbeiterheim am 7. März sei die Auffassung, „den Schwarzen, die uns vor vier Jahren niedergeworfen haben, geschehe eigentlich recht, wenn sie jetzt drankommen“, sehr stark – auch von der „AZ“ – vertreten gewesen. Aber die Linie der „Bemühungen um ein Mindestmaßes an freier Betätigung und gewerkschaftlicher Mitbestimmung“ hätte sich durchgesetzt, man hätte gefühlt, „dass Schuschnigg allein zu schwach war“.<sup>258</sup> Diese Veranstaltung im geschichtsträchtigen Floridsdorfer Arbeiterheim wäre das „letzte Aufleuchten“ gewesen, bevor „die Nacht des Dritten Reiches über Österreich hereinbrach“. Zum ersten Mal seit Jahren sei wieder das „Lied der Arbeit“ gesungen, das Wort „Genosse“ freimütig ausgesprochen worden. Im Umfeld der durch die „Feigheit des Schuschnigg-Regimes“ geduldeten „Hakenkreuz-Seuche“ seien wieder die „Drei Pfeile“ aufgetaucht, der alte Parteigruß „Freundschaft!“ sei wieder zu hören gewesen.<sup>259</sup>

Dass sich eine breite Front quer durch das gesamte – auch offiziell illegale – politische Lager öffnete, zeigte sich auch dadurch, dass sowohl die „Österreichische Arbeiter-Zeitung“ in einer Sondernummer am 10. März einen Aufruf der christlichen Arbeiterbewegung veröffentlichte, und auch die „Revolutionären Sozialisten“ in der Nacht vom 10. auf 11. März einen Massenaufruf in Wien an die Arbeiter und Genossen, für Schuschnigg zu stimmen verbreiteten.<sup>260</sup> Man stehe vor der Entscheidung, entweder mit „Ja“ zu votieren oder dem Hitler-Faschismus zur Macht zu verhelfen. Der kommende Sonntag sei nicht der Tag, an dem mit dem österreichischen Faschismus abgerechnet werde – am diesem Tag „manifestieren wir unseren

---

<sup>255</sup> Hillegeist, Mein Leben, 71f. – zitiert bei: Reichhold, Kampf um Österreich, 342

<sup>256</sup> zitiert bei: Jochum, 221

<sup>257</sup> „Neues Wiener Tagblatt“, 8. März 1938, 4

<sup>258</sup> Hillegeist, Mein Leben, 71f. – zitiert bei: Reichhold, Kampf um Österreich, 342

<sup>259</sup> „Pertinax“, Die letzten Tage, 131

<sup>260</sup> Reichhold, Kampf um Österreich, 349

glühenden Hass gegen den Hitler-Faschismus“.<sup>261</sup> Die Kommunisten versuchten sogar, Arbeiter und Bürgerliche in einer „nationalösterreichischen“ Koalition zu vereinen.<sup>262</sup> Noch am 11. März hatte man sich bei den Verhandlungen mit Schuschnigg geeinigt, die „Soziale Arbeitsgemeinschaft“ SAG innerhalb der VF auch mit kommunistischen Delegierten zu besetzen.<sup>263</sup>

### **5.3. „Volksbefragung oder Volksabstimmung?“ Eine letzte Kraftprobe.**

In den ersten Märztagen reifte in Schuschnigg nach eigenen Angaben der Entschluss zu einer Volksbefragung. Dass der Kampf um die Unabhängigkeit Österreichs „mit ungleichen Waffen“ geführt werde, sei nach Schuschniggs Besuch am Obersalzberg am 12. Februar 1938 „endgültig klar“ geworden. Als die Verhandlungen mit der „nationalen Opposition“ im Sande verliefen, da jedes Verhandlungsergebnis binnen 24 Stunden widerrufen wurde, jedes Entgegenkommen „eine Lawine neuer unerfüllbarer Forderungen“ auslöste und Seyss-Inquart sich darauf beschränkte, „mit gekreuzten Armen zuzuschauen“, habe er, Schuschnigg, beschlossen, „das österreichische Volk zur freien Willensäußerung und zum Bekenntnis aufzurufen“.<sup>264</sup> Innenminister Seyss-Inquart hätte nach der Abberufung von Papens aus Wien am 26. Februar bereits resigniert, er sei mittlerweile gegen „die Dynamik der Partei“ machtlos.<sup>265</sup>

Als Wilhelm Keppler, seit Mitte 1937 Österreich-„Berater“ Hitlers, ultimativ die Ernennung Hans Fischböcks zum Finanzminister gefordert hatte, war dem Kanzler der Kragen geplatzt. In seiner Eröffnungsrede bei der Österreichischen Presseausstellung ließ der Kanzler von diesen Plänen noch nichts hören. Er vermerkte nur warnend, das „Nebeneinander und Vorrüberreden“ müsse aufhören. Ihres „nationalen Bekenntnisses“ wegen „alles Österreichische verschweigen zu müssen“, hätte bisher so „vergiftend“ gewirkt.<sup>266</sup> Mit dem Ergebnis eines Plebiszits wollte der Kanzler „Hitler und der Welt“ den Willen der Österreicher zu ihrer Unabhängigkeit demonstrieren und Hitler mit dessen „eigenen Waffen“ schlagen. Das autoritäre System flüchtete in dieser Zwangssituation zur „Quelle aller Demokratie“, dem „Volkswillen“.<sup>267</sup> Das „Doppelspiel“ der offiziellen deutschen Vertretung in Wien – Botschafter von Papen, Botschaftsrat von Stein und Keppler – zwischen „innerösterreichischer Angelegenheit“ des Nationalsozialismus und „Nichteinmischung“ sollte eine

---

<sup>261</sup> zitiert bei: Jochum, 223

<sup>262</sup> Klahr, Alfred, Zur nationalen Frage in Österreich, in: Weg und Ziel, März/April 1937 – zitiert bei : Haas, Der „Anschluss“, 29

<sup>263</sup> Schmidl, Erwin A., März 1938. Der deutsche Einmarsch in Österreich, Wien 1978, 92 – zitiert bei : Haas, Der „Anschluss“, 42

<sup>264</sup> Schuschnigg, Requiem, 61

<sup>265</sup> Schuschnigg, Kampf, 283

<sup>266</sup> „Neues Wiener Tagblatt“, 5. März 1938, 1

<sup>267</sup> Reichhold, Kampf um Österreich, 299

Ende haben.<sup>268</sup>

Nicht erst Hitler hatte auf dem Berghof Schuschnigg dazu provoziert. Die Idee einer Volksbefragung sei bereits in den Tagen nach dem Dollfuss-Attentat aufgetaucht. Die Werbeabteilung der VF hätte im Herbst 1934 den Kanzler und Zernatto „bestürmt“, diesen Plan aufzugreifen, um „dem neuen System eine Legitimation von unten“ zu geben. Schuschniggs damaliger Einwand war, es sei seit dem Februar 1934 noch zuwenig Zeit verstrichen, um die Sozialdemokratie dafür gewinnen zu können. Auch später blockierte er Vorbereitungsinitiativen, um die „Deutschen nicht zu reizen“.<sup>269</sup> Auch in einem internen VF-Strategiepapier vom Sommer 1937, das sich primär mit der geplanten bevorstehenden Mitgliedersperre und den Wahlvorbereitungen für den Berufsstand „Freie Berufe“ beschäftigte, wurde schon die „Voraussicht einer plötzlichen Volksabstimmung“ angedacht.<sup>270</sup> Einige VF-Landesführer hatten Schuschnigg dazu geraten, nun „dem Gerede“ von einer NS-Mehrheit in Österreich „ein Ende zu setzen“.<sup>271</sup>

In sozialdemokratischen Kreisen wurde das Projekt reserviert aufgenommen. Die „unbedachte und sinnlose“ Ankündigung der Volksabstimmung wäre mitten in das Wiedererwachen der „demokratischen Linken“ hinein „geplatzt“. Wenn der Kanzler einen Volksentscheid nach dem begonnenen „Gegenangriff gegen den nazistischen Vorstoß“ gewagt hätte, dann hätte er auch eine „formell einwandfreie Abstimmung“ durchführen können – und keine „Karikatur-Abstimmung nach rumänischem Muster“. Dies bedeute aber keine Zustimmung zum dem „heuchlerischen Scheinargument“ der NS-Propaganda, der Einmarsch wäre wegen mangelnder „formaldemokratischer Vorschriften“ erfolgt.<sup>272</sup>

Schon einen Tag nach dem ergebnislosen Gespräch mit Keppler hatte Schuschnigg Altkanzler Ender und die Landeshauptleute ins Vertrauen gezogen.<sup>273</sup> Am Tag vor der Innsbrucker Rede weihte der Kanzler auch Seyss-Inquart in seine Pläne ein, der ihm die „ehrenwörtliche Versicherung“ gab, bis zum nächsten Tag abends zu schweigen.<sup>274</sup> Die Marschroute für die Promotion der Befragung wurde in kleinem Kreis, dem auch Becker und Bock angehörten, am Sonntag, den 6. März 1938, von VF-Generalsekretär Guido Zernatto vorgegeben. Über das vorzeitige Bekanntwerden der Volksbefragung gab es zwei Versionen: (1) Schuschniggs Plan war den Nazis durch den Kurzeit-Sozialminister der Regierung Seyss-Inquart, Hugo Jury, zugespielt worden, der die Mitschrift eines Diktates von Zernattos Sekretärin, einer Illegalen, erhalten hatte; (2) der Bundeskanzler hatte sein Vorhaben

---

<sup>268</sup> Schuschnigg, Kampf, 297

<sup>269</sup> Sporrer/Steiner, Bock, 42

<sup>270</sup> AdR/VF 514/152/1412/2 – internes VF-Strategiepapier, ohne Bezeichnung, 2. August 1937

<sup>271</sup> Zernatto, Wahrheit, 266

<sup>272</sup> „Pertinax“, Die letzten Tage, 132-133

<sup>273</sup> Schuschnigg, Requiem, 112

<sup>274</sup> Schuschnigg, Kampf, 78; Schuschnigg, Requiem, 63

schon am 4. März seinen engsten Vertrauten mitgeteilt, der Verrat sei über einen Sitzungsteilnehmer, Ex-Handelsminister Fritz Stockinger, und den Generalsekretär des Gewerbebundes zum deutschen Militärattaché Wolfgang Muff gelangt.<sup>275</sup> Die undichte Stelle war demnach in Schuschniggs engstem Vertrautenkreis zu suchen, der „Maulwurf“ wurde von ihm selbst informiert. Zwei Tage später war der Plan in Berlin bekannt. Laut Minister Glaise-Horstenau, Augenzeuge in der Reichskanzlei, habe Hitler bei der Nachricht über das österreichische Plebiszit „gerast und geschrieen“, ob er nun „mit Bomben oder Flugzeugen“ Österreich überfallen solle. Er müsse einmarschieren, sonst könne die Abstimmung „für Österreich“ enden.<sup>276</sup>

Auch die rechtlichen Grundlagen zur Frage „Volksbefragung oder Volksabstimmung?“ waren noch zu klären. Im ursprünglichen Konzept war noch von einer Volksabstimmung die Rede. Eine solche war aufgrund Artikel 65 aber verfassungswidrig, da sie nur für den Fall eines Konflikts der Regierung mit Bundespräsident oder Gesetzgebung vorgesehen war.<sup>277</sup> Gemäß dem autoritären Charakter der Verfassung bestimmte der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik, daher durfte er auch eine Volksbefragung über diese Richtlinien abhalten, und dazu war kein Gesetz notwendig. In der Parole wäre ja „keine Änderung“, sondern nur eine „Bekräftigung“ der Verfassung enthalten, und dazu bedürfe es keines Ministerratsbeschlusses, argumentierte der Kanzler. Überdies weilte Glaise-Horstenau in diesen Tagen auf einer Vortragsreise in Deutschland, der Ministerrat wäre somit nicht vollzählig gewesen. Später gestand der Kanzler zu, dass das Kabinett deshalb nicht eingebunden wurde, um die „Geheimhaltung“ in der kurzen Vorbereitungsfrist sicherzustellen. Als Unsicherheitsfaktoren galten vor allem Glaise-Horstenau und Seyss-Inquart.<sup>278</sup>

Das Plebiszit stand sowohl verfassungsrechtlich wie auch punkto Durchführung auf einer nur schmalen gesetzlichen Basis. Trotzdem sicherte sich Schuschnigg gegenüber Innenminister Seyss noch am 10. März 1938 korrekt ab. Als Bundeskanzler habe er das Recht, die „Richtlinien seiner Politik“ auf dem Wege einer Volksbefragung zu überprüfen. Außerdem sei er „vom Herrn Reichskanzler selbst“ zur Abhaltung einer solchen ermuntert worden. Die ausgegebene Parole stehe mit dem Juliabkommen und der Berchtesgadener Vereinbarung völlig im Einklang.<sup>279</sup> Die mangelnde Legalität der Befragung stand VF-intern nicht zur Debatte, sie wurde von Fritz Bock u. Co. bewusst in Kauf genommen. Sie wäre „uns ‚Wurscht‘“ gewesen, Ziel war ein „möglichst hoher Prozentsatz Ja-Stimmen“, die Leute hätten es nicht ernst genommen, „ob dafür jetzt rasch ein Bundesgesetz gemacht wird“.<sup>280</sup> Vorschläge, wie in Gruppen zur Abstimmung zu gehen, Ämter und Betriebe zu einer offenen

---

<sup>275</sup> Reichhold, Liquidierung, 27

<sup>276</sup> Funder, 307

<sup>277</sup> Schuschnigg, Requiem, 112

<sup>278</sup> Schuschnigg, Requiem, 113-115; Schuschnigg, Kampf, 298-299

<sup>279</sup> Schuschnigg, Kampf, 304f.

<sup>280</sup> Sporrer/Steiner, Bock, 43

Stimmabgabe zu mobilisieren, wurden verworfen. Auch reguläre Wahlen mit Parteilisten wurden diskutiert, letztlich setzte Schuschnigg aus Zeitgründen die Volksbefragungs-Variante durch.<sup>281</sup> Bundespräsident Miklas wurde am 8. März, die Chefredakteure der Wiener Tages- und Wochenpresse in einer vertraulichen Pressekonferenz im VF-Haus Am Hof informiert. Am nächsten Tag, an dem der Kanzler abends in Innsbruck seinen Plan bekannt geben sollte, wurden auch Staatspolizei und der gesamte VF-Funktionärsapparat eingeweiht.

## **5.4. Die Volksbefragungs-Propaganda der „Vaterländischen Front“.**

### **5.4.1. Propaganda-Konzept**

Nach Schuschniggs „Bekennnis für Österreich“ <sup>282</sup> am 9. März 1938 für ein Plebiszit vier Tage später – für Sonntag, den 13. März – wurde die Bundeswerbeleitung mit der Ausarbeitung eines Konzepts für die „nur auf wenige Tage beschränkte Wahlwerbung“ beauftragt. Die Zeit, in der die Druckaufträge für Plakate, Flugzettel und sonstige Publikationen erteilt werden mussten, drängte. Die Propaganda war eine logistische Gewaltaktion. Bis 9. März waren die Werbemittel zu produzieren, danach wurde die gesamte Kapazität des Apparates zur Mobilisierung eingesetzt. Unmittelbar nach der Innsbrucker Rede Schuschniggs waren im ganzen Land Propagandakolonnen unterwegs, die in Wien von NS-Horden attackiert wurden, da der nötige Polizeischutz nicht erfolgt war.

In der blitzartigen Ankündigung und der extrem kurzen Vorbereitungszeit vom 9. bis 13. März sah man sich der deutschen Propaganda gegenüber im Vorteil, die so kurzfristig nicht reagieren konnte. Selbst der skeptische Generalsekretär Zernatto war überzeugt, dass auch die „zauberhafte nationalsozialistische Propaganda“ binnen drei Tagen zu „keiner entscheidenden Aktion“ imstande wäre.<sup>283</sup> Auch die Auslandsösterreicher wurden beworben, um zumindest „symbolisch“ brieflich oder mittels Telegramm an den Kanzler oder durch Solidaritätskundgebungen für Österreich zu votieren. Die VF-Pressestelle bedauerte, dass diese „aus völkerrechtlichen und technischen Gründen“ nicht abstimmen könnten.<sup>284</sup>

Der Werbedruck, dem Österreich in den wenigen Tagen ausgesetzt war und der mit allen Werbemedien ausgeübt wurde, war enorm. Zur Verbreitung der Parolen wurde ein breiter „Mediamix“ eingesetzt: Millionen von Flugzetteln wurden gestreut und aus Flugzeugen abgeworfen, Lautsprecherwagen fuhren durch die Stadt, Flugzeuge kreisten mit Leuchtreklamen über Wien,

---

<sup>281</sup> Reichhold, 27

<sup>282</sup> „Neues Wiener Tagblatt“, 10. März 1938

<sup>283</sup> Zernatto, Guido: Die Wahrheit über Österreich, New York-Toronto 1939, 265 – zitiert bei: Ackerl, 21

<sup>284</sup> „Kleines Volksblatt“, 11. März 1938, 12; „Neue Freie Presse“, 11. März 1938, 4

diverse Aufrufe wurden in den Tageszeitungen platziert. Die RAVAG sendete permanent Statements der führenden Repräsentanten des Staates.<sup>285</sup>

Dass Kampagne ihre Werbewirkung nicht verfehlt hatte, bewies die Tatsache, dass die abgesagte Befragung in einigen Orten im niederösterreichischen Waldviertel und in Tirol tatsächlich auch durchgeführt wurde, da in entlegenen Gebieten die Ereignisse vom 11. und 12. März und die Absage der Volksbefragung noch nicht bekannt geworden waren.<sup>286</sup> Im Osttiroler Innervillgraten hatten 95 Prozent für Schuschniggs Parole gestimmt. Ein Kuriosum war die Nordtiroler Berggemeinde Tarrenz bei Imst, wo am 13. März 100 Prozent für Österreichs Unabhängigkeit gestimmt hatten, am 10. April aber ebenso 100 Prozent für den „Anschluss“.<sup>287</sup>

### 5.4.2. Spekulationen über Wahlausgang

Bei Regierung wie auch den Werbeexperten der VF herrschte punkto des Wahlausgangs weitgehend Einigkeit. Beide erwarteten eine solide Mehrheit für die Unabhängigkeit Österreichs, der illegalen österreichischen NSDAP und ihren Parteigängern prognostizierte man nicht mehr als 25 bis 30 Prozent der Stimmen. Als Beweis für diese Annahme wurde 40 Jahre danach die Kundgebung am Heldenplatz vom 13. März angeführt, zu der aus Wien und Umgebung rund 200.000 Menschen gekommen waren – wäre die nationalsozialistische Minderheit in Österreich größer gewesen, hätten es mehr sein müssen. Aber die große Mehrheit der Österreicher hätte den „gewaltsamen militärischen Einmarsch“ mit „Bitterkeit, Furcht und Angst“ abgelehnt.<sup>288</sup> Allerdings gab es VF-intern andere Einschätzungen, die geheim gehalten wurden. Auf einem Handzettel in einem Propagandaentwurf wurde das NS-Potenzial bei „eigenen Leuten“ in den einzelnen Bundesländern weitaus bedeutender eingeschätzt: am höchsten in Steiermark (80-85%), Salzburg (70%), NÖ (60-65%) und OÖ (60%), am relativ geringsten in Kärnten (50%) und in Wien, Tirol und Vorarlberg (je 40%).<sup>289</sup> Eine Umfrage der „Reichspost“-Redaktion bestätigte diese Prognosen.<sup>290</sup>

Seyss-Inquarts Pressechef Fritz Flor, Herausgeber der „Alpenländischen Korrespondenz“, sah dagegen naturgemäß einen weit größeren NS-Anteil Nationalsozialisten. Das Berchtesgadener Abkommen hätte das „System der Fiktionen“ geschwächt und jene überrascht, die bisher von 20 bis 30 Prozent „gefaselt hätten“. In den Bundesländern betrage deren Zahl „einen sehr hohen Prozentsatz“, da die Masse der Arbeiter dem „völkischen

<sup>285</sup> Henz, Rudolf: Fügung und Widerstand, Graz-Wien 1963, 243 – zitiert bei: Ackerl, 20

<sup>286</sup> Mayerhofer, Rainer: Österreichs Weg zum Anschluss im März 1938, „Wiener Zeitung“, 25. Mai 1998

<sup>287</sup> Mitteilung von Altbürgermeister Johann Kuprian vom 8. Mai 1968 an Schuschnigg – zitiert in: Schuschnigg, Kampf, 313

<sup>288</sup> Bock, Fritz: Vierzig Jahre nachher – in: Czeike, Felix (Hrsg.): Wien 1938, Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte 2, Sonderreihe der Wiener Geschichtsblätter, Verein für Geschichte der Stadt Wien, Wien 1978, 11-14, 11

<sup>289</sup> AdR/VF 514/57/603/6 – „Nat. soz. Schätzung eigener Leute“, Anfang März 1938

<sup>290</sup> Funder, 307

Gedankengut“ anhängen. Fünf Jahre „Staat und Vaterländische Front“ hätten diese Entwicklung gehemmt. Trotzdem hätte sich die „gewaltige Umlagerung“ in der illegalen Übergangszeit „ohne jede schwerwiegende Störung, ohne jede Gewalttätigkeit“ von NS-Seite vollzogen. Eine genaue Quantifizierung der „Volksbewegung“ blieb Flor jedoch genauso schuldig wie eine Erklärung, was er unter „Gewalttätigkeit“ verstand.<sup>291</sup>

Die Nationalsozialisten hatten wenig Zeit für Gegenpropaganda. Reichsmarschall Hermann Göring berichtete in eine Rede in der Wiener Nordwestbahnhof-Halle von einem „ungeheuerlichen Wahlbetrug“, er verfüge über Unterlagen, dass „bereits 97 Prozent“ mit „Ja“ gestimmt hätten. Hitler verbreitete die Lüge, man habe Flugblätter beschlagnahmt, in den schon „acht Tage vorher“ Befragungsergebnisse publiziert wurden.<sup>292</sup> Schuschnigg selbst begegnete Manipulationsvorwürfen stets mit dem Argument, ein „unglaublicher 95%-Anteil“ von „Ja“-Stimmen würde nicht ernst genommen werden – aber mit über 60 Prozent der Stimmen sei seriöserweise zu rechnen. Eine „staats- und völkerrechtliche Farce“ wie die von Hitler am Berghof geforderte „Volksabstimmung“ käme jedenfalls nicht in Frage, betonte der Kanzler.<sup>293</sup>

### 5.4.3. Die Ankündigung in Innsbruck

Der Auftritt des Bundeskanzlers in seiner Tiroler Heimat, offiziell als „Amtswalterappell“ angekündigt, wurde zu einer mit Lokalkolorit und folkloristischen Elementen angereicherten Inszenierung.<sup>294</sup> Bei einer Veranstaltung der VF am Abend des 9. März kündigte der Kanzler am Balkon der Innsbrucker Hofburg die Durchführung eines Plebiszits an. Tirols Landeshauptmann und VF-Landesführer Josef Schumacher forderte die Innsbrucker in einem Aufruf auf, den „Bundeskanzler und Frontführer heute in seiner Heimat, in seinem Tiroler Land“ einen „nach echter Tiroler Art einen einfachen, schlichten, aber nichtsdestoweniger herzlichen Empfang“ zu bereiten.

Auf seiner Anreise nach Innsbruck wurde Schuschnigg in Linz und Salzburg am Bahnhof von den Landeshauptleuten Heinrich Gleissner und Franz Rehrl begrüßt, alle Bahnstationen waren mit Flaggen geschmückt. Um 17 Uhr traf der Kanzler auf dem Innsbrucker Hauptbahnhof ein, auf dem Südtiroler Platz waren Tiroler Schützenkompanien angetreten. Sein Weg zum Dollfuss-Platz vor der Hofburg führte durch die „flaggengeschmückten“ Innsbrucker Straßen, unter „begeisterten Zurufen“ an einer „unabsehbaren Menschenmenge“ vorbei. Die VF-Pressestelle kündigte im Vorfeld „grundlegende Erklärungen des Frontführers zur politischen Lage“ an. Die Rede wurde über Lautsprecher

<sup>291</sup> AdR/VF 514/68/754/33-35 – „Unklarheiten und Hemmungen“. Von besonderer Seite – „Alpenländische Korrespondenz“, 9. März 1938

<sup>292</sup> Funder, 307

<sup>293</sup> Schuschnigg, Requiem, 116; Schuschnigg, Kampf, 299f.

<sup>294</sup> AdR/AVA/Inneres 116/234 – Telefonisches Korrespondenzbüro, Amtliche Nachrichtenstelle Zweigstelle Innsbruck, Meldungen 4. Jänner bis 9. März 1938



übertragen und als „Schallplattenwiedergabe“ von der RAVAG um 21 Uhr gesendet. Die Losung der Tiroler laute: „Tirol bleibt treu!“ Und Schuschnigg begrüßte zu Beginn auch seine „Tirolerinnen und Tiroler!“ <sup>295</sup>

#### 5.4.4. Presseberichte

Die „Neue Freie Presse“ widmete am 10. März 1938 ihre ersten fünf Seiten ausschließlich dem Thema Volksbefragung. Auf der Titelseite war der „Aufruf des Bundeskanzlers“ platziert, darunter der Leitartikel „Der Innsbrucker Weckruf“. „Dr. v. Schuschnigg“ habe erklärt: „Wir wollen leben und nicht streiten“. „Vor Gott und der Welt“ würden die „Männer und Frauen unseres Staates“ ein „feierliches Bekenntnis“ ablegen. Eine „wahrhaft historisches Datum“ nahe. Der Kanzler habe gerufen, und am Sonntag werde Österreich „patriotisch und verantwortungsvoll“ sprechen.

Auf den Folgeseiten wurde, wie in anderen Blättern auch <sup>296</sup>, der genaue Redewortlaut von Innsbruck abgedruckt. Der Bundeskanzler wolle zwar keine „Programmrede“ halten, habe aber ein Arbeitsplatzprogramm für 30.000 Jugendliche und die „Lösung der Feiertagsfrage für Arbeiterschaft“ angekündigt. Das Jahr 1938 sei ein „Jahr der Arbeit“. Auf die Frage: „Was wollt Ihr nun? Arbeiten oder Politisieren?“ hätten „minutenlang andauernde, stürmische Beifalls- und Heil Schuschnigg!-Rufe“ gefolgt. Dann kam der „Frontführer“ zum Kern seiner Rede: er müsse jetzt wissen, ob „das Volk von Österreich“ einverstanden sei „mit dem Weg, den wir gehen“ – den er in der Folge mit dem Wortlaut der Volksabstimmungs-Parole definierte. Und darum rufe er „in dieser Stunde“ auf: „Am nächsten Sonntag, am 13. März d. J., machen wir Volksabstimmung“. Laut Presseberichten habe diese Ankündigung „stürmische, minutenlange jubelnde Zustimmung“ ausgelöst, die Musikkapelle spielte das „Andreas-Hofer-Lied“, das die Versammlungsteilnehmer „mit erhobenem Schwurfinger“ mitsangen.

Dass Schuschnigg seine Tiroler Heimat bzw. deren Hauptstadt Innsbruck zum Ort seiner Proklamation ausgewählt hatte, war ein kluges politisches Kalkül und kein Zufall. Er wisse, dass „gerade in Tirol der Begriff Freiheit“ einen ebenen hohen Stellenwert besitze wie der „selbstverständliche deutsche Charakter“. Und er appelliere an die „Einigkeit“, die „Parteizerklüftung für uns alle“ sei vorüber. Drohungen unter dem „Deckmantel des nationalen Gedankens“ seien nicht zu tolerieren, die „Gleichberechtigung“ müsse für alle gelten. An dieser Stelle ließ der Kanzler auch deutliche Avancen an die Sozialdemokratie aufblitzen. Eines gäbe es für ihn nicht: dass man „den früher parteigebundenen Sozialisten, wenn er sich ein nationales Gesinnungszeichen aufsteckt, als vollwertigen Gesinnungsgenossen“ betrachte, wenn er aber zur VF käme, „von der Bolschewikisierung und von der ‚Rotfront‘“ spräche. Die Arbeiterschaft sei in der „Front willkommen“. Er, Schuschnigg, habe „die

---

<sup>295</sup> „Das Jahr 1938 – Einführungsfilm“ – in: Achenbach, Michael/ Miloslavice, Hrvoje (Red.): 1938 – Kommentierte Filmdokumente zum Anschlussjahr, Filmarchiv Austria, Wien 2008

<sup>296</sup> „Neues Wiener Tagblatt“, 10. März 1938; „Wiener Zeitung“, 25. Februar 1938

Verantwortung“ für den Entschluss der Volksbefragung auf sich genommen und „stehe und falle mit diesem Bekenntnis“. Der Kanzler schloss mit dem Aufruf Andreas Hofers zum Tiroler Freiheitskampf, der in „tosendem Beifall“ unterging: „Erinnert Euch an das Mahnwort, das wir früher auch in ruhigen Zeiten oft im Lande zitiert haben, wenn einmal von 1809 gesprochen wurde: „Mander, 's ischt Zeit!“<sup>297</sup>

Auf den nächsten Seiten wurde auf den genauen Abstimmungsvorgang eingegangen und Stimmungsberichte der „NFP“-Auslandkorrespondenten gebracht. In Berlin sei die Ankündigung mit „größter Spannung“ erwartet worden, da diese „gerüchteweise bekannt geworden war“. Weder mit einer „so kurzfristigen Anberaumung“ noch einer „derartig selbstbewussten und zugkräftigen Parole“ habe man gerechnet. Während die römischen Blätter schwiegen, hatte die Nachricht vom „Plebizit in Österreich“ kurz vor Redaktionsschluss bei den Londoner Abendblättern für Hektik gesorgt. Im Leitartikel der „Times“ wurde Schuschniggs „Mut, einer unerträglichen Situation ein Ende zu bereiten“, gewürdigt.<sup>298</sup>

Sowohl die amtliche „Wiener Zeitung“ wie auch die „Politische Korrespondenz“ wiesen darauf hin, dass „zum ersten Mal in der österreichischen Geschichte“ eine Volksbefragung ausgerufen wurde. Die Artikel 93 und 117 der Maiverfassung 1934 gäben dem Bundeskanzler die rechtliche Grundlage zu diesem „Appell an Wille und Meinung“.<sup>299</sup>

#### 5.4.5. Veranstaltungen und Reden

Zwar wurde der Propagandaaufwand auch von vaterländischen Organisationen, wie Gewerbebund, Reichsbund, Katholische Aktion oder Freiheitsbund, mitgetragen. Das „ideologische und materielle Rüstzeug“ stellte aber die VF zur Verfügung.<sup>300</sup> Becker, als Leiter des Werbedienstes in diesen Tagen „rund um die Uhr“ damit beschäftigt, Plakate, Flugzettel, Aufrufe zu konzipieren, Rundfunkreden in der RAVAG in der Johannesgasse zu halten, musste trotzdem bei Texten bezüglich Deutschland zurückhaltend formulieren.<sup>301</sup> Er beauftragte die „Selenophon“ auch mit der Produktion von 500 Tonfilmkopien eines „Frontfilmes“ mit einer Rede von Minister Zernatto. Der Titel „Mit Schuschnigg für ein freies Österreich!“ war vorgegeben und bildete mit dem Kruckenkreuz den Abspann des Filmes. Die Filmkopien sollten bis Donnerstag, den 10. März 1938, „allen österreichischen Kinos“ zur Verfügung stehen und „bei allen Vorstellungen“ gezeigt werde.<sup>302</sup>

<sup>297</sup> „Neue Freie Presse“, 10. März 1938, 1-3; AdR/AVA/Inneres 116/264 – „Politische Korrespondenz“, 9. März 1938, 12 und 19-20

<sup>298</sup> „Neue Freie Presse“, 10. März 1938, 5

<sup>299</sup> „Neue Freie Presse“, 10. März 1938, 4-5, 11. März 1938, 4; „Wiener Zeitung“, 10. März 1938

<sup>300</sup> Ackerl, Isabella: Die Propaganda der Vaterländischen Front für die geplante Volksbefragung vom 13. März 1938 – in: Czeike, Felix (Hrsg.): Wien 1938, Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte 2. Sonderreihe der Wiener Geschichtsblätter, Verein für Geschichte der Stadt Wien, Wien 1978, 18-24, 18

<sup>301</sup> Gotschim-Jauk, 101

<sup>302</sup> AdR/VF 514/253/2260/37-39 – Schreiben Becker an „Selenophon“ 7. März 1938

Am 1. März 1938, noch vor der Ankündigung Schuschniggs, hatte das Amt des Frontführers allen Bezirksführungen angeordnet, bis Monatsende VF-Versammlungen bis in die kleinsten Ortsgruppen abzuhalten. Die Redner sollten sich vorwiegend auf das Thema der „Lebensfähigkeit Österreichs“ konzentrieren, allerdings müssten sie dieses „sachlich richtig“ behandeln. Ansonsten hätten sie sich „im Rahmen der großen Rede“ des Bundeskanzlers zu bewegen, wofür als „Memo“ eine Redeskizze zur Verfügung stünde. Den Bezirksführungen wurden Plakate und Flugzettel mit Namen der Redner, Zeit und Ort der Versammlung gedruckt. Der Vorbereitung und richtigen Durchführung der Versammlungen sei „besondere Sorgfalt“ zu schenken, es sollte für eine „lebendige Führung in der Programmgestaltung“ und eine umfassende Beteiligung der „lokalen berufsständischen Funktionäre“ gesorgt werden.<sup>303</sup> Ein im Bezirk wohnhafter öffentlicher Mandatar hätte sich als Redner zur Verfügung zu stellen. Die VF-Pressestelle sprach von „dreitausend Versammlungen“, die organisatorische und propagandistische Vorbereitung dieses „Versammlungsturms“ sei für den VF-Apparat eine große Herausforderung.<sup>304</sup> Diese Offensive passte exakt ins Volksbefragungskonzept.

#### 5.4.6. Außenwerbung

Bild- und Textplakate waren in kürzester Zeit gedruckt und affiziert. In der Außenwerbung zum Einsatz kamen Halbbogenplakate, „Streuzettel“ (Flugblätter) im Oktav- und Vierteloktav-Format und Pickerl im Kleinstformat („Stimmt mit Ja!“). Die wichtigsten Werbebotschaften auf den Großplakaten, die sich an die „Österreicher!“ wandten, waren: Der deutsche Friede ist geschlossen und soll aufgebaut werden. Der Frontführer habe zu einer Bestätigung der Friedensbereitschaft des freien Österreich aufgerufen. Nur ein solches kann seine deutsche Aufgabe erfüllen, bleibt ein Hort christlicher Freiheit und kann seiner sozialen Sendung gerecht werden.<sup>305</sup>

Die kleineren Plakate waren mit Schlagworten versehen, die ebenso gut für eine „normale“ Wahlwerbung geeignet gewesen wären und für die Kernfrage des Plebiszits nur am Rande relevant waren: „Freiheit! Deutsche Treue! Christliche Anständigkeit! Soziale Gerechtigkeit! Arbeit für Alle! Ordnung im Staat!“ Auf den Flugblättern dominierten Statements wie „Österreich! Ja oder Nein? Ja!“ oder „Deutsch sein heißt frei sein! Deutsch sein heißt treu sein!“ Aber alle Werbemittel schlossen mit dem Slogan: „Ja! Mit Schuschnigg für Österreich!“

---

<sup>303</sup> AdR/VF 514/159/1461/4-7 – VF-Landesführung NÖ, Rundschreiben Nr. 1, 1. März 1938

<sup>304</sup> „Neue Freie Presse“, 2. März 1938, 4

<sup>305</sup> AdR/VF 514/159/1462a/9-11 – Beilage „Muster für Propagandadrucksorten“ zum Informationsschreiben für die Herren Landesführer, März 1938



#### 5.4.7. Rundfunk.

Mit seiner Innsbrucker Rede vom 9. März gelang Schuschnigg ein Überraschungseffekt bei den „nationalen Ministern“ seines Kabinetts. Der „Zeitbonus“ der Regierung war ausgenützt worden. Der Rundfunk, das zu dieser Zeit schnellste Massenkommunikationsmittel, war für den österreichischen Kanzler auch das adäquateste. Schuschnigg hatte schon 1933 bei den Märzahlen in Berlin die Wirkungs- und Einsatzmöglichkeiten dieses Mediums kennen gelernt und erkannt. Nur eine kleine Gruppe war in die Radiopropaganda-Pläne eingeweiht: neben den VF-Chefpropagandisten Becker und Bock noch RAVAG-Generaldirektor Oscar Czeija und Rudolf Henz, „Neues Leben“-Leiter und RAVAG-Kulturchef.<sup>306</sup>

Sämtliche Landeshauptleute wurden für eine „universelle Rundfunkpropaganda“ in die Pflicht genommen. Am Freitag Nachmittag, den 11. März 1938, hielten Richard Schmitz (Wien), Hans Sylvester (Burgenland), Josef Reither (Niederösterreich <sup>307</sup>), Heinrich Gleissner (Oberösterreich), Arnold Sucher (Kärnten), Josef Schumacher (Tirol), Franz

<sup>306</sup> Venus, Von der RAVAG zum Reichssender Wien, 600

<sup>307</sup> Nicht zu verwechseln mit dem volkspolitischen Referenten für Salzburg, Albert Reitter

Rehrl (Salzburg), Rudolf Trummer (Steiermark) und VF-Landesführer Eduard Ulmer (Vorarlberg) Rundfunkansprachen.<sup>308</sup> Zeitgleich dazu wurden die Vertreter der „Amtlichen Nachrichtenstelle“ in den Landeshauptstädten von Direktor Edmund Weber aufgefordert, einen kurzen Auszug aus diesen Reden „so schnell wie möglich“ an die Wiener Zentrale zu senden. Dieser sollte maximal 20 „das betreffende Land charakterisierende“ Sätze umfassen.<sup>309</sup> Am selben Tag wurden die Modalitäten der Volksbefragung auch im Ressort des Bundeskanzlers bekannt gegeben. Dessen Beamte und Angestellte sollten bereits am Samstag, den 12. März 1938, ihre Stimme zwischen 10 und 14 Uhr abgeben. In allen Dienststellen waren Abstimmungslokale eingerichtet: am Ballhausplatz 2, in der Herrengasse 7, im Parlament, in der Börsegasse 11 am Sitz der ANA, in der Hofburg, am Rennweg 12 in der Staatsdruckerei und in der Redaktion der „Wiener Zeitung“ in der Bäckerstraße 13.<sup>310</sup>

#### 5.4.8. Parole.

Bei der Formulierung der Parole war man penibel darauf bedacht, dass der Wortlauf in keinem Punkt den Abmachungen von Berchtesgaden widersprach.<sup>311</sup> Es sollte eine „für jeden Österreicher“ sein. Schuschnigg richtete seinen „Aufruf des Frontführers“ an das „Volk von Österreich!“ Zum ersten Mal in der Geschichte unseres Vaterlandes verlange die Führung des Staates „ein offenes Bekenntnis zur Heimat“: „Ihr alle .... seid aufgerufen, Euch vor der ganze Welt zu bekennen, ob ihr den Weg, dessen Ziel die soziale Eintracht und Gleichberechtigung, die endgültige Überwindung der Parteienzerklüftung, der deutsche Frieden ... die Politik der Arbeit sei, mitzugehen gewillt seid!“ Schuschniggs Appell endete mit ungewohnt kämpferischen Tönen: „Die Welt soll unseren Lebenswillen sehen: darum, Volk von Österreich, stehe auf wie ein Mann und stimme mit Ja!“<sup>312</sup> Auch an die „Mütter aus Österreich!“ erging ein Appell der Bundesleitung des Mutterschutzwerkes. Die Frauen wurden aufgerufen, ihren Kindern „eine glückliche Heimat, eine unabhängige Zukunft“ zu bewahren.<sup>313</sup>

Die Parole lautete: „Für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich!“ Damit griff man einerseits auf ständestaatliche Inhalte – „deutsch, sozial, christlich“ – aus der programmatischen Trabrennplatzrede Dollfuß' vom 11. September 1933 zurück, sendete andererseits aber auch Signale an die sozialdemokratische Arbeiterschaft – „frei, unabhängig“ – und an die „nationale Opposition“ – „einig“. Dieser Passus war als demonstrative Erfüllungsgeste des

<sup>308</sup> AdR/AVA/Inneres 116/136/IV5/442-444 – „Wiener Zeitung“, 11. März 1938; „Pro domo“, Telefonisches Korrespondenzbüro, Amtliche Nachrichtenstelle, Reden der Landeshauptleute im Rundfunk am 11. März 1938

<sup>309</sup> AdR/AVA/Inneres 116/136/IV5/442-444 – Telefonisches Korrespondenzbüro, Amtliche Nachrichtenstelle, Telefondepesche Weber, 11. März 1938

<sup>310</sup> AdR/AVA/Inneres 116/136/IV5/442-444 – Telefonisches Korrespondenzbüro, Amtliche Nachrichtenstelle, Volksbefragung am 13. März, Durchführung bei ANA, Runderlass I und II, 11. März 1938

<sup>311</sup> Hopfgartner, 298

<sup>312</sup> AdR/VF 514/159/1462/12

<sup>313</sup> „Neue Freie Presse“, 10. März 1938, Morgenblatt, 5

Berchtesgadener Abkommen zu verstehen und sollte die Konsens-Bereitschaft Österreichs signalisieren.

#### **5.4.9. „... dem nächsten Gendarmerieposten zu übergeben“. Die Argumente.**

Für die VF-Versammlungen der Orts-Hauptgruppenführungen in allen Bezirken bis zum Monatsende wurde dem gesamten VF-Propaganda-Apparat unter dem Motto „Mit Schuschnigg für Österreich!“ ein umfangreiches Argumentations-Instrumentarium aufbereitet. Dieses stellt zugleich die letztgültige Darstellung von Österreichs Außenpolitik zum Zeitpunkt des bevorstehenden „Anschlusses“ dar. Grundlage der „Ereignisse der letzten Wochen“ sei das Juliabkommen von 1936, dessen wesentliche Vereinbarungen die „Anerkennung der österreichischen Unabhängigkeit, die gegenseitige Nichteinmischung in die Innenpolitik des Anderen, und die Deklaration Österreichs als deutscher Staat“ gewesen waren. Trotzdem hätten sich auf beiden Seiten „Missverständnisse“ (!) ergeben, die das Abkommen praktisch entwertet hätten. Mit dieser Formulierung gab Österreich das Bestehen eines Konflikts zu, gestand sich aber eine „Mitschuld“ daran zu, obwohl das Abkommen nie „missverständlich“, sondern stets wortgetreu angewandt worden war.

Das Scheitern „privater Vereinbarungen“ wie des „Siebenerkomitees“ 1937 hätte zur Begegnung am 12. Februar 1938 geführt, deren Resultate der „Hitlerrede“ und der „Schuschniggrede“ zu entnehmen seien. Der am 12. Februar „bekräftigte deutsche Friede“ sei „weder ein Vergleich, noch eine Unterwerfung, noch ein Nachgeben“ auf dieser oder jener (sic!) Seite, sondern beiderseitiges „ehrliches Anerkennen“. Das „Entgegenkommen österreichischerseits“ – Regierungsumbildung und Amnestie – erkläre sich mit der „kolossalen Verantwortung für den Frieden im Lande“ und den „Wechselbeziehungen der beiden deutschen Länder“. Nach dem Gesprächsklima auf dem Obersalzberg noch von Friede und Anerkennung zu sprechen, zeugte von Realitätsverlust, und musste die VF-Propagandisten viel Überwindung gekostet haben.

Behauptungen wie: die nun nicht mehr mögliche „Einmischung (deutscher) Parteistellen“ in innerösterreichische Verhältnisse bedeute eine „Absage an die Illegale“, und: die ursprünglich „nur“ für Nazis bestimmte Amnestie gelte nun für „alle politischen Häftlinge“, verschleierten die Tatsachen. Eine „Einmischung“ von deutscher Seite war nicht mehr notwendig, da die „Nationalen“ im neuen österreichischen Kabinett nun vertreten waren. Und von der Amnestie profitierte großteils die „Illegale“. Außerdem hätte die Regierungsumbildung eine „Verstärkung des Frontgedankens“ bewirkt, drei der neuen Minister seien „hervorragende Amtswalter der VF“. Besonders realitätsfremd und entrückt wirkt die Beteuerung, Minister Seyss-Inquart als Vertreter der „national betonten Bevölkerungsschicht“ genieße das „Vertrauen des Kanzlers“.

Zahlreiche Argumentationsmuster wurden den Funktionären geboten. Es seien jene Stellen der Schuschnigg-Rede, die den „unbedingten Freiheitswillen des österreichischen Volkes“ betonen, hervorzuheben. Innenpolitisch brauche Österreich „Ruhe und Ordnung“, „der beste Deutsche sei immer der gute Österreicher“ gewesen. Alle nationalsozialistisch denkenden Österreicher hätten nun „die legale Möglichkeit“, mitzuarbeiten. Österreich sei nie von einer Minderheit regiert worden und „wird es nie sein“. Das Credo laute: weder Nationalismus, noch Sozialismus, sondern Patriotismus. Wirtschaftspolitisch warte man „mit keinen Wundern“ auf. Aber die „systematische, zähe Aufbauarbeit“ und die „tatsächliche Lebensfähigkeit Österreichs“ müssten anhand von Zahlenmaterial belegt werden.

Die Doktrin, dass es „im Österreich der Dollfuß-Verfassung“ keine Parteien geben könne, daher sei auch die Existenz einer NSDAP unmöglich, wurde erneut vorgegeben. Eine „nationalsozialistische Gesinnung ... im Rahmen der Maiverfassung“ war zwar nicht verboten, stellte aber einen unüberbrückbaren Gegensatz dar. Und die kühne Prognose, dass „gegen Staat und Regime ... offen oder versteckt“ tätige Nationalsozialisten mit „keiner Unterstützung des Reiches“ rechnen könnten, erwies sich nur wenige Tage später als katastrophale Fehleinschätzung – oder als bewusste Irreführung eines kompletten Funktionsapparats.<sup>314</sup>

Den „Miesmachern“ und der täglich auftauchenden „Gerüchtemacherei“ wurde der Kampf angesagt. Front- und Staatsführung könnten nicht „jeden Tag eine Radiorede“ halten und Gerüchte dementieren. „Verbreiter regierungsfeindlicher Gerüchte“ seien „dem nächsten Gendarmerieposten zu übergeben“, lautete der treuherzige, naive Rat. Inwieweit sich diese manipulativen VF-Propagandamethoden von der so genannten NS-„Gerüchtemacherei“ unterschieden, stand nicht zur Diskussion. Zum Abschluss wurde an die Gefolgschaftstreue zum Bundeskanzler und Frontführer Schuschnigg mit dessen Kampfparole „Rot-weiss-rot bis in den Tod!“ appelliert. Aber im gleichen Atemzug wurde dazu aufgefordert, zum Zeichen der „Bereitschaft zur tatsächlichen Versöhnung“ jeden „Ausfall gegen das Deutsche Reich“ zu unterlassen. Nur „österreichische Leistungen“ seien positiv aufzuzeigen.<sup>315</sup>

#### **5.4.10. Abwicklungsmodus**

Diese „Redeskizze“ behandelte auch Fragen, die „die Bevölkerung seit Mittwoch abends bewegen“. Um das große nationalsozialistische Wählerpotenzial auszuschalten, wurde das Wahlalter auf 24 Jahre erhöht, da der Anteil der NS-Sympathisanten in dieser Alterskohorte besonders hoch war. Als Antwort auf die darauf folgende Kritik wurde in Presse und Rundfunk darauf hingewiesen, dass das Wahlalter „laut Maiverfassung 1934, Artikel 65,

<sup>314</sup> AdR/VF 514/159/1461/9 – VF-Landesführung NÖ, Rundschreiben Nr. 1, 1. März 1938

<sup>315</sup> AdR/VF 514/159/1461/10-15 – „Redeskizze“ für die Versammlungen unter dem Titel „Mit Schuschnigg für Österreich!“, März 1938

Absatz 2“ mit 24 Jahren festgesetzt sei und der Wahlvorgang sich an die „Dollfuss-Verfassung“ halten müsse. Mittels Mundpropaganda wäre außerdem zu thematisieren, wie hoch im Vergleich das Wahlalter „bei den verschiedenen Abstimmungen im Dritten Reich“ gewesen wäre.

Andererseits müsse man auf viele andere Stimmen „aus Gründen der Legalität“ verzichten. Junge Leute etwa würden „meutern“, dass man ihnen die Möglichkeit, ihr „Treuebekenntnis für Österreich abzulegen“, genommen habe. Auch Abstimmungslokale für Auslandsösterreicher im Ausland seien nicht vorgesehen. Da am Sonntag die Wiener Messe eröffnete, könnten weiters die dort schon ab 6 Uhr arbeitenden Geschäftsleute nicht an der Abstimmung teilnehmen, da die Abstimmungslokale erst um 7 Uhr geöffnet werden. Diesem Umstand trug dann Wiens Bürgermeister Schmitz Rechnung, indem er im Messepalast und auf dem Rotundengelände ein Sonderwahllokal installieren ließ.<sup>316</sup> Die Sonntagswanderer werden „eben einmal dem Vaterland ein Opfer“ bringen müssen.<sup>317</sup> Gerüchte der Nationalsozialisten, eine Wahlenthaltung gelte als „Ja“-Stimme, „wegen zu erwartenden Unruhen“ werde am Sonntag das Standrecht verhängt, wurden dementiert.

Ein umstrittener Punkt war der Abwicklungsmodus der Volksbefragung. Es wurde keine Vorsorge für eine geheime Abstimmung getroffen: es lagen keine Wählerverzeichnisse und keine Briefkuverts für die Stimmzettel vor, es waren auch keine Wahlzellen vorgesehen. In der allgemeinen Hektik passierten viele Pannen. Die Bezirksführung in Gröbming (Steiermark) hatte vom Amt des Fronführers 25.000 Stimmzettel, die doppelt so groß als vorgeschriebenen waren, erhalten. Dennoch waren diese bereits an die Abstimmenden ausgegeben worden.<sup>318</sup>

#### **5.4.11. Abstimmungsvorgang**

Nach dem Verrat der „im ersten Übereifer“ abgefassten, „keineswegs approbierten“ vorläufigen Abstimmungsmodalitäten <sup>319</sup> wurde die Abstimmung detailliert und mit gewohnter Akribie geplant und organisiert. Vor allem die Bestimmungen über die Gültigkeit von leeren, mit Zusätzen oder Strichen versehenen Stimmzetteln wurden noch einmal überarbeitet. Auch die kooperative Stimmgabe wurde rückgängig gemacht. Ein achtseitiges Informationsschreiben von Generalsekretär Guido Zernatto an die Landesführer gab all jene „Weisungen“, nach denen die Arbeiten für den 13. März durchzuführen waren.<sup>320</sup>: (1) Organisation der Abstimmung; (2) Abstimmungsvorgang und (3) -Propaganda. Mit dem Schreiben erhielten die

<sup>316</sup> „Neue Freie Presse“, 11. März 1938, 6

<sup>317</sup> AdR/VF 514/57/603/6-9 – Anfang März 1938

<sup>318</sup> AdR/VF 514/159/1462/1

<sup>319</sup> Schuschnigg, Kampf, 303

<sup>320</sup> AdR/VF 514/159/1462/20-35; bzw. AdR/VF 514/163/1502/16-23 – Informationsschreiben für die Herren Landesführer, März 1938



Bezirksführer in Wien, NÖ, OÖ, dem Burgenland und der Steiermark am Donnerstag, den 10. März 1938, schon am Vormittag das gesamte Druckmaterial. Die restlichen, westlichen Bundesländer produzierten ihr Werbematerial selbst.

In Kapitel I. „Organisation“ wurden die Punkte „Abstimmungskommission“, „Abstimmungslokale“ und „Schutz des Abstimmungsvorganges“ näher erläutert. Die Abstimmungskommission wurde vom Landeshauptmann bestellt und bestand aus dem Vorsitzenden und 2 bis 4 Beisitzern, unter denen ein Arbeitgeber- und ein Arbeitnehmervertreter, aber auch eine Frau sein mussten – „nach Möglichkeit alle VF-Amtswalter“. Die Abstimmungslokale sollten jene von den Wahlen von 1930 bzw. 1932 sein. Sie waren mit Abstimmungsurnen, einem Plakat mit der offiziellen Abstimmungsfrage, einem Schuschnigg-Bild und VF-Plakaten ausgestattet und wurden mit VF-Fahnen geschmückt. Es waren nicht nur doppelt so viele „Ja“-Abstimmungszettel als Stimmberechtigte im Abstimmungskreis vorzubereiten, sondern auch „einige unbeschriebene (!) leere Papiere“ für die „Nein“-Stimmen. Mindestens zwei Mann „in Zivil ohne Waffen“ hatten für „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen und Personen, die andere „an der Abstimmung hindern oder im negativen Sinn beeinflussen“, zu arretieren. Zwei VF-Amtswalter sollten den „Verbindungsdienst“ zwischen Abstimmungs- und Werbelokal sicherstellen

Der genaue Vorgang der Abstimmung wurde in zweiten Abschnitt vorgegeben. Den Beginn der Abstimmung legte der Landeshauptmann fest, das Ende war einheitlich 17 Uhr. Die VF-Propaganda beruhigte jene, die fürchteten, wegen ungenügender Legitimierung abgewiesen zu werden: es seien „so viele Arten von Dokumenten“ gültig.<sup>321</sup> Als Dokumente waren VF-Mitgliedskarte, Erkennungskarte, Heimatschein oder Meldezettel akzeptiert.

Zur Stimmabgabe wurde der amtliche Abstimmungszettel – gefaltet oder offen, auch in einem Kuvert – in die Urne eingeworfen, wobei Kuverts nicht auflagen. Der offizielle Abstimmungszettel in der Größe von 5x8 cm war auf einer Seite mit dem Wort „Ja“ bedruckt. Als solcher galt er „unter allen Umständen“ als „Ja“-Stimme, auch wenn das Wort durchgestrichen, oder mit einem handgeschriebenen Beisatz versehen, oder „teilweise zerrissen“ war. Personen, die mit „Nein“ stimmen wollten, mussten einen Zettel in der gleichen Größe handschriftlich mit „Nein“ beschreiben. „Nein“-Stimmzettel mit einem Zusatz waren ungültig. Dagegen würden „vollkommen leere Stimmzettel“ als „Ja“-Stimmen gelten – eine Bestimmung, die am Ende wieder aufgehoben wurde, leere Stimmzettel waren ungültig.<sup>322</sup> Eine Namensliste jener Personen, die abgestimmt hatten, war nur auf Anordnung des Landeshauptmannes zu erstellen.

Der Grundsatz von einer aus heutiger Sicht freien, geheimen, persönlichen Wahl war in diesen „Weisungen“ keineswegs gewahrt. Der „Nein“-Stimmende

---

<sup>321</sup> AdR/VF 514/57/603/8

<sup>322</sup> „Neue Freie Presse“, 11. März 1938, 6

konnte nicht anonym bleiben, weiters war keine Wahlzelle vorhanden. Die Wahlordnung ließ offen, wo diese Abstimmungszettel auflagen und wie bzw. vom wem sie dem Stimmberechtigten überreicht werden sollten. Nach dem Abstimmungsende wurde entweder die Wahlurne selbst oder ein verschnürter Behälter mit den Stimmzetteln zur Zählstelle auf der Bezirkshauptmannschaft transportiert. Die Auszählung der Stimmen nahm demnach nicht die Wahlkommission vor.

Der Abstimmungs-Propaganda war der dritte und letzte Teil gewidmet. Das gesamte Druckmaterial, wie Stimmzettel, Aufrufe und Werbematerial, wurde für die östlichen Bundesländer in Wien produziert, mit Lastwagen am Donnerstag ab 7 Uhr Früh an die Bezirksführungen geliefert und an den Bürgermeister und VF-Bezirksführer übergeben. Diese ließen die Unterlagen dann an die Ortsgemeinde zustellen. Zur Finanzierung der Werbung, des Ortsschutzes, der „Zuschlepperdienste“ und der Einrichtung der Abstimmungslokale sollten die Landesführer den Bürgermeistern bzw. Bezirks- und Ortsführern „entsprechende Geldbeträge“ zur Verfügung stellen. Angehörige der ehemaligen Wehrverbände sollten „zur Mitarbeit eingeladen“ werden. Sie sollten für die „Sicherung des Abstimmungslokals“, für „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“, Straßendienst, Aufklärungsdienst und Propaganda sorgen.

Dass eine große Mehrheit der Österreicher für Schuschnigg votiert hätte, wusste auch Hitler, der schnell handeln musste. Innenminister Seyss-Inquart, offiziell am 9. März von Zernatto, inoffiziell natürlich bereits weit früher informiert, hatte aus Berlin noch keine Direktiven erhalten. In der Nacht zum 10. März 1938 kam noch vor der Reichskanzlei vom „politischen Landesreferenten“ von Salzburg Friedrich Rainer die „Weisung“, das Plebiszit abzulehnen. NSDAP-intern hatten sich die illegalen Führer bereits gegen die „Nationalen“ in den Volkspolitischen Referaten, die sich für Stimmenthaltung aussprachen, durchgesetzt. Rainer u. Co. erzeugten durch immer neue, von Seyss-Inquart tolerierte Demonstrationen in Wien jene Stimmung, die Berlin zu den „radikalen Maßnahmen veranlassen sollte“. Die Spannung stieg in der Nacht vom 10. auf 11. März, als in der VF-Zentrale Am Hof laufend Wahlspenden in beträchtlicher Höhe eintrafen und Maschinengewehre postiert wurden. Um 4 Uhr morgens unterrichtete der Leiter des Politischen Büros, Max Pammer, den VF-Präsidialchef Albert Hantschk über Truppenbewegungen an der österreichisch-deutschen Grenze.<sup>323</sup> Der 13. März 1938 wurde somit nicht zum Tag der Abstimmung für Österreichs Unabhängigkeit, sondern zu seinem ersten als „Ostmark“ für bittere sieben Jahre.

## 6. „Gott schütze Österreich!“ Der Endkampf Österreichs am 11. März 1938.

Minister Hans Rott verfasste im Morgenblatt der „Neuen Freien Presse“ am 11. März 1938 einen Artikel, der seine letzte freie Meinungsäußerung als Bundesleiter der Sozialen Arbeitsgemeinschaft sein sollte. Rott appellierte an die Arbeiterschaft „zur Ablegung eines klaren Bekenntnisses“. Es sei eine Front der Österreicher „um Schuschnigg geschart“, und darin solle man auch „die Arbeiter finden“.<sup>324</sup> In dieser NFP-Ausgabe dementierte das Amt des Frontführers noch „alle Gerüchte über Verschiebungen oder Veränderungen“. Es bestehe selbstverständlich die Möglichkeit einer „freien, geheimen Stimmabgabe“, es würden auch vorgedruckte „Nein“-Stimmzettel aufliegen. Damit reagierte man auf die Kritik des „Amtlichen Deutschen Nachrichtenbüros“ ADN, das Abstimmungs-Verfahren würde „keine gerechte Erforschung des Volkswillens“ gewährleisten: es gäbe nicht einmal Wahllisten und keine Kontrolle. Der Leitartikel des Regierungsorgans „Reichspost“ vom 11. März, als Vorwort für die Volksbefragung gedacht, sollte der letzte „in der Freiheit diese Blattes“ sein.<sup>325</sup> Inmitten „sich auflösender Ordnung“ hätten hier „aufrechte Männer bis zu allerletzt ihre journalistische Pflicht“ ihrem Lande und ihrem Volk gegenüber erfüllt.<sup>326</sup>

Einen Tag vor dem „Anschluss“ wurde das VF-Generalsekretariat bereits über revolutionäre Ereignisse aus Graz informiert: Der Sicherheitsdirektor hätte in einem Grazer Lokal das „Horst-Wessel-Lied“ gesungen; der Bürgermeister die Vaterländischen Fahnen am Rathaus eingezogen und die Hakenkreuzfahne gehisst; in Schulen und Ämtern kursierten Beitrittslisten zur NSDAP. Im „Gewerbebund“ hätten CVer und „korporierte Akademiker“ nach der Warnung ihres Obmanns („Besser heute, als zu spät!“) unterschrieben. Es stelle sich die bange Frage, ob dies „die Wiener Führung alles weiß“, die Sachlage „versteht“ und „wirklich handeln“ werde.<sup>327</sup> Am frühen Morgen des „Anschluss“-Tages kamen aus der Steiermark dann alarmierende Meldungen. Das Militär – burgenländische Truppen – hätte in Graz „pflichtgemäß eingegriffen“. Dadiou u. Co. bemühten sich, „die aufgetzten Massen“ zu beruhigen. Gerüchten zufolge hätten steirische Truppen mit dem Hakenkreuz versehene „grün-weißen Armbinden“ getragen. Landesstatthalter Stürgkh und die Wehrverbandführer hätten einem Aufruf, mit „Ja“ zu stimmen, verfasst.<sup>328</sup> In den Ländern Kärnten und Steiermark wurden erste Anzeichen des Umbruchs registriert: Lehrer und Schüler verwendeten bereits den deutschen Gruß bzw. demonstrierten gegen das verhängte Verbot.

<sup>324</sup> „Neue Freie Presse“, 11. März 1938, Morgenblatt, 1-2

<sup>325</sup> Peter Thaler, „Jasager – Neinsager – Daheimbleiber“, „Reichspost“, 11. März 1938, 1

<sup>326</sup> Funder, 304

<sup>327</sup> AdR/VF 514/40/315/26 – „Tatsachen-Bericht“ an Major Waldemar Mestrozi, Sekretariat des Generalsekretariat, 10. März 1938

<sup>328</sup> AdR/VF 514/159/1462/2-3 – Kurzbericht Landesstatthalter Graf Berthold Stürgkh, 11. März 1938

## 6.1. Der 11. März 1938 im Bundeskanzleramt

Die in der Berliner Reichskanzlei vorgefundenen Telefonprotokolle dokumentierten die Dramatik der Stunden, in denen zwischen Berlin, Rom, und Wien hektisch verhandelt wurde. Um 14 Uhr Nachmittag erging die Führerweisung Nr. 1 für das „Unternehmen Otto“, in der Hitler seine Absicht bekundete, „mit bewaffneten Kräften in Österreich einzurücken“, dort „verfassungsmäßige Zustände herzustellen“ und „Gewalttaten gegen die deutschgesinnte Bevölkerung zu unterbinden“.<sup>329</sup> Am späten Vormittag überbrachten die Minister Seyss-Inquart und Glaise-Horstenau Hitlers mit 14 Uhr befristetes Ultimatum mit der Forderung, die Volksbefragung um 14 Tage zu „verschieben“. Tatsächliches Ziel war es, die Volksbefragung zu verhindern. Daher war der 11. März durch ein Trommelfeuer an Ultimaten an Schuschnigg, bestimmt.

In diesem Chaos übernahm Hermann Göring die Schlüsselrolle. Nach Schuschniggs Rücktrittsangebot an Bundespräsident Miklas erklärte der Reichsmarschall um 16.00 Uhr telefonisch Seyss-Inquart „kategorisch“, dessen Auftrag zur Kabinettsbildung sei eine weitere „unumstößliche Forderung“. Miklas weigerte sich aber selbst nach der Aufforderung des deutschen Militärattachés, Generalleutnant Muff, dem deutschen Druck nachzugeben. Um 19.25 trat Schuschnigg vor das Mikrophon der RAVAG und informierte Österreich von dem deutschen Ultimatum, „einen Bundeskanzler und eine Regierung nach den Vorschlägen der Deutschen Reichsregierung zu bestellen“, und der Einmarschdrohung. Zwischen RAVAG und Ballhausplatz existierte eine Sprechleitung, über die diese Abschiedsworte „so überraschend und ohne Vorankündigung“ kamen, dass in der Eile die ersten Sätze nicht mehr aufgenommen werden konnten. Schuschniggs Bruder Artur, der in der RAVAG im Wissenschaftsressort Henz' das Schallplattenarchiv aufgebaut hatte, legte noch die „Haydn-Variationen über die alte Hymne“ auf, ehe er das Studio verließ. Auch die „gute alte RAVAG“ war an ihrem letzten Arbeitstag „in Ehren gefallen“.<sup>330</sup>

Dann erklärte der zurückgetretene Regierungschef „vor der Welt“, die Nachrichten, wonach es Arbeiterunruhen gegeben hätte und die Regierung nicht Herr der Lage wäre, seien „von A bis Z erfunden“. Er sei vom Bundespräsidenten beauftragt, dem österreichischen Volk mitzuteilen, „dass wir der Gewalt weichen“. Man sei nicht gesonnen, „deutsches Blut zu vergießen.“ Schuschnigg verabschiedet sich mit einem „deutschen Wort“ und dem Herzenswunsch: „Gott schütze Österreich!“

Knapp eine Stunde später wurde Göring erneut entscheidend aktiv. Er befahl Seyss-Inquart, die Regierung zu übernehmen. Da Miklas aber nach wie vor nicht zustimmen war, ließ sich der Reichsmarschall einen perfiden Trick

---

<sup>329</sup> zitiert bei: Jochum, 224

<sup>330</sup> Rudolf Henz: Der März 1938. Die letzten Tage der RAVAG, Ein Dokument – in: morgen, Kulturzeitschrift aus Niederösterreich, Nr. 3, 1978

einfallen, um einen „offiziellen“ Einmarsch zu rechtfertigen: Seyss-Inquart solle ein Telegramm an Berlin senden, in dem die provisorische österreichische Regierung die deutsche um Hilfe bittet, um „Ruhe und Ordnung in Österreich wieder herzustellen und Blutvergießen zu verhindern“. Er brauche das Telegramm gar nicht zu schicken – er solle nur sagen: „Einverstanden!“

Das Telegramm wurde nicht abgeschickt, und Seyss-Inquart war auch nicht damit einverstanden. Trotzdem gab Staatssekretär Wilhelm Keppler eigenmächtig im Namen Seyss-Inquarts dessen o.k. an Berlin weiter.<sup>331</sup> Der neue Interims-Kanzler hätte nun die Absendung des „Hilfetelegramms“ befürwortet. Nachdem Hitler nun wusste, dass kein österreichischer Widerstand zu erwarten war, gab er auch ohne dieses „Bittgesuch“ seinen Einmarschbefehl.<sup>332</sup> Die darauf beruhende Falschmeldung im deutschen Rundfunk veranlasste Miklas in den späten Abendstunden zum Nachgeben. Um 23.15 meldete die bereits gleichgeschaltete RAVAG, der Bundespräsident hätte Seyss-Inquart „zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ mit der Führung des Bundeskanzleramtes betraut. Noch in der Nacht verlautbarte der Rundfunk die Aufforderung an das „deutsche Volk“, anlässlich dieses historisch denkwürdigen Tages mit Hakenkreuzfahnen und rotweißbroten Staatsfahnen zu flaggen. Das Deutsche Nachrichtenbüro überrollte die Österreicher erstmals mit NS-Lügenpropaganda und dementierte in einer „Klarstellung“ das befristete deutsche Ultimatum: Miklas wäre von „österreichischen (!) Ministern unter Druck“ gesetzt worden, eine Regierung nach deutschen „Vorschlägen“ anzugeloben. Und es habe es sehr wohl „Zusammenstöße und Unruhen“ gegeben, „kommunistische Haufen“ hätten in Wiener Neustadt einen bewaffneten Marsch auf Wien vorbereitet.

Terror übten erwiesenermaßen nur die Nazihorden auf den Straßen Wiens aus. Am nächsten Tag sollte Friedrich Hillegeist, der Sprecher der illegalen Führer der Freien Gewerkschaften, vergeblich auf eine mit Schuschnigg vereinbarte Besprechung warten. Nach der Abschiedsrede des Bundeskanzlers war ein Trupp erregter Sozialisten zur Ottakringer VF-Bezirksleitung gezogen, hatte die VF des Verrats bezichtigt und Waffen für einen militärischen Widerstand gegen die Nazis gefordert. Dem VF-Bezirksleiter gelang es auf einer improvisierten Versammlung auf der Neulerchenfelderstraße, die Leute zu beruhigen. Nachdem Schuschnigg von Polizeichef Skubl unterrichtet war, dass „seit der allgemeinen Amnestie“ nicht mehr Verlass auf die Polizei sei, sagte der Kanzler das Plebiszit ab – offiziell wegen „einer technisch notwendigen“ Terminverschiebung, intern aufgrund des Ultimatus.<sup>333</sup>

Der Schock, dass sich über Nacht die österreichische politische Realität umgekehrt hatte, war in den Medien sofort spürbar. Am Sonntag, den 12. März, erschien die letzte in Freiheit gedruckte Ausgabe der „Reichspost“ mit einer leeren Titelseite, der Bericht über Schuschniggs Abschiedsrede fehlte.

---

<sup>331</sup> zitiert bei: Jochum, 228

<sup>332</sup> Haas, Der „Anschluss“, 45

<sup>333</sup> Schuschnigg, Requiem, 71

**Preis 20 Schilling**

**Reichspost**

**Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk**

**Nr. 71** **Wien, Samstag, den 12. März 1938** **45. Jahrgang**

Die im inbaltenden Tage enthaltene entsprechende Mitteilung ist nach dem beigefügten + gekennzeichnet.

## Die Volksbefragung abgefragt.

In den Nachmittagsstunden des Freitag wurde amtlich verkündigt: Wien, 11. März.  
Der Bundeskanzler und Innenminister hat sich nach Berichterstattung an den Bundespräsidenten entschlossen, die für den  
12. d. angesetzte Volksbefragung zu verfrachten.

## Rücktritt der Regierung Schuschnigg.

Am Laufe der früheren Abendstunden wurde vom Bundespräsidenten  
**Bundesminister Seyß-Inquart mit der  
Führung der Regierungsgeschäfte betraut.**

**An alle öffentlichen Funktionäre**  
In die Befehle ergangen, auf ihren Posten zu verbleiben, bis ihre eventuelle Enthebung ordnungsgemäß erfolgt.

Die „Neue Freie Presse“ widmete diesem revolutionären Umsturz deutlich weniger Raum als in den Tagen zuvor dem Thema „Volksbefragung“. Dass die Regierung Schuschnigg am Vorabend demissioniert hatte und die Volksbefragung „nicht stattfindet“, war dem Samstag-Morgenblatt der „Neuen Freien Presse“ lapidare fünf Sätze wert. Auf der Titelseite wurden das neue Kabinetts Seyss-Inquart und ein „Appell“ des neuen Bundeskanzlers, in dem er noch als Innen- und Sicherheitsminister „Ruhe und Ordnung“ einmahnte, veröffentlicht. Seyss' taktisch raffinierte Warnung, etwaige Kundgebungen dürften keinesfalls „den Charakter exzessiver Demonstrationen“ bekommen, provozierte natürlich genau das Gegenteil. Ein Widerstand gegen das „allfällig einrückende deutsche Heer“ komme „unter keinen Umständen“ in Frage.

Dass das offiziöse Regierungsblatt noch nicht gänzlich gleichgeschaltet war, zeigte sein Bericht über den „gestrigen Tag“ – den 11. März – „in Wien“. Bis zum späten Nachmittag wäre die Bundeshauptstadt noch ganz „unter dem Eindruck“ der angesagten Volksbefragung gestanden: „Die Straßen waren von Flugzetteln übersät, an den Hauswänden klebten Plakate. Lautsprecherwagen fuhren durch die Straßen, über der Stadt kreisten Flugzeuge, die Flugzettel und Werbeschriften abwarfen“. Ab 16 Uhr hätten sich die „Gerüchte“ verdichtet, in der Innenstadt sei es zu „kleineren

nationalsozialistischen Kundgebungen“ gekommen, viele Menschen seien ins Stadtzentrum geströmt. Die Rundfunknachricht um 18.15 Uhr, dass die Befragung verschoben worden sei, hätte sich „wie ein Lauffeuer“ verbreitet. Nach Schuschniggs Abschiedsworten und Seyss-Inquarts Angebot zur „Hilfeleistung der Exekutive“ durch NS-„Ordnungstruppen“ (!) seien „mit einem Schlag immer mehr Nationalsozialisten“ aus allen Bezirken mit Hakenkreuzfahnen und -Binden in die Innere Stadt „zum deutschen Verkehrsbüro bei der Oper“ gezogen. En passant wurde noch erwähnt, dass am Vorabend „Dienststellen und Ämter“ der VF Am Hof von der Polizei gesperrt worden waren, und das Amt des Fronführers nun „unter polizeilichem Schutz“ stehe.<sup>334</sup>

Am 13. März beschloss die neue Regierung unter dem Vorsitz des „Reichsstatthalters“ Seyss-Inquart in einer fünf Minuten dauernden Ministerratssitzung aufgrund des „Ermächtigungsgesetzes“ das Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich. Dessen 1. Punkt lautete: „Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches“. Seyss-Inquart betonte, dieses Gesetz entspräche nicht nur „den Ansprüchen der österreichischen Bundesregierung“, sondern auch jenen des „deutschen Volkes in Österreich“, dessen „Kampf- und Leidenszeit“ nunmehr beendet sei. In Artikel 2 wurde bereits auf die für 10. April 1938 festgesetzte *Volksabstimmung* über die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reiche hingewiesen.<sup>335</sup>

Die „Neue Freie Presse“ war an diesem Sonntag bereits eifrig auf Kurswechsel. Sie berichtete seitenlang über Hitlers Einzug in Österreich und seine Rede in Linz, von wo aus ihn „die Vorsehung zur Führung des Reiches“ berufen habe. Im Leitartikel beschwor der anonyme Autor „geschichtliche Stunden“ Österreichs. Noch selten sei „ein so vollkommener Wandel“ mit solch „atemberaubender Schnelligkeit“ erfolgt. Nur dreißig Stunden nach der „Machtübernahme durch den Nationalsozialismus“ habe der Führer österreichischen Boden betreten und die Aufhebung des Vertrages von Saint-Germain verkündet. Die Österreicher hätten sich „frei und offen, deutsch und unabhängig“ zur gegenwärtigen Führung der deutschen Nation bekannt. Eine große Revolution sei „ohne gewaltsame Eingriffe“, „unblutig und getragen von dem Willen breiter Schichten“ vor sich gegangen.

Erstmals wurde auch die Öffentlichkeit auf die von Hitler proklamierte „Volksabstimmung“ hingewiesen. Das „Volk von Österreich“ solle sein „Schicksal und seine Freiheit selbst gestalten“.<sup>336</sup> Eine Kurznachricht ging im allgemeinen Jubel unter: Das VF-Eigentum sei nun Eigentum des deutschösterreichischen Volkes und von den Nazis „treuhändig übernommen“ worden. Abhebungen von Geldbeträgen „aus Anlagen der VF“ und ihrer Unterorganisationen seien verboten, diese blieben „vorläufig

---

<sup>334</sup> „Neue Freie Presse“, 12. März 1938, Morgenblatt, 1-2

<sup>335</sup> AdR/BKA/Protokoll über die 1071. Ministerratssitzung vom 4. Februar 1938/Karton 274/1069/4,6,7, Beilage

<sup>336</sup> „Neue Freie Presse“, 13. März 1938, Morgenblatt, 1-4

gesperrt“. Die Geldinstitute wurden aufgefordert, die Existenz derartiger Konten der NSDAP-Gauleitung „unverzüglich“ zu melden.<sup>337</sup> Einen Tag später meldete das Blatt zwei weitere Liquidationen: die Auflösung der „Politischen Referate Walter Pembauers“, und der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft“ SAG durch Hubert Klausner, den Führer der österreichischen Nationalsozialisten.<sup>338</sup>

Eine Woche nach dem „Anschluss“ war der Schwenk in der Blattlinie der „NFP“ vollzogen. Sie betrieb bei der Berichterstattung über den „triumphalen Empfang“ Hitlers in Berlin und das Pariser Presseecho darauf bereits perfekte Jubelpropaganda. Aus einer Rede von Wiens NS-Bürgermeister Hermann Neubacher hob sie besonders jene Passagen hervor, in denen er der „herrlichen deutschen“ Stadt Wien eine „ungeahnten Aufbau“ und das Problem der Arbeitslosigkeit „zu liquidieren“ versprach. Die nächsten Wochen würden auch in Wien ganz „im Zeichen der Volksabstimmung“ stehen.<sup>339</sup>

Zwei Tage später, am 15. März 1938, verkündete Hitler auf dem Wiener Heldenplatz zwar der Eintritt seiner „Heimat“ in das Deutsche Reich, vermied dabei aber bereits strikt das Wort „Österreich“. Die NS-Jubelpropaganda lieferte nur Bilder eines scheinbar euphorisch gestimmten Volkes, die vielen tausend Österreicher, die sich bereits in Haft oder KZs befanden, und die große schweigende Mehrheit, die den „Anschluss“ über sich ergehen lassen musste, blieben der Weltöffentlichkeit verborgen. In den Filmberichten von Hitlers Rede auf dem Heldenplatz am 15. März 1938 ist von den Verhaftungen zehntausender patriotischer Österreicher nicht zu sehen.

Die internationale Öffentlichkeit reagierte mit Gleichgültigkeit. Völkerbundproteste verpufften, nur einzelne demokratische Pressestimmen verurteilten den Überfall auf Österreich. Die Pariser „Le Temps“ sah diesen als „glatte Annexion“<sup>340</sup>, die Moskauer „Prawda“ verurteilte die zögerliche Haltung der Westmächte. „Englische Außenpolitik und Paris“ hätten das faschistische Deutschland zu diesem Schritt „angesporn“, endlose Zugeständnisse an die Aggressoren „die Kriegsbrandstifter“ angetrieben.<sup>341</sup> Angstvoll fragte die Brüsseler „Nation Belge“, wann „das nimmersatte Deutschland“ nach seinen mitteleuropäischen Eroberungen „seine Krallen in unser Land“ schlagen werde.<sup>342</sup> Die „Zürcher Zeitung“ analysierte sachlich-kühl, dass die Eroberung eines Staates „mit 83.000 km<sup>2</sup> und 6¾ Millionen in 48 Stunden ohne Schwertstreich“ einen „Gewinn“ darstelle, der die „Verluste, die Deutschland 1920 ... in Versailles“ erlitten habe, übertreffe. Zudem fielen der „kriegsmäßigen Mangelwirtschaft des Nationalsozialismus“ mit der Annexion Österreichs dessen „Rohstoff- und Devisenschätze“ zu. Mehr als 2,7 Milliarden österreichische Schilling an Gold und Devisen wären von der deutschen

---

<sup>337</sup> „Neue Freie Presse“, 13. März 1938, Morgenblatt, 7 und 21

<sup>338</sup> „Neue Freie Presse“, 14. März 1938, 4

<sup>339</sup> „Neue Freie Presse“, 18. März 1938, 3 und 9

<sup>340</sup> „Le Temps“, 13. März 1938 – zitiert bei: Jochum, 240

<sup>341</sup> „Prawda“, 14. März 1938 – zitiert bei: Jochum, 240

<sup>342</sup> „Nation Belge“, 15. März 1938 – zitiert bei: Jochum, 240



Reichsbank konfisziert worden.<sup>343</sup> Die Sowjetunion <sup>344</sup> erhob i. U. zu den Westmächten gegen die Besetzung Österreichs offiziellen Protest.

## 6.2. „Kampflose militärischen Kapitulation“. Ein verspäteter Diskurs.

In Schuschniggs Rede hatten die Österreicher erfahren, dass man dem deutschen Ultimatum nachgebe, der Gewalt weiche und auf militärischen Widerstand verzichte, um ein „Blutvergießen“ zu vermeiden. Weiters wollte er auch nicht „österreichische Städte der Bombardierung“ ausliefern.<sup>345</sup> Der Kanzler hatte sich dabei auch von zwei Wehrmachts-Vertretern beraten lassen.<sup>346</sup> Diese Entscheidung beruhte auf zwei Annahmen: ein militärischer Widerstand (1) wäre nach wenigen Stunden zusammengebrochen; und hätte (2) in nationalsozialistisch dominierten Regionen wie im Grazer Raum zu bürgerkriegsähnlichen Verhältnisse geführt.

Der Historiker *Norbert Schausberger* ist überzeugt, dass Österreich über eine Streitmacht verfügt hätte, die zahlenmäßig den einrückenden deutschen Verbänden „durchaus ebenbürtig“ gewesen wäre. Allerdings hätte militärischer Widerstand nur den Zweck gehabt, Zeit „für ein Eingreifen des Auslandes“ zu gewinnen.<sup>347</sup> Auch *Norbert Leser* verurteilte Schuschniggs kampflose Kapitulation: der „Aderlass ... durch tagelanges Blutvergießen“ wäre nicht schlimmer gewesen, als der „Beitrag, den österreichische Soldaten im Zweiten Weltkrieg für eine fremde und schlechte Sache“ leisten mussten.<sup>348</sup> Der Infanteriekommandant der Garnison Wien, *General Karl Bornemann*, war rückblickend der Überzeugung, bei einem „zeitgerecht erfolgten Aufmarschbefehl“ der Regierung hätte man dem Gegner „ernsten Widerstand“ leisten können.<sup>349</sup>

„Menschlich verständlich“, aber „politisch falsch“ sah 40 Jahre später der ehemalige VF-Chefpropagandist *Bock* den Verzicht. Militärischer Widerstand hätte der Welt Österreichs Freiheitswille signalisiert. Hätte der Kanzler im Ausland eine Exilregierung gebildet, wie alle Regierungschefs „der später überfallenen Länder“, wäre es nicht zum „beschämenden Beschluss der Alliierten Mächte“ <sup>350</sup>, und zur „Mitverantwortungsklausel“ in der „Moskauer Deklaration“ 1943, gekommen.<sup>351</sup> Gegen diese Thesen spricht der begeisterte Empfang, den viele ÖsterreicherInnen Hitler nach dem Einmarsch bereiteten,

---

<sup>343</sup> „Zürcher Zeitung“, 16. März 1938 – zitiert bei: Jochum, 241

<sup>344</sup> Neben Chile, China, Mexiko und dem republikanischen Spanien

<sup>345</sup> Verosta, Stefan: Einführung – in: Schuschnigg, Requiem, 15

<sup>346</sup> Hopfgartner, 217

<sup>347</sup> Schausberger, Norbert: Der Griff nach Österreich. Der Anschluss, Wien-München 19792, 563f.

<sup>348</sup> zitiert bei: Jochum, 235

<sup>349</sup> Karl Bornemann – in: Andics, Hellmut: 50 Jahre unserer Republik – Dokumentation, hergestellt mit Unterstützung der österreichischen Bundesregierung zum 50jährigen Bestand der Republik Österreich, Wien 1968

<sup>350</sup> Bock, 40 Jahre, 11-12

<sup>351</sup> Sporrer/Steiner, Bock, 47

der ihn letztlich ja bewog, den „Anschluss“ sofort mit allen Konsequenzen, und nicht wie geplant auf „evolutionärem“ Wege, durchzuziehen.

Energisch trat „Pertinax“ Leichter gegen die „infame Lüge“ auf, Hitler u. Co. sei es um die „Abwehr des Bolschewismus“ gegangen. Diese „Gefahr“ wäre nur darin bestanden, dass sich die Arbeiterschaft nach vier Jahren Passivität wieder zum „aktiven Machtfaktor“ entwickelte. Der militärische Einmarsch galt auch der „Zerstörung“ der aufkommenden antifaschistischen Kräfte der Arbeiterklasse. Jede Gegenwehr wäre „Wahnsinn“ gewesen, es sei verständlich gewesen, dass die österreichische Arbeiterschaft diesen ungleichen Kampf nicht aufnehmen konnte oder wollte. Es wäre nicht „ihr eigenes, sonder ein verhasstes“ Regime gewesen, dem Hitlers Eroberungszug galt. Dass die Arbeiter für Schuschnigg „auf die Barrikaden“ geschickt worden wären, wäre eine weitere „freche Nazilüge“ gewesen. Kein Arbeiter hätte für den Dollfuss-Schuschnigg-Staat „einen Finger gerührt“. <sup>352</sup>

Was in diesem Diskurs unberücksichtigt blieb, ist die Tatsache, dass Hitler und die Deutsche Wehrmacht geblufft hatten. Der „Führer“ hatte einem Plan von General Wilhelm Keitel, des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht, zugestimmt. Es war an keine tatsächliche Mobilmachung von Heer und Luftwaffe gedacht, sondern es wurden nur „falsche, aber glaubwürdige Nachrichten“ lanciert, die den „Eindruck militärischer Vorbereitungen gegen Österreich“ erwecken sollten.<sup>353</sup> Allerdings hatten nur wenige Monate zuvor der Reichskanzler, sein Österreich-Beauftragter Wilhelm Keppler und Ministerpräsident Hermann Göring ihre Bereitschaft zur Anwendung militärischer Gewalt gegenüber Österreich offen signalisiert.<sup>354</sup>

### **6.3. Die letzten Stunden der VF-„Bundeswerbeleitung“ und der „Amtlichen Nachrichtenstelle“. Epilog.**

In der VF-Zentrale wurden die höchsten Beamten – Max Pammer, Albert Hantschk und Hans Becker – am 11. März durch Zernatto laufend über die Vorgänge im Bundeskanzleramt informiert. Viele durch zahlreiche Gerüchte verunsicherte Anrufer aus den Bundesländern mussten bis in den späten Nachmittag beruhigt werden. Bis in die späten Nachmittagsstunden des 11. März war die Volksbefragungs-„Promotion“ auf Schiene. Becker, Bock und ihr Team formulierten an diesem Freitag noch unter Hochdruck einen Text für einen Flugzettel, der am Sonntag von Flugzeugen über ganz Österreich abgeworfen werden sollte. Es sollte ihre letzte „vaterländische“ Werbetätigkeit sein. Just zum Zeitpunkt der Freigabe des Manuskripts durch Bock um 18 Uhr 30 kündigte die RAVAG eine Rede des Bundeskanzlers an. So erfuhr der stellvertretende Werbechef der VF erst in diesem „letzten Augenblick der Ersten Republik“ (sic !), dass „alles zusammenbrach“. Man hatte die

---

<sup>352</sup> „Pertinax“, Die letzten Tage, 134

<sup>353</sup> Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 1948, Bd. XXVII, 299-300, Dok. 1775-PS – zitiert bei: Köhler, 44; Schuschnigg, Kampf, 243

<sup>354</sup> Schausberger, Griff nach Österreich, 492f.

Kommunikationszentrale der Ständediktatur weder ausreichend informiert noch gewarnt. VF-Bürochef Hantschk ordnete seiner Zentrale an, die Waffen aus dem Haus zu schaffen und wichtige Akten zu verbrennen. Bock als höchster anwesender VF-Funktionär ließ das Haus Am Hof 4 räumen und sperrte höchstpersönlich das Haustor ab.<sup>355</sup> Becker, Bock und Pammer gehörten dem 151 Personen umfassenden ersten Österreicher-Transports am 1. April 1938 nach Dachau an.<sup>356</sup>

Gegen 21 Uhr wurde die Zentrale der „Vaterländischen Front“ unter der Führung des Juliputschisten von 1934, Hanns Blaschke, dem späteren SS-Sturmbannführer und ersten Wiener NS-Vizebürgermeisters, besetzt. Das Kruckenkreuz an der Fassade des Hauses wurde heruntergerissen und zertrampelt, die Hakenkreuzfahne gehisst, ehe die Demonstranten in das Gebäude eindrangen. Guido Zernattos letzte Amtshandlung als VF-Generalsekretär war der Auftrag an Hantschk, die VF zu liquidieren. Hantschk, durch eine diesbezügliche Order des neuen Bundeskanzlers Seyss-Inquart legitimiert, wurde an seiner ehemaligen Arbeitsstätte von den Nazis ignoriert. Es gelang ihm nur, diesen den Kasseninhalt zu übergeben. Das gesamte VF-Vermögen von ca. 8,5 Millionen Reichsmark wurde der NSDAP übergeben. Deren Landesleitung Österreich verlegte ihren Sitz dann in das repräsentative Gebäude Am Hof.<sup>357</sup>

In den Märztagen wurden mindestens 50.000 politische Funktionäre <sup>358</sup> sowohl der VF wie auch der früheren sozialdemokratischen Partei und des Republikanischen Schutzbundes inhaftiert. Die beim VF angelegten Personalakten, sämtliche polizeilichen und gerichtlichen Unterlagen des Schuschnigg-Regimes, waren durch die Bestellung Seyss-Inquarts zum Sicherheitsminister in die Hände der Nationalsozialisten gelangt. Sie boten den neuen Machthabern jede Menge belastendes Beweismaterial und erleichterten deren Verfolgungen.<sup>359</sup> Die Berliner Gestapo-Zentrale erhob Anspruch auf das „staatspolitisch wichtige Material“. Das Schriftgut von „Freimaurern, Heimatdienst und Vaterländischer Front“ würde für staatspolitische Maßnahmen und wissenschaftliche Forschung“ benötigt. Das Reichssicherheitsamt RSHA soll die Akten nach Schlesien verschleppt haben. 1945 kamen sie als Beuteakten ins Moskauer „Sonderarchiv“, von ihrer Existenz erfuhr man erst 1989 nach dem Zusammenbruch des Kommunismus. Die Korrespondenz des Generalsekretariats der VF tauchte erst 1989 nach dem

---

<sup>355</sup> Bock, 40 Jahre, 44

<sup>356</sup> Reichhold, Liquidierung, 31 ff. – Diesem Transport gehörten u. a. auch die späteren Bundeskanzler Leopold Figl, damals Bauernbunddirektor, und Alfons Gorbach, VF-Landesführer der Steiermark, VF-Geschäftsführer Walter Adam, VF-Werbeleiter Hans von Becker, der Wiener Bürgermeister und VF-Landesführer von Wien, Richard Schmitz, an.

<sup>357</sup> Jagschitz, Gerhard: Von der „Bewegung“ zum Apparat. Zur Phänomenologie der NSDAP 1938 bis 1945 – in: Talos, Emmerich/Hanisch, Ernst/Neugebauer, Wolfgang/Sieder, Reinhard (Hrsg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien, 2002, 88-122, 94 und 116

<sup>358</sup> Die Angaben schwanken zwischen 50.000 und 76.000 Opfern – siehe: Neugebauer, Wolfgang: Der NS-Terrorapparat – in: Talos, Emmerich/Hanisch, Ernst/Neugebauer, Wolfgang/Sieder, Reinhard (Hrsg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien, 2002, 721-743, 724

<sup>359</sup> Neugebauer, NS-Terrorapparat, 723

Zusammenbruch des Kommunismus als „Moskauer Akten“ wieder auf.<sup>360</sup>

Der Leiter der „Amtlichen Nachrichtenstelle“, Edmund Weber, war am 12. März bereits „beurlaubt“ und befand sich derzeit „in Dachau“. Der ehemalige Korrespondent des „Deutschen Nachrichtenbüro“ DNB, Gerhard Aichinger, wurde zum kommissarischen Leiter bestellt. Bis auf jene aus politischen oder rassistischen Gründen Entlassenen wurden die ANA-Mitarbeiter in die Wiener Hauptstelle des DNB übernommen. Ende November war die ANA liquidiert.<sup>361</sup> Die „Politische Korrespondenz“, kurzfristig „Österreichischer Landesdienst“ genannt, wurde nach der Volksabstimmung aufgelöst.

#### **6.4. Die NS-Volksabstimmung vom 10. April 1938.**

Wie man einen Volksentscheid mit einer entsprechenden Vorlaufzeit propagandistisch aufbereitet, exerzierten im Monat nach dem „Anschluss“ die Nationalsozialisten exemplarisch vor. Mit dem Juliabkommen hatte die österreichische Regierung bereits „die Schleusen für die braune Flut“ geöffnet. Nach dem Berchtesgadener Abkommen vom Februar 1938 wurde der deutsche Druck auf Österreich aber unerträglich. Das Modell des „publizistischen Feldzuges“ gegen Österreich verlief in drei Phasen: (1) Stimmungsmache für eine militärische Intervention; (2) deren Rechtfertigung und Verharmlosung und (3) die Vorbereitung der Volksabstimmung. Über Österreich ergoss sich eine „skrupellos, systematisch und mit psychologischer Raffinesse“ eingesetzte Werbemittelflut.<sup>362</sup> Reichskanzler Hitler hatte in seiner Wahlrede in Wien vom 9. April 1938 behauptet, „mehr zu können als der Herr Schuschnigg“, fähiger zu sein „als all die Hohlköpfe“, die dieses Land zugrunde richten wollten. Als „Herr Schuschnigg“ am 9. März das „Abkommen brach“, „am Tag des Verrats“, sei ihm die Gnade zuteil geworden, „meine Heimat ins Reich einzugliedern“.<sup>363</sup>

Das geforderte „Bekenntnis zum Großdeutschen Reich“ war nur formal eine Abstimmung, mit der der „Anschluss“ legitimiert werden sollte. Durch ganz Österreich geführte Werbezüge forderten zur „Pflichterfüllung“ auf. In einem Wahlwerbefilm erklärte etwa ein strammer Uniformierter einer hübschen, hilflosen jungen Wienerin den Wahlvorgang und wies sie darauf hin, dass ihr „Kreuz in den großen Kreis, der mit ‚Ja‘ überschrieben ist“, gehöre, da die Stimme ansonsten ungültig wäre.<sup>364</sup> Filmaufnahmen der ÖBUT über den rigiden Polizeieinsatz für eine reibungslose Abwicklung der Schuschnigg-Volksbefragung dienten nun der Diffamierung des Austrofaschismus.<sup>365</sup>

<sup>360</sup> Jeřábek, Rudolf: Das Staatsarchiv des Innern und der Justiz 1938-1945. In: Österreichisches Staatsarchiv (Hrsg.), Österreichs Archive unter dem Hakenkreuz, Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, Band 54, 2010, 156 f.

<sup>361</sup> AdR/AVA/ANA – Karton 193,187,176, ANA in Liquidation – zitiert bei Köhler, 252

<sup>362</sup> Gerhard Jagschitz, Die Presse in Österreich von 1918 bis 1945, 68

<sup>363</sup> Hitler-Rede vom 9. April 1938 – zitiert bei: Schuschnigg, Kampf, 313 und 457, FN 37

<sup>364</sup> „Die Volksabstimmung“, Wahlwerbefilm zur Volksabstimmung am 10. April 1938 – in: Achenbach, Michael/ Miloslavac, Hrvoje (Red.): 1938 – Kommentierte Filmdokumente zum Anschlussjahr, Filmarchiv Austria, Wien 2008

<sup>365</sup> „Das Jahr 1938 – Einführungsfilm“ – in: Achenbach, Michael/ Miloslavac, Hrvoje (Red.): 1938 – Kommentierte Filmdokumente zum Anschlussjahr, Filmarchiv Austria, Wien 2008

Zahlreiche Aufrufe „empfehlen“ eine Stimmabgabe en bloc „mit den Deinen, im Kreis Deiner Arbeitskameraden“. „Schlepperdienste“ karrten Alte, Kranke und Behinderte zur Stimmabgabe in die Abstimmungslokale. Trotz Flüster- und Einschüchterungspropaganda wurde der Wahltag in mit sentimental Walzermelodien untermalten Berichten der „Ostmark“-Wochenschau als Festtag dargestellt.<sup>366</sup> Das Wahlgeheimnis war eine Farce: In den Abstimmungslokalen wurde Menschen davon „überzeugt“, dass man zur Stimmabgabe die Wahlzelle nicht benötige. Das NS-Regime interpretierte das Instrument „Volksabstimmung“ staatsrechtlich auf seine Weise: dieses habe nur den Sinn, „den Willen des Führers“, des „eigentlichen Willensträger des Volkes“, „nach außen“ zu stärken. Dieser könne ein – gegebenenfalls negatives – Abstimmungsergebnis auch ignorieren.<sup>367</sup> Eine Manipulation des Wahlergebnisses sollte sich jedoch erübrigen.<sup>368</sup> Am Sonntag, den 10. April 1938 stimmten von 4,5 Millionen wahlberechtigten „Ostmärkern“ 99,73% mit „Ja“. Allerdings waren etwa 360.000 stimmberechtigte Personen (8%), nicht nur Juden, auch zehntausende Inhaftierte und politische Gegner, nicht zur Volksabstimmung zugelassen.<sup>369</sup>

---

<sup>366</sup> „Wahltag in Österreich“, „Ostmark“-Wochenschau 16A/1938, 15. April 1938 – in: Achenbach, Michael/ Miloslavice, Hrvoje (Red.): 1938 – Kommentierte Filmdokumente zum Anschlussjahr, Filmarchiv Austria, Wien 2008

<sup>367</sup> Jochum, 249 – Quelle nicht genannt

<sup>368</sup> Haas, Der „Anschluss“, 47

<sup>369</sup> Botz, Gerhard: Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich. Planung und Verwirklichung des politisch-administrativen Anschlusses 1938-1940, Wien 1976 – zitiert bei: Jochum, 224



## 7. Zur Person Kurt von Schuschnigg.<sup>370</sup>

Vorliegende Arbeit kann keine umfassende Kurt Schuschnigg-Biographie beinhalten. Allerdings war die österreichische Politik in diesen letzten Wochen des Jahres 1938 auf seine Person – in den Doppelfunktionen Regierungs- und VF-Partei- und Bundeskanzler und „Frontführer“ – zugeschnitten. Seine Führungsschwäche, Inkonsequenz, Vertrauensseligkeit, die von ihm beauftragte vaterländische Beschwichtigungspropaganda, die ständigen lavierenden Positionen hatten in die Sackgasse einer politischen Defensive geführt. Einige Betrachtungen über sein persönliches Umfeld, in dem er seine oft schwerwiegenden Entscheidungen zu treffen hatte, scheinen daher angebracht.

### 7.1. Kompromissloser Justizminister?

Kurt Edler von Schuschnigg wurde am 14. Dezember 1897 in Riva am Gardasee geboren. Er stammte aus einer altösterreichischen Südtiroler Offiziersfamilie slowenisch-kärntnerischer Provenienz („Šušnik“), die 1898 in den Adelsstand erhoben wurde.<sup>371</sup> Schuschnigg besuchte das Jesuitengymnasium Stella Matinuta in Feldkirch (Vorarlberg), in dem er seine katholische Sozialisierung erfuhr. Nach seiner Matura 1915 meldete er sich freiwillig zur k.u.k.-Armee, 1918 geriet er als dekoriertes Leutnant in italienische Kriegsgefangenschaft. 1919 begann er sein Jusstudium in Innsbruck und Freiburg im Breisgau, das er 1922 mit der Promotion abschloss. Danach praktizierte er als Rechtsanwalt in Innsbruck. 1924 heiratete Kurt Schuschnigg seine erste Frau Hermine Mäser, 1926 wurde der gemeinsame Sohn Kurt geboren.

1927 kam er als jüngster Abgeordneter der Christlichsozialen Partei in den österreichischen Nationalrat, wo er auch in den Verfassungsausschuss berufen wurde. 1930 gründete er die „Ostmärkischen Sturmcharen“. 1932 erfolgte die Ernennung zum Justizminister im Kabinett Karl Buresch, 1933/34 im Kabinett Dollfuss zum Unterrichtsminister. Als kompromissloser Justizminister war Schuschnigg im Februar und Juli 1934 für Standgerichtsurteile verantwortlich und arbeitete bereits an einer Notverordnung zur Aufhebung des Parlaments mit. In der Wiedereinführung der Todesstrafe sah er eine abschreckende Wirkung gegen den NS-Terrorismus, oft leitete er Gnadengesuche nicht an Bundespräsident Miklas weiter. In der Ära Schuschnigg wurden die Geschworenengerichte abgeschafft und durch Schwurgerichte ersetzt, die Unabsetzbarkeit und Unversetzbarkeit der Richter aufgehoben.<sup>372</sup> Nach Dollfuss' Ermordung wurde er am 29. Juli 1934 Bundeskanzler, dem es gelang, den „Heimwehr“-Einfluss zurückzudrängen.

<sup>370</sup> Quellen: <http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/SchuschniggKurt/index.html> - 14.05.2011; Binder, Dieter A./Schuschnigg, Heinrich: „Sofort vernichten“. Die vertraulichen Briefe Kurt und Vera von Schuschnigg 1938-1945, Wien-München 1997, 11

<sup>371</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Kurt\\_Schuschnigg\\_-\\_16.\\_Juni\\_2011](http://de.wikipedia.org/wiki/Kurt_Schuschnigg_-_16._Juni_2011)

<sup>372</sup> Polaschek, Martin F.: Die Todesstrafe im autoritären „Ständestaat“ – in: „*juridicum*“, Nr. 1, 2009, 37-40, 38

Bis 1945 war Kurt Schuschnigg im KZ Sachsenhausen interniert. Am 4. Mai 1945 von den Alliierten befreit, lebte er bis 1947 in Rom und unternahm Vortragsreisen in Italien. Seine ersten Erinnerungen „Requiem in Rot-Weiß-Rot“ erschienen 1947. Da ihm die Rückkehr nach Österreich von den Alliierten und der österreichischen Regierung verwehrt blieb, ging er im selben Jahr mit seiner zweiten Frau Vera <sup>373</sup> und der gemeinsamen Tochter Maria Dolores Elisabeth in die USA. An der katholischen Universität von St. Louis (Mississippi) erhielt er einen Lehrauftrag über Internationales Recht, Völkerrecht und mittel- und osteuropäische Geschichte. 1956 erhielt er die US-Staatsbürgerschaft. Nach seiner Emeritierung 1967 kehrte Schuschnigg in seine Heimat Tirol zurück. 1969 gab es sein zweites Buch „Im Kampf gegen Hitler“ heraus. Seinen Lebensabend verbrachte er zurückgezogen in Mutters, wo er 1977 verstarb.

## 7.2. Schöngeist und Gesellschaftsmensch ?

Schuschniggs Briefe aus seiner Haft in Sachsenhausen ab 1941 zeigen, dass der Schöngeist Schuschnigg nicht unbedingt für die brutale Politik geschaffen war. Sie verraten, dass Österreichs letzter Kanzler vor 1938 ein musischer Mensch war: die Musik spielte immer eine große Rolle, er erzählte nostalgisch von Opernereignissen der Zwischenkriegszeit. Richard Wagners „Tristan“ gehöre „wohl zum Schönsten, was es gibt“. Allerdings habe man aus Wagner „leider eine weltanschauliche Angelegenheit gemacht“.<sup>374</sup> Zu Kurt Schuschniggs Theaterleidenschaft hatte sein Bruder entscheidend beigetragen: Artur von Schuschnigg arbeitete in der RAVAG im Wissenschaftsressort von Rudolf Henz, baute dort das Schallplattenarchiv auf und war Herausgeber der Monatszeitschrift „Mikrophon“. Über ihn entstanden Kontakte zu zeitgenössischen Komponisten wie Alban Berg, Egon Wellesz, Wilhelm Kienzl, und Literaten wie etwa Franz Werfel, Carl Zuckmayer oder Stefan Zweig. In diesen Kreisen trafen die Schuschniggs auch auf „die Mahlers“ – Alma Mahler-Werfel, ihr Mann Franz Werfel und ihre Tochter Anna.

Nach dem Tod seiner ersten Frau Herma Mitte Juli 1935 durch einen Verkehrsunfall kam Schuschnigg oft zu Almas großen Abendgesellschaften in den „marmorverkleideten Prunkräumen, im großen Garten“ ihrer Hohe-Warte-Villa, da er hoffte, ihre Tochter Anna, „die er still verehrte“, zu sehen.<sup>375</sup> Kurt Schuschnigg war ein Bewunderer Annas, seine „fassungslose Verliebtheit in Anna“ kam der Mutter recht.<sup>376</sup> Anna Mahler, Jahrgang 1904, Tochter von Gustav und Alma Mahler, war mit dem jüdischen Verleger Paul Zsolnay verheiratet. Trotz musikalischer Begabung war sie eine bildende Künstlerin. Als Schülerin von Fritz Wotruba konzentrierte sie sich auf Steinbildhauerei und portraitierte vorwiegend Künstler und Intellektuelle, wie 1934 auch

<sup>373</sup> Schuschnigg wurde am 1. Juni 1938, als er sich in Haft im Gestapo-Hauptquartier befand, „ohne sein Wissen, auf Verantwortung seiner Frau“ trotz des mehrfachen Verbots der Gestapo in Abwesenheit – als Stellvertreter fungierte sein Bruder Artur – getraut. – in: Schuschnigg, Kampf, 372

<sup>374</sup> Binder/Schuschnigg: „Sofort vernichten“, 140f.

<sup>375</sup> Peter Stephan Jungk: Franz Werfel. Eine Lebensgeschichte, Frankfurt am Main 1987, 225

<sup>376</sup> Müller, Melissa: Alma Mahler-Werfel, 1879-1964, Wien, 189 – in: Müller, Melissa/ Tatzkow, Monika: Verlorene Bilder, verlorene Leben. Jüdische Sammler und was aus ihren Kunstwerken wurde, München 299, 184-195, 189



Schuschnigg. Die Freundschaft des Bundeskanzlers, der oft auch im Hause Zsolnay zu Gast war, zeigt eine „Ambivalenz“ in Annas Verhalten: sie war „politisch eher links“ eingestellt. Ein durchgestrichener Satz in einem biographischen Entwurf Annas – „Freundschaft mit Schuschnigg trotz politischen Widerspruchs“ – lässt „eine persönliche Beziehung“ zum Bundeskanzler vermuten. Elias Canetti, der Anna Mahler ein literarisches Denkmal schuf<sup>377</sup>, erwähnte in einem Interview mit dem Werfel-Biographen Peter Stephan Jungk<sup>378</sup> bisher nicht gefundene Liebesbriefe des Politikers an Anna Mahler, die seine Frau Veza Canetti, eine gute Freundin Annas, in Verwahrung hatte.<sup>379</sup>

Nicht nur Alma unterstützte Schuschniggs Politik, auch ihr Ehemann, der „einstmals linksliberale“ Werfel, hatte sich dem austrofaschistischen System angebeidert und Schuschniggs Amtsantritt in einer Wiener Wochenzeitung begrüßt.<sup>380</sup> Der kunstsinnige Schuschnigg selbst schätzte Werfels Werke sehr. Nach Werfels Meinung nach hätte der Kanzler sofort nach der Unterredung mit Hitler auf dem Obersalzberg „schlagartig ein Plebiszit“ machen müssen, und nicht die aggressive NS-Politik „mit Angst und Schonung“ behandeln.<sup>381</sup>

### 7.3. Objektiver Zeitzeuge ?

30 Jahre danach, bald nach seiner Heimkehr aus den USA nach Österreich 1967, zog Schuschnigg noch einmal ein spätes Resümee der Ereignisse von 1938.<sup>382</sup> Seinen Erinnerungen in einer ORF-Dokumentation schickte er voraus, man dürfe 1968 nicht in Kategorien der 1930er Jahre denken. Gegen den Vorwurf der „Deutschtümelei“ und im Bestreben, sich als „zweiter deutscher Staat“ zu profilieren, hätte man die „Irrlehre der These des Alleinanspruchs“ der Nationalsozialisten darauf „ad absurdum führen“ wollen. Die Geschäftsordnungskrise des Parlaments im März 1933 sah er rückblickend als „technisches Versehen“, wobei er dessen Auflösung unkommentiert ließ. Für das Zustandekommen des Juliabkommens 1936 nannte der Ex-Kanzler drei Gründe: die (1) „internationale Lage“; (2) die „Notwendigkeit, von der 1000-Mark-Sperre wegzukommen“; und (3) „die durch Terror und Sabotage drohende nationalsozialistische Gefahr zu bannen“. Mitte 1937 hätte sich die Lage verschärft, das „aktionistische Komitee des NS-Führers Leopolds Tavs“ sollte Unruhen provozieren, um den Eindruck zu erwecken, „die Regierung sei nicht mehr Herr der Lage“.

„In dieser Stimmung“ sei die „Einladung“ nach Berchtesgaden erfolgt. Kurt Schuschnigg vertrat auch 1968 noch die Ansicht, dieses „katastrophale“

---

<sup>377</sup> Elias Canetti, *Das Augenspiel*, München-Wien 1985

<sup>378</sup> Peter Stephan ist der Sohn des Zukunftsforschers Robert Jungk.

<sup>379</sup> Barbara Weidle, Ursula Seeber (Hrsg.): *Anna Mahler. Ich bin in mir selbst zu Hause*, Kassel 2004

<sup>380</sup> Jungk, 224

<sup>381</sup> Jungk, 250

<sup>382</sup> Kurt Schuschnigg – in: Andics, Hellmut: *50 Jahre unserer Republik – Dokumentation*, hergestellt mit Unterstützung der österreichischen Bundesregierung zum 50jährigen Bestand der Republik Österreich, Wien 1968

Abkommen hätte trotz allem „zwei Positiva“ gebracht: die „ausdrückliche Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs“ und die Vereinbarung, dass „keine NS-Partei in Österreich errichtet werden könne“. Er sei heute noch der Meinung, ein „Zeitgewinn“ wäre möglich gewesen, hätten ihn nicht „gegen Seyss-Inquart gerichtete Kräfte“ unmöglich gemacht. Ein „wirklicher Anschluss“ sei von Hitler zu diesem Zeitpunkt „noch nicht vorbedacht“ gewesen. „Globocnik und Rainer“ wären die Leute gewesen, die „den Anschluss erzwangen“.

Schuschniggs Gedächtnisprotokoll als Zeitzeuge und Biograph der Kanzlergespräche am Berghof stellt die einzige Quelle dar. Seine wortgetreue Wiedergabe bedeutet nicht nur eine phänomenale mnemotechnische Leistung dar. Sie beweist auch, dass es sich bei dieser Unterredung um die wohl wichtigste, prägendste, aufwühlendste seines Lebens gehandelt haben muss. Andererseits fehlen merkwürdigerweise jene Passagen, jene Vorwürfe der fortwährenden deutschen Einmischung in innerösterreichische Angelegenheiten, mit denen er den Reichskanzler laut Zernattos Angaben konfrontierte. Laut dem Hitler-Biographen Joachim C. Fest habe Schuschnigg die Einzelheiten der Begegnung auf dem Obersalzberg zwar nicht wortgetreu wiedergegeben, jedoch „ersichtlich Ton und Argumentationsstil Hitlers treffend überliefert“.<sup>383</sup> Schuschnigg liebte das Pathos und benützte in seinen Erinnerungen „Requiem in Rot-weiß-rot“ und „Im Kampf gegen Hitler“ gerne lateinische Kapitelüberschriften aus der katholischen Liturgie wie „Kyrie“, „Absolve Domine“, „Dies Irae“, „Libera ma Domine“ oder „Res ad triarios venit“. Dennoch sind seine Erinnerungen ein grundlegende zeitgeschichtliche Quellen, da sie brillant geschrieben und um Objektivität bemüht sind. Er erweckt allerdings den Anschein, als hätte er einen demokratischen Staat gegen einen totalitären verteidigt. Auch Fritz Bock sprach in seinen Erinnerungen an den 11. März 1938 von den „letzten Augenblicken der Ersten Republik“.

Schuschniggs von Zeitzeugen attestiertes „Bekenntnis zum Habsburgischen Monarchismus“ muss unter dem Aspekt seines Beharrens auf die „deutsche Idee“ und die „Politik des Vertrages“ gesehen werden.<sup>384</sup> Ein Angebot Otto Habsburgs vom 17. Februar 1938, ihm das Kanzleramt zu übergeben, schlug er mit dem Hinweis aus, „wenn Österreich der Gewalt weichen“ müsste, dann sollte dies geschehen, „ohne dass die Dynastie ins Spiel gezogen wird“.<sup>385</sup>

Seinen Entschluss zur Volksbefragung bezeichnete Schuschnigg als „verzweifelten Schritt eines kleinen Landes, das um seine Existenz kämpft“. Man hätte sich auf eine „erhebliche Mehrheit“ von 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung stützen können. Die schwere Entscheidung, „der Gewalt zu weichen“, begründete der Exkanzler auch dreißig Jahre später mit denselben Argumenten. Ein „heldenhafter Widerstand“ wäre „unter wesentlichen

---

<sup>383</sup> Fest, Hitler, 1119

<sup>384</sup> Ludwig, Österreichs Sendung, 169 und 173

<sup>385</sup> zitiert bei: Jochum, 216

Menschenopfern“ zusammengebrochen. Diese zu riskieren, wäre mehr gewesen, als „die Verantwortung eines einzelnen Menschen, eines Kabinetts, eines Parlaments“ auf sich nehmen hätten können.

Schuschnigg wird „Mann einsamer Entschlüsse“, der seine Entscheidungen durchwegs „allein und souverän“ fällte, beschrieben. In seiner damaligen Situation hätte es eines „autoritär regierenden“ Kanzlers, eines „Ein-Mann-Regimes“, bedurft.<sup>386</sup> Seine Formulierung, dass man „der Gewalt“ gewichen sei, wurde mit Verspätung als Demonstration eines „bis zuletzt offenen Widerstandswillens“ interpretiert. Formulierungen wie in der „Moskauer Deklaration“, dass Österreich „das erste freie Land“ gewesen sei, das der „typischen Angriffspolitik Hitlers“ zum Opfer gefallen sei, oder in der „Unabhängigkeitserklärung“ der ersten Regierung Renner vom 27. April 1945, der „aufgezwungene Anschluss“ sei null und nichtig sei, wären ohne Schuschniggs Erklärung nicht möglich gewesen.<sup>387</sup>

---

<sup>386</sup> Brief des Wiener Vizebürgermeister Ernst Karl Winter an Schuschnigg, 10. Jänner 1947 – zitiert bei: Hopfgartner, 224, 338

<sup>387</sup> Hopfgartner, 224f.



## **Realitätsverweigerung oder Panikreaktion? Fazit.**

### **1. Österreichische „Gratwanderung“ in Erfüllung des Juliabkommen.**

Das von vaterländischen Autoren oft „Befriedungsabkommen“ genannte wurde von beiden Vertragspartnern stets konträr und divergierend interpretiert. Österreich nahm es „wortwörtlich“, Deutschland bloß „sinngemäß“. Deutschen Drohgebärden, Forderungen und Verletzungen des „Pressefriedens“ begegnete das Regime mit Beschwichtigungspropaganda, mit Desinformation und einer kontraproduktiven Politik der „ausgestreckten Hand“. Von Seiten Hitler-Deutschland wurden dagegen keinerlei Gegenleistungen erbracht, statt Österreich-freundlicher Statements des Reichskanzlers wurde die „vaterländische“ Friedfertigkeit zwar zynisch verhöhnt, die im Juliabkommen 1936 paktierte Eigenstaatlichkeit jedoch nie bestätigt.

Das Juliabkommen 1936 bedeutete für die Propaganda der „Vaterländischen Front“ eine verzweifelte Gratwanderung. Zu orientierungslos lavierte das Regime zwischen pflichtgemäßer Vertragserfüllung, eine „deutsche Politik“ zu betreiben, sporadischen vaterländisch-patriotischen Abgrenzungsversuchen zu Nazi-Deutschland, und dem Bemühen, deutsche Vorwürfe der Nichterfüllung der Vereinbarungen abzuwehren. Die Gefahr des „Trojanischen Pferdes“ namens „Politische Referate“ wurde wohl erkannt, die Gegenpropaganda war aber gegen den falschen Gegner gerichtet. Nicht von den „verhandlungswürdigen“ Nationalen, sondern den radikalen Illegalen Nationalsozialisten drohte Gefahr. Deren Existenz wurde offiziell geleugnet, man beruhigte sich und die Österreicher mit der Doktrin, dass politische Willensbildung nur im Rahmen der „Vaterländischen Front“ möglich – und die Bildung einer NSDAP somit unmöglich – war. Eine Einmischung von deutscher Seite hätte sich durch den Einbau von drei „nationalen“ Ministern erübrigt, die Regierungsumbildung den „Frontgedanken“ bestärkt.

### **2. „Deutsche“ Politik. Eine kontraproduktive Position ?**

Die Profilierung als „zweiter deutscher Staat“ sollte den „deutschen“ Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus konkurrenzieren. Das ständig betonte Bekenntnis zur „Eigenstaatlichkeit“ Österreich stand aber jenem zum „Deutschtum“ entgegen. Statements von Schuschnigg, Becker und Bock, zwischen Österreich und dem Nationalsozialismus „gähne ein Abgrund“, bestehe ein „wesentlicher Unterschied“, in Österreich gebe es „keinen Nationalsozialismus“, keine „Diktatur“, das tragische Schicksal der Deutschen sei der „Bruderkampf“, entlarvten die „deutschen“ Beteuerungen als Lippenbekenntnisse. Das beharrliche Bekennen auf staatliche Souveränität und „Eigenständigkeit“ war großteils weniger politisches Programm, sondern ein Vorwand zum Machterhalt nach bisherigem Muster und war von der Rettung – eines natürlich faschistisch-autoritär regierten – Österreichs getragen.

In diesem Punkt gab es eine klare Abgrenzung zur sozialdemokratischen „Linken“, deren wichtigstes Anliegen die Wiedererlangung ihrer parlamentarischen Freiheit war. Dass die Regierung die wehrhaften Arbeiter im Falle eines militärischen Widerstandes Österreichs als „Kanonenfutter“ eingesetzt hätte, diese für Schuschnigg „auf die Barrikaden“ geschickt worden wären, bezeichneten selbst sozialdemokratische Publizisten als schamlose NS-Propagandalüge. Kein Arbeiter hätte für den Dollfuss-Schuschnigg-Staat „einen Finger gerührt“. Auch ein Schuldbewusstsein gegenüber 1934 war noch vorhanden.

### **3. Defensive Kommunikationspolitik – wider besseres Wissen ?**

Dem sich abzeichnenden drohenden „Anschluss“ begegnete man nicht mit einer offensiven, entschlossenen und konsequenten Publizistik, sondern mit einer Öffentlichkeitsarbeit der Verschleierung und des Schönredens. Man konzentrierte sich darauf, perfekt konstruierte „Tatarenmeldungen“ des „Deutschen Nachrichtenbüro“ umständlich und wortreich zu dementieren. Die Gegenpropaganda musste inoffiziell, quasi illegal aus dem Untergrund, erfolgen.

Das verfilzte, zentralistisch strukturierte, austrofaschistische Mediensystem war durch Personalunionen und Doppelfunktionen erstarrt. Eine patriotische vaterländische Öffentlichkeitsarbeit durch eine autoritär geführte Monopolorganisation war gegen die aggressive, professionelle NS-Propaganda chancenlos. Die Ablaufphasen der VF-Kommunikationspolitik bis zum Berchtesgadener „Abkommen“ lassen sich wie folgt charakterisieren:

- vorauseilender Gehorsam bei der Erfüllung des Juliabkommens;
- bereitwillige Integration der „Politischen Referate“;
- Verschweigen bzw. demagogisches Schönreden der NS-deutschen Abkommens-Brüche;
- interne Abschottung durch autoritäre Bürokratie und Geheimniskrämerei;
- Beschwörung der reichsdeutschen Pakttreue und Abschwächung der deutschen Bedrohung;
- Taktieren bei Annäherungsversuchen an die illegale politische „Linke“.

All dies erwies sich aber nicht nur als kontraproduktiv, sondern geschah offenbar wider besseres Wissen, wie einzelne interne, vertuschte Konflikte beweisen.

Ein intern vorbereiteter radikaler Kurswechsel in der „vaterländischen“ Kommunikationspolitik kam zu spät. Ein von VF-„Mastermind“ Hans Becker entworfenes Konzept sah effizientere, Geheimdienst-ähnlich Strukturen mit einer schlagkräftigen, militanten österreichischen „Elite“ vor. Das Modell war stark an nachrichtendienstliche NS-Muster angelehnt, es sympathisierte mit illegalen (Terror)-Methoden und imitierte die NS-Phraseologie.

#### **4. Schuschniggs politische Naivität. Defizit oder Persönlichkeitsmerkmal ?**

Ein autoritäres, selbst mit Ermächtigungs-Legislatur regierendes System begegnete einem Terrorregime, das Vertragsbruch und Illoyalität zum Prinzip seines politischen Handelns erhoben hatte, mit Leichtgläubigkeit und Vertrauensseligkeit. Diese politische Naivität ist in der vielschichtigen Persönlichkeit des Frontführers und Bundeskanzlers Schuschnigg begründet. Entgegen seines von Zeitzeugen attestierten „tief verwurzelten Pazifismus“ und seiner „monarchistisch-legitimistischen“ Tendenzen war er als im Ersten Weltkrieg dekoriertes Offizier später ein rigoroser Justizminister, der sich Habsburgischen Macht-Avancen in „Anschluss“-Tagen gegenüber ablehnend zeigte. Hinter seinem Österreich-Patriotismus verbarg sich eine autoritäre Gesinnung, die in seinen um Objektivität und Authentizität bemühten Biographien nicht zum Ausdruck kommt. Darin vermittelte er häufig den Eindruck, er habe einen demokratischen Staat gegen einen autoritären verteidigt. Zwischen Österreichs Unabhängigkeit und „deutscher Politik“ war er unausgesetzt hin- und her gerissen.

Schuschniggs Unnahbarkeit, sein Pathos und sein Totalitätsanspruch dürften mit seinem Selbstverständnis als „historische Person“, als die er sich retrospektiv in seinen Memoiren gerne darstellte, zusammenhängen. Mit seinem einsamen Verzicht auf militärischen Widerstand ließ er einem rudimentär vorhandenen österreichischen Wehrwillen keine Chance. Ein Diskurs über diese Entscheidung konnte aufgrund der autoritären Strukturen nicht stattfinden.

#### **5. Volksbefragung – die Antwort auf Berchtesgaden.**

Die knappe Frist von der Bekanntgabe bis zur Durchführung einer Volksbefragung ließ wenig zeitlichen Spielraum für eine totale Mobilisierung. Logistische Fehler und taktische Pannen waren die Folge. Durch überhastete frühe Bekanntgabe bzw. Verrat unabhäggestimmter Abstimmungsmodalitäten setzte man sich nationalsozialistischer Kritik und Verleumdung aus. Das Plebiszit stand verfassungsrechtlich auf einer dünnen gesetzlichen Basis, die Grundsätze einer geheimen Wahl waren nicht gewahrt. Der Einmarsch der deutschen Wehrmacht war aber nicht wegen dieser formaldemokratischen Mängel erfolgt, wie die NS-Lügenpropaganda behauptete.

Die „Volksbefragung“ war keine Panikreaktion, sondern ein propagandistischer Überraschungscoup. „Mastermind“ des strategisch zwar nicht vorgeplanten, aber erstaunlich professionell organisierten Projekts war Schuschnigg in seiner allmächtigen Doppelfunktion Bundeskanzler-„Frontführer“. Die scheinparlamentarischen Organe, wie „Führerrat“ oder Ministerrat, waren von der Entscheidung ausgeschlossen, alle Entscheidungen waren auf eine Person fokussiert.

**Fazit.**

Das Regime bzw. die „Vaterländische Front“ betrieben bewusste Realitätsverweigerung. Unprofessionalität, Unzulänglichkeit und ängstliche Defensive standen einer koordinierten, effizienten Kommunikationspolitik im Wege. Nicht nur die österreichische Öffentlichkeit wurde bewusst getäuscht, es erfolgte auch eine bewusste Irreführung eines kompletten Funktionsapparats. Die Volksbefragung war keine Panikreaktion, sondern spezifischer Ausdruck einer österreichischen Militanz. Das System bediente sich als letztem Rettungsanker eines demokratischen Instruments der politischen Willensbildung.

Die NS-Propaganda hatte sich als verwundbar gezeigt, sobald man mit diesem Projekt in die Offensive gegangen war: sie reagierte mit Gewalt und Ultimaten. Mit einer klaren, ehrlichen Kommunikationspolitik, mit prägnanten und authentischen Botschaften und Signalen hätte man dem Nationalsozialismus propagandistisch die Stirn bieten können. Ein von einer voll informierten und nicht manipulierten Öffentlichkeit getragener publizistischer Widerstand wäre anhand vorhandener „Front“-Kapazitäten wie Becker oder Bock möglich gewesen und hätte die Westmächte, die für einen faschistischen Kleinstaat keinen Krieg riskieren wollten, wachgerüttelt.



# Anhang



## Kurzfassung

Mit dem Juliabkommen 1936 hatte Österreich dem Nationalsozialismus Tür und Tor geöffnet. Dieses von vaterländischen Propagandisten so genannte „Befriedungsabkommen“ wurde zwar als diplomatische Spitzenleistung der österreichischen Regierung verkauft, aber von beiden Vertragspartnern stets konträr und divergierend interpretiert. Österreich beharrte auf eine „streng grammatikalische Auslegung“, Deutschland dagegen auf eine „logische Sinndeutung“. Mit „Befriedungsaktionen“ wie der Bildung der „volkspolitischen Referate“ hatte sich Schuschnigg ein „Trojanisches Pferd“ in sein Regierungslager geholt. Um den „deutschen Frieden“ nicht zu gefährden und den Aggressor nicht zu provozieren, musste die österreichische Gegenpropaganda quasi „illegal“ erfolgen.

Nach dem Berchtesgadener Diktat vom 12. Februar 1938 war Österreichs Eigenstaatlichkeit de facto beendet. Der Nationalsozialist Seyss-Inquart wurde Innen- und Polizeiminister, die geforderte Amnestie der Juliputschisten von 1934 wurde „im Geiste der Versöhnlichkeit“ umgehend durchgeführt. Stimmen, wie der 1947 wegen Hochverrat angeklagte Außenminister Guido Schmidt, die deutsche „Gegenleistungen“ einforderten, blieben ungehört. Hitler weigerte sich, im Kommuniqué der Berchtesgadener Vereinbarungen das Juliabkommen zu bestätigen und versprach einen – nie gegebenen – Österreich-freundlichen Kommentar in seiner Reichstagrede am 20. Februar.

Dennoch betrieb das Regime Schuschnigg durch die „Vaterländische Front“ bis zuletzt eine auf Beschwichtigung, Beschönigung, Friedensbereitschaft und Entgegenkommen basierende, defensive Propaganda, um ihr faschistisch-autoritär regiertes Österreich aufrechtzuerhalten. Der Auslandspresse und westlichen Geheimdiensten längst bekannte nationalsozialistische Terroraktionen und Drohungen wurden als „Gerüchte“ und „Märchen“ verniedlicht. Wider besseres Wissen wurde so nicht nur die österreichische Öffentlichkeit, sondern auch der gesamte VF-Apparat getäuscht.

Nur einmal – fünf nach zwölf – bäumte sich dieser erpresste Staat auf, wagte Schuschnigg mit seiner geplanten Volksbefragung, die sofort als Vertragsbruch interpretiert wurde, die offene Konfrontation mit Hitler. Bei diesem letzten „Megaprojekt“ gelang der VF-Propaganda wohl ein propagandistischer Überraschungscoup, es unterliefen ihr jedoch auch peinliche Pannen, wie der Verrat des Planes, der zu knapp angesetzte Termin, und das vorzeitige Auftauchen unabgestimmter Abstimmungsdetails, die das Wahlgeheimnis nicht gewährleisten hätten.

Die aus Gewalt und Ultimaten bestehende Reaktion des Hitler-Regimes bewies, dass mit einer offensiven Kommunikationsstrategie, die der Welt eine konsequente österreichische Widerstandsbereitschaft signalisiert hätte, das nationalsozialistische Terrorregime zumindest zu verunsichern und herauszufordern war.



## Abstract

With the July 1936 treaty Austria opened the door to the national-socialist takeover. This agreement was interpreted by the Schuschnigg cabinet as a permanent peaceful accommodation and a great diplomatic success, but the German side saw the matter in a contrary manner. The Austrian side insisted on its literal interpretation, while Germany interpreted it on the basis of its alleged „spirit“. With conciliatory actions such as the creation of the „Volkspolitischen Referate“ Schuschnigg had unknowingly taken a „Trojan Horse“ into his government. In order not to disturb the so-called „German Peace“ and not to provoke any invasion the Austrian anti-Nazi-propaganda had to be presented in an unofficial way.

After the „Berchtesgaden Agreement“ was signed on February 12<sup>th</sup> 1938, the de-facto-independence of Austria had in fact been all but terminated. The national-socialist Seyss-Inquart became the interior minister, and the demanded amnesty for the plotters of the July 1934 coup was rapidly enacted in the „spirit of reconciliation“. The opinions of people such as the foreign minister Guido Schmidt, who was charged for treason in 1947, were not heard. He demanded that Germany would keep its part of the agreement. Hitler refused to confirm the July 1936 agreement to the press and promised a never delivered conciliatory speech to the Reichstag on February 20<sup>th</sup> 1938.

Despite these obvious facts the Schuschnigg regime tried in vain to continue its propaganda of downplaying the grave seriousness of the situation and still attempted to promote peaceful coexistence with Nazi Germany through its „Vaterländische Front“ organization in order to defend its fascist, authoritarian power monopoly in Austria. The real German policy of coercion, already well known to the Western intelligence agencies, was officially presented to the foreign press as „rumours“ and „legends“. The Austrian public and also the insiders of the „VF“-organization were misled by their own government.

Only once – already too late – did Schuschnigg try with his planned plebiscite, that immediately was interpreted as a treaty violation of the Berchtesgaden agreement, to openly confront Hitler. In this last attempt to save Austrian independence the Schuschnigg government achieved a surprise propaganda success despite some serious setbacks, such as the revelation of the plebiscite plan, the much too hastily set plebiscite date, and the not finalized voting procedures that ran contrary to the democratic principle of secret voting.

The reaction of the Hitler regime, full of threats and ultimatums, proved that had the Schuschnigg cabinet pursued an assertive communication strategy that would have shown the world a determined will to resist, than the national-socialist takeover would have experienced a serious challenge on its way to being the master of Austria.



## Bibliographie

### Sekundärliteratur:

#### Monographien:

**Achenbach, Michael/Moser, Karin** (Hrsg.): Österreich in Bild und Ton. Die Filmwochenschau des austrofaschistischen Ständestaates, Filmarchiv Austria, Wien 2002.

**Andics, Hellmuth:** Der Saat, den keiner wollte. Österreich 1918-1938, Wien 1962.

**Bärnthaler, Irmgard:** Die Vaterländische Front. Geschichte und Organisation, Wien-Frankfurt-Zürich 1971.

**Binder, Dieter A./Schuschnigg, Heinrich:** „Sofort vernichten“. Die vertraulichen Briefe Kurt und Vera von Schuschnigg 1938-1945, Wien-München 1997.

**Bock, Fritz:** Dr. Kurt Schuschnigg zum Gedenken – in: Österreichische Monatshefte, Br. 12, 1977, 4-5.

**Fest, Joachim C.:** Hitler. Eine Biographie, Frankfurt am Main-Berlin-Wien 1973.

**Funder, Friedrich:** Als Österreich der Sturm bestand. Aus der Ersten in die Zweite Republik, Wien 1957.

**Gotschim-Jauk, Elisabeth:** Hans Becker. Ein Beitrag zu seiner Biographie unter besonderer Berücksichtigung seiner Opposition zum Nationalsozialismus, phil. Diss. Wien 1990.

**Hopfgartner, Anton:** Kurt Schuschnigg – ein Mann gegen Hitler, Graz-Wien-Köln 1989.

**Jagschitz, Gerhard/Karner, Stefan:** Beuteakten aus Österreich. Der Österreichbestand im russischen "Sonderarchiv" Moskau, Graz –Wien 1996, Selbstverlag des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung.

**Jochum, Manfred:** Die Erste Republik in Dokumenten und Bildern, Wien 1983

**Jungk, Peter Stephan:** Franz Werfel. Eine Lebensgeschichte, Frankfurt am Main 1987.

**Kleindel, Walter:** Österreich. Daten zur Geschichte und Kultur, Wien-Heidelberg 1978

**Köhler, Walter:** Amtliches Nachrichtenwesen und politische Korrespondenz im Umfeld des austrofaschistischen Mediensystems 1933-1938, Diss. Wien 1985.

**Lassner, Alexander N.:** Peace at Hitler's Price. Austria, the great Powers, and the "Anschluss" 1932-1938, Diss. Ohio State University, 2001.

**Moritz, Verena/Moser, Karin/Leidinger, Hannes:** Kampfzone Kino. Film in Österreich 1918-1938, Filmarchiv Austria, Wien 2008.

**Österreichische Staatsdruckerei:** Der Hochverratsprozess gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht. Die gerichtlichen Protokolle mit den Zeugenaussagen, unveröffentlichten Dokumenten, sämtlichen Geheimbriefen und Geheimakten, Wien 1947.

**Paupié, Kurt:** Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 1848–1959, Band I: Wien, Wien - Stuttgart 1960

**Reichhold, Ludwig:** Kampf um Österreich. Die Vaterländische Front und ihr Widerstand gegen den Anschluss 1933 – 1938, Wien 1985<sup>2</sup>

- Schausberger, Norbert:** Der Griff nach Österreich. Der Anschluss, Wien-München 1979<sup>2</sup>
- Schuschnigg, Kurt:** Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot, Mailand 1946 (Wien 1978).
- Schuschnigg, Kurt:** Im Kampf gegen Hitler. Die Überwindung der Anschlussidee, Wien-München-Zürich 1969.
- Sporrer, Maria/Steiner, Herbert** (Hrsg.): Fritz Bock, Zeitzeuge, Wien-München-Zürich 1984
- Talos, Emmerich/Hanisch, Ernst/Neugebauer, Wolfgang/Sieder, Reinhard** (Hrsg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien, 2002.
- Urbanek, Gerhard:** Österreichs Deutschland-Komplex. Paradoxien in der österreichisch-deutschen Fußballmythologie, phil. Diss. Wien 2009.
- Volsansky, Gabriele:** Das „Juliabkommen“. Der deutsch-österreichische Vertrag vom 11. Juli 1936, phil. Diss. Wien 1995.
- Volsansky, Gabriele:** Pakt auf Zeit. Das deutsch-österreichische Juli-Abkommen 1936, Wien 2001.
- Zaugg-Prato, Rolf:** Die Schweiz im Kampf gegen den Anschluss Oesterreichs an das Deutsch Reich, 1918-1938, Bern 1982.

### **Aufsätze:**

- Ackerl, Isabella:** Die Propaganda der Vaterländischen Front für die geplante Volksbefragung vom 13. März 1938 – in: Czeike, Felix (Hrsg.): Wien 1938, Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte 2, Sonderreihe der Wiener Geschichtsblätter, Verein für Geschichte der Stadt Wien, Wien 1978, 18-24
- Bock, Fritz:** Vierzig Jahre nachher – in: Czeike, Felix (Hrsg.): Wien 1938, Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte 2, Sonderreihe der Wiener Geschichtsblätter, Verein für Geschichte der Stadt Wien, Wien 1978, 11-14
- Haas, Hanns:** Der „Anschluss“ – in: Talos, Emmerich/Hanisch, Ernst/Neugebauer, Wolfgang/Sieder, Reinhard (Hrsg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien, 2002, 26-54
- Hajicsek, Gerhard:** Viele Ziele, doch kein Ziel. Die Medienpolitik des austrofaschistischen Staates – in: Moritz, Verena/Moser, Karin/Leidinger, Hannes: Kampfzone Kino. Film in Österreich 1918-1938, Filmarchiv Austria, Wien 2008, 45-70
- Jagschitz, Gerhard:** Die Presse in Österreich von 1918 bis 1945 (in: Pürer, Heinz/Lang, Helmut W./Duchkowitsch, Wolfgang (Hrsg.): Die österreichische Tagespresse. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. Eine Dokumentation von Vorträgen des Symposiums „200 Jahre Tageszeitung in Österreich“, Heft 5/1983, 42-82
- Jagschitz, Gerhard:** Von der „Bewegung“ zum Apparat. Zur Phänomenologie der NSDAP 1938 bis 1945 – in: Talos, Emmerich/Hanisch, Ernst/Neugebauer, Wolfgang/Sieder, Reinhard (Hrsg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien, 2002, 88-122
- Moser, Karin:** Endzeit – in: Moritz, Verena/Moser, Karin/Leidinger, Hannes: Kampfzone Kino. Film in Österreich 1918-1938, Filmarchiv Austria, Wien 2008, 387-417



**Müller, Melissa:** Alma Mahler-Werfel, 1879-1964, Wien, 189 – in: Müller, Melissa/Tatzkow, Monika: Verlorene Bilder, verlorene Leben. Jüdische Sammler und was aus ihren Kunstwerken wurde, München 299, 184-195

**Neugebauer, Wolfgang:** Der NS-Terrorapparat – in: Talos, Emmerich/Hanisch, Ernst/Neugebauer, Wolfgang/Sieder, Reinhard (Hrsg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien, 2002, 721-743

**Reichhold, Ludwig:** Die Liquidierung der Vaterländischen Front – in: Czeike, Felix (Hrsg.): Wien 1938, Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte 2, Sonderreihe der Wiener Geschichtsblätter, Verein für Geschichte der Stadt Wien, Wien 1978, 25-38

**Venus, Theodor:** Von der RAVAG zum Reichssender Wien – in: Talos, Emmerich/Hanisch, Ernst/Neugebauer, Wolfgang/Sieder, Reinhard (Hrsg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien, 2002, 597-626

### Periodika Inland:

Alpenländische Korrespondenz

Arbeiter-Zeitung, Brünn, Paris 1934-1938

Das Kleine Blatt

Der christliche Ständestaat, Wien 1933-1938

Der Heimatschützer

Der Kampf

Der Morgen, Wien 1932-1938

Der Zeitungsverleger

Deutsch-Österreichische Tageszeitung

Die Presse (nach 1945)

Informationsdienst der Vaterländischen Front (hrsg. Von der Pressestelle der Kleines Volksblatt (nach 1945)

Vaterländischen Front, Nr. 27/II bis 51/II, 6. Juli bis 21. Dezember 1935)

Neue Freie Presse, Wien 1934-1938 – 10. März 1938, 4-5/ 11. März 1938, 2

Neues Wiener Tagblatt, Wien 1934-1939

Österreichische Arbeiterzeitung

Profil (nach 1945)

Reichspost

Salzburger Volksblatt

Schönere Zukunft

Vaterländische Front

Volksstimme (nach 1945)

Völkischer Beobachter Wien 1938

Wiener Kurier (nach 1945)

Wiener Zeitung

### Periodika Ausland:

Prager Mittag

Prager Tagblatt

Lidove Noviny (Prag)

Narodni Politika (Prag)

Slovensky hlas

Pesti Naplo (Budapest)

Frankfurter Zeitung

Neue Zürcher Zeitung

Les Temps

Le Figaro

Prawda

Nation Belge

New York Times

The Times

Daily Telegraph

## Archivmaterial:

**AdR, VF 514/** Vaterländische Front

**AdR, 01/**Staatsdokumente, Berchtesgadener Protokoll 12. Februar 1938

**AdR, 01/**Staatsdokumente, Juliabkommen, 11. Juli 1936

**AdR/AVA** Inneres 116/Telephonisches Korrespondenzbüro

**AdR/BKA, Karton 274, Ministerratsprotokolle** vom 4., 16., 21. Februar, 12. und 13. März 1938 (20.-24., Nr. 1067-1071)

**Institut für Zeitgeschichte, Vaterländische Front, interne Dokumentation** des Forschungsseminars Rathkolb aus dem AdR-VF-Bestand

**Wiener Stadt- und Landesbibliothek, Dokumentation, TP 049420 Schuschnigg, Kurt von, „Tagblatt“-Archiv der AK Wien: 4. Mappe:** Außenpolitik 1935-1938; **5.**

**Mappe:** Vaterländische Front 1933-1938

**DÖW, Nr. 2828, Telefongespräche** vom 11. bis 13. März 1938 zwischen dem österreichischen Kanzleramt und der Berliner Reichszentrale

## Filmdokumente:

**Achenbach, Michael/ Miloslavice, Hrvoje (Red.):** 1938 – Kommentierte Filmdokumente zum Anschlussjahr, Filmarchiv Austria, Wien 2008

**Andics, Hellmut:** 50 Jahre unserer Republik – Dokumentation, hergestellt mit Unterstützung der österreichischen Bundesregierung zum 50jährigen Bestand der Republik Österreich, Wien 1968

**Hannes Leidinger/Karin Moser (Hrsg.), Zwischen den Weltkriegen – in:** Filmarchiv Austria, Österreich Box 2 / 1918 – 1938, Wien 2010, Filmdokumente 2, 10, 11, 12, 13

**ORF-Medienkoffer 3, Österreichische Zeitgeschichte 1918-1938, Wien 1983, Kasette 2/Seite B**

**„Das Jahr 1938 – Einführungsfilm“ – in:** Achenbach, Michael/ Miloslavice, Hrvoje (Red.): 1938 – Kommentierte Filmdokumente zum Anschlussjahr, Filmarchiv Austria, Wien 2008

**Werbedienst im Amt des Frontführers, „Österreich in Bild und Ton“,** Wochenschau-Bericht der „Vaterländischen Front (Kinostart 10. Februar 1938)

**„Wöllersdorf in Flammen“, „Ostmark“-Wochenschau 15B/1938, 8. April 1938 – in:** Achenbach, Michael/ Miloslavice, Hrvoje (Red.): 1938 – Kommentierte Filmdokumente zum Anschlussjahr, Filmarchiv Austria, Wien 2008

**„Wien: Heldenehrung“, „Ostmark“-Wochenschau 13/1938, 25. März 1938 – in:** Achenbach, Michael/ Miloslavice, Hrvoje (Red.): 1938 – Kommentierte Filmdokumente zum Anschlussjahr, Filmarchiv Austria, Wien 2008

**„Die Volksabstimmung“, Wahlwerbefilm zur Volksabstimmung am 10. April 1938 – in:** Achenbach, Michael/ Miloslavice, Hrvoje (Red.): 1938 – Kommentierte Filmdokumente zum Anschlussjahr, Filmarchiv Austria, Wien 2008

**„Wahltag in Österreich“, „Ostmark“-Wochenschau 16A/1938, 15. April 1938 – in:** Achenbach, Michael/ Miloslavice, Hrvoje (Red.): 1938 – Kommentierte Filmdokumente zum Anschlussjahr, Filmarchiv Austria, Wien 2008

## Abkürzungsverzeichnis

AdR	Archiv der Republik
ANA	Amtlicher Nachrichtendienst
AVA	Allgemeines Verwaltungsarchiv
AZ	Arbeiter-Zeitung
BKA	Bundeskanzleramt
BO	Betriebsorganisation
CV	Cartellverband
DÖW	Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes
HVI	Hauptverband der Industrie
IDVF	Informationsdienst der Vaterländischen Front
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KZ	Konzentrationslager
NFP	Neue Freie Presse
NÖ	Niederösterreich
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖAAB	Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund
ÖBUT	Österreich in Bild und Ton
OÖ	Oberösterreich
ÖVP	Österreichische Volkspartei
POEN	Provisorisches Österreichisches Nationalkomitee
RAVAG	Radio Verkehrs Aktiengesellschaft
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei
SA	Sturmabteilung
SAG	Soziale Arbeitsgemeinschaft
VF	Vaterländische Front



## Lebenslauf

### Gerhard URBANEK

geboren am **26. September 1948** in Wien - Kindheit, Schulzeit und Jugend im 1. und 3. Bezirk verbracht;

**Matura 1966** am Bundesrealgymnasium Stubenbastei, Wien I;  
**ab 1966 Studium** der **Zeitungswissenschaften** (heute: Publizistik und Kommunikationswissenschaft) an der philosophischen Fakultät der Universität Wien - Dissertationsthema: „Das Image der Meinungsforschung“ (nicht beendet); Musiker und Gerichtssaalreporter

**ab 1971 Berufsbeginn** in der **Marktforschung** (GALLUP-Institut, ab 1975 Wiener Institut für Standortberatung, Wirtschaft und Stadtplanung);

**1975 geheiratet** (Ehefrau Eva, Volksschullehrerin);

**Kinder:** Mag. **Christoph** Urbanek (\***1976**, Geologe), **Verena** Urbanek (\***1980**, Physiotherapeutin und Touristikfachfrau)

**1978 Zivildienst;**

**ab 1979** im Marketingressort der **Zentralsparkasse** (ab 1991 Bank Austria – Aufgabenbereich: **Markt- und Mediaforschung**);

**ab 1980 freier Sport-Journalist;**

**2000 Ende** der aktiven **Berufslaufbahn;**

**2001 Beginn** des **Studiums der Geschichte** an der Geistes- und Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien;

**2002** nach 27 Ehejahren **verwitwet.**

**2006 Studienabschluss** am Institut für Geschichte an der Historisch-Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien mit dem Mag. phil. Diplomarbeit „Österreichs Olympiaauftritt 1948. Die Wiederentstehung einer verlorenen Identität.“

**2009 Promotion** zum Dr. phil.

Dissertation „Österreichs Deutschland-Komplex. Paradoxien in der österreichisch-deutschen Fußballmythologie.“

**ab 2009 Masterstudium für Zeitgeschichte** „Geschichte Österreichs aus transnationaler Perspektive“ – im Rahmen des JointMaster-Projekts des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien mit der Université de Strasbourg